

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 123

JUNI/JULI 1996

DM 1,-

Vollstreik von ÖTV/Metall, jetzt! Zerschlagt das Sparpaket von CDU und SPD!

Die D-Mark diktiert den sozialen Kahlschlag in ganz Europa. Und heute sind die deutschen Bosse entschlossen, ihre Lohnkosten zu Hause zurückzuschrauben. Bonns „Sparpaket“ (auch von den SPD-regierten Ländern forciert) zielt auf Arbeiter und besonders auf Frauen. Der Lebensstandard *aller* soll um Jahrzehnte zurückgeworfen werden: Die Lohnfortzahlung bei Krankheit – erkämpft in einem erbitterten sechswöchigen Streik der Metaller 1957 – soll um 20 Prozent gekürzt werden. Die Bosse sollen Arbeiter leichter feuern können, und Frauen sollen bis zum Alter von 65 Jahren, statt wie bisher 60, arbeiten müssen. Trotz ihres Triumphes beim kapitalistischen Anschluß der DDR 1990 schreckten die deutschen Kapitalisten bisher vor einem Kräftenessen mit der organisierten Arbeiterbewegung zurück. Sie greifen die Schwächsten zuerst an, aber jetzt suchen sie auch eine Konfrontation mit den noch mächtigen Gewerkschaften.

Mit dem Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland entstanden in vielen europäischen Ländern, wo die Bourgeoisien gründlich diskreditiert waren, vorrevolutionäre Situationen. Allerdings benutzten die Stalinisten ihre neu gewonnene Autorität dazu, diese Möglichkeiten zu sabotieren. Dennoch waren die westeuropäischen Kapitalisten gezwungen, Lohnzugeständnisse und Sozialleistungen zu gewährleisten, um ihre Klassenherrschaft wiederherzustellen und „sozialen Frieden“ zu erkaufen. Seit dem Zusammenbruch des Sowjetblocks haben es die Bosse nicht mehr nötig, den Kapitalismus attraktiv erscheinen zu lassen im Vergleich zu den degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten, wo die arbeitende Bevölkerung trotz der stalinistischen Bürokratien



**Vereinigt Immigranten, Frauen, Jugend
hinter der Macht der Arbeiterklasse!**

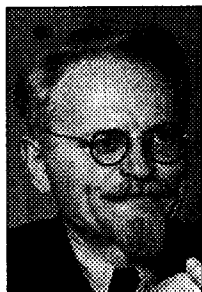
sichere Arbeitsplätze, Wohnungen, genug zu essen, medizinische Grundversorgung und gesicherte Ausbildung hatte.

Als direktes Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa ist die Welt heute zunehmend in drei konkurrierende Wirtschaftssphären aufgeteilt. Um mit ihren japanischen und amerikanischen Konkurrenten Schritt zu halten, muß die deutsche Bourgeoisie ihre Ausbeutungsrate drastisch erhöhen. Sie will wieder Europa beherrschen, ohne selbst das Maastricht-Kriterium zu erfüllen. Und verschärfte internationale Konkurrenz führt zu Handelskriegen, die wiederum zum imperialistischen Krieg führen. Das öffentliche Gelöbnis in Berlin und die NATO-Tagung in der Reichshauptstadt sind nur ein Vorgeschmack auf kommende Entwicklungen. Zweimal in diesem

Fortgesetzt auf Seite 24

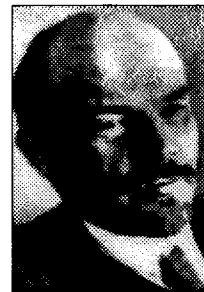
**Baut eine revolutionäre Partei auf,
die für eine Arbeiterregierung kämpft!**

Trotzki gegen die Volksfront



TROTZKI

Die kürzliche Wahl einer „Mitte-Links“-Koalitionsregierung in Italien, in der die Ableger der ehemaligen Kommunistischen Partei (PDS und Rifondazione Comunista) mit Ex-Christdemokraten verbunden sind, unterstreicht die strategische Bedeutung der Volksfront für die politische Unterordnung des Proletariats unter die Bourgeoisie. In seinen Schriften zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs, wo die Volksfrontregierung dazu diente, eine Arbeiterrevolution zu erdrosseln, wies Leo Trotzki darauf hin, daß die Bolschewiki in Rußland nur durch scharfen Kampf gegen die Volksfront (bürgerliche Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre) im Oktober 1917 die Macht erobern können. Heute, wo diverse Zentristen hinter dem Bündnis der Klassenzusammenarbeit in Italien hinterherkriechen, ist es einzig und allein die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten), die für den Aufbau einer trotzkistischen Partei unnachgiebig gegen alle Parteien der bürgerlichen Volksfront kämpft.



LENIN

Die allerwichtigste Frage ist gegenwärtig die der Volksfront. Die linken Zentristen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar ein technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus. Denn es wird oft vergessen, daß das große historische Beispiel der Volksfront die Februarrevolution von 1917 ist. Vom Februar bis zum Oktober waren die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre, die eine sehr gute Parallele zu den „Kommunisten“ und den Sozialdemokraten bilden, in engstem Bündnis und in einer dauernden Koalition mit der bürgerlichen Partei der Kadetten, mit denen sie zusammen eine Reihe von Koalitionsregierungen bildeten. Unter dem Zeichen dieser Volksfront befand sich die ganze Masse der Bevölkerung, einschließlich der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. Freilich nahmen die Bolschewiki an den Räten teil. Aber sie machten nicht die geringsten Konzessionen an die Volksfront. Ihre Forderung lautete, diese Volksfront zu *zerbrechen*, das Bündnis mit den Kadetten zu zerstören und eine echte Arbeiter- und Bauernregierung zu schaffen.

Die gesamten Volksfronten in Europa sind nur eine blasse Kopie und oft eine Karikatur der russischen Volksfront von 1917, die immerhin eine viel größere Berechtigung für ihre Existenz beanspruchen konnte, denn noch

stand die Frage des Kampfes gegen den Zarismus und die Überreste des Feudalismus auf der Tagesordnung.

Leo Trotzki, „Die POUM und die Volksfront“
Juli 1936

Das Problem der Revolution heißt es bis zu Ende, bis in die letzten konkreten Schlußfolgerungen hinein durchdenken. Es heißt die Politik auf die Grundgesetze der Revolution, d. h. auf die Bewegung der einander bekämpfenden Klassen einstellen, und nicht auf die Vorurteile und Ängste der oberflächlichen kleinbürgerlichen Gruppen, die sich „Volks“- und wer weiß was noch für welche Front betiteln. Die Linie des geringsten Widerstandes ist in der Revolution die Linie des größten Zusammenbruchs. Die Furcht vor „Isolierung“ von der Bourgeoisie bedeutet Isolierung von den Massen. Anpassung an die konservativen Vorurteile der Arbeiteraristokratie bedeutet Verrat an den Arbeitern und an der Revolution. Übermäßige „Vorsicht“ ist unheilvollste Unvorsichtigkeit. Das sind die Hauptlehren aus dem Zusammenbruch der ehrlichsten politischen Organisationen in Spanien, will sagen der zentristischen POUM. Die Parteien und Gruppen des Londoner Büros sind weder willens noch imstande, aus der letzten Warnung der Geschichte die notwendigen Schlußfolgerungen zu ziehen. Damit geben sie sich selbst dem Verderben preis.

Leo Trotzki, *Spanische Lehren*
Dezember 1937

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler (Vertrieb), Herbert Bäck (Produktion), Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs, Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin), Bert Matthes, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 22111 Hamburg
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01, Korrespondenz über
Verlagsanschrift. Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 123

Juni/Juli 1996

KONTAKTADRESSEN

Berlin

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 5 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle

SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg

SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb als Supplement *Spartakist*, deutsche Ausgabe Nr. 17, beigelegt.

Rassistischer Staatsterror: Rammbock für Sozialraub

Weg mit dem Verbot der PKK! Stoppt die Abschiebungen!

Drei Jahre nachdem die Bonner Parteien das Asylrecht zerstörten, hat das Bundesverfassungsgericht (BVG) nicht nur das Antiasylgesetz von 1993 bestätigt, sondern es auch noch *verschärft*: ein Eingriff in die demokratischen Rechte aller. Asylsuchende, die durch irgendein „sicheres Drittland“ (z. B. jedes Nachbarland) oder aus einem „sicheren Herkunftsland“ gekommen sind, können sofort abgeschoben werden; diejenigen, die an Flughäfen ankommen, nach einer kurzen administrativen Anhörung. Mit dem massiven Aufschwung des deutschen Nationalismus nach der kapitalistischen Wiedervereinigung haben die Bonner Parteien Naziterror wie das Rostocker Pogrom geschürt und ausgeschlachtet. Im Mai 1993 versetzten sie im Bundestag dem Asylrecht den Todesstoß; drei Nächte danach brannten Nazis ein Haus in Solingen nieder, wo mehrere türkische Familien wohnten. Zwei junge Frauen und drei Mädchen starben grauenvoll in dem Inferno. Jetzt ist ein Feldzug des *staatlichen* rassistischen Terrors gegen Immigranten und Flüchtlinge im Gange, als Rechtfertigung für die Verstärkung der repressiven Gewalt des bürgerlichen Staates.

Mit dem Verbot der PKK und 35 weiterer kurdischer Organisationen im November 1993 wurde die *nationale Identität und der kulturelle Ausdruck eines ganzen Volkes kriminalisiert*. Unter dem Vorwand des PKK-Verbots werden Polizeistaatsmaßnahmen eingesetzt, um kurdische Proteste zu unterdrücken, und Deutschlands reaktionäres „Ausländergesetz“ wird sogar weiter verschärft. Auf ähnliche Weise wurden in dieser Hexenjagd auch eine Reihe von „Antiterroristen“prozessen aufgrund Paragraph 129a gegen Kurden in Hamburg, Stuttgart und anderen Städten eröffnet. Dieser Paragraph wurde in den 70er Jahren zuerst von der SPD-Regierung Helmut Schmidts gegen die türkischen Linken von Devrimci Sol und später gegen die RAF benutzt. In diesen Prozessen ist es nicht erforderlich, angebliche kriminelle Taten zu beweisen, sondern lediglich die Mitgliedschaft in oder Unterstützung für eine angebliche „kriminelle Vereinigung“ – deren Schattenhaftigkeit selber den Beweis für ihren ominösen, klandestinen Charakter liefern soll.

Es ist kein Zufall, daß massiver Staatsterror gegen Kurden gerade dann entfesselt wird und daß drakonische Maß-



dpa/Mulhaupt

Polizeihaiz in Essen am 2. Jahrestag des PKK-Verbots. Arbeiterbewegung muß Kurden gegen Staatsterror verteidigen!

nahmen gegen alle Immigranten angekündigt werden, da die Bosse und ihr Staat vorwärts preschen, um die durch harte Kämpfe erzielten Errungenschaften der Arbeiterbewegung zurückzunehmen – Kämpfe, bei denen eingewanderte Arbeiter oft in den vordersten Reihen standen. Der Belagerungszustand, der im März während des kurdischen Neujahrsfestes Newroz über Dortmund verhängt wurde, sollte nicht nur Kurden und andere Einwanderer einschüchtern, sondern er sollte jeden Widerstand gegen den Vorstoß der Bosse ersticken, die den Lebensstandard aller Werktätigen und ihrer Verbündeten empfindlich senken wollen. Die neue Definition von „besonders schwerem Landfriedensbruch“ könnte auf jeden Arbeiterstreik oder Studentenprotest angewendet werden. Der Paragraph 129a könnte dazu dienen, Gewerkschaften zu kriminalisieren, wie dies in den USA schon geschehen ist (ein Grund, weshalb Löhne und Sozialleistungen dort niedriger sind).

Die Spartakist-Arbeiterpartei (SpAD) und ihre verbündete Verteidigungsorganisation, das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), haben aktiv gegen das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen gekämpft. Im Frühjahr 1994 organisierten die Schwesterorganisationen des KfsV eine internationale Protestkampagne auf drei Kontinenten gegen die Unterdrückung der Kurden. Ende der 80er Jahre wurden wegen des breiten Protests, auch durch mehrere Gewerkschaftsfunktionäre, gegen die monströsen PKK-Schauprozesse in Düsseldorf die Anklagen gegen die meisten Beschuldigten fallengelassen. Mehr denn je ist es heute dringend notwendig, daß proletarische Organisationen alle diejenigen hinter sich vereinigen, die den rassisti-

Fortgesetzt auf Seite 21

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Jean-Luc Gaillard

Unser Genosse Jean-Luc Gaillard ist am 27. April gestorben. Er war 38 Jahre alt. Seit Jahren kämpfte er gegen das Kaposi-Sarkom an – eine Krankheit, die mit dem AIDS-Virus verbunden ist und ihm letztlich das Leben nahm.

Der Tod dieses bemerkenswerten Genossen und Freundes ist ein tragischer Verlust. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seiner Gefährtin, und wir fühlen in tiefer Trauer mit ihnen.

Jean-Luc war ein revolutionärer Kader, der in der Internationalen Kommunistischen Liga und ihrer französischen Sektion, der Ligue trotskyste de France, ganz besonders geliebt und geachtet wurde. Er trat 1979 bei uns ein; mehrere Jahre lang war er für die Versandabteilung der LTF verantwortlich. Vor einigen Jahren wurde er ins Zentralkomitee der LTF gewählt.

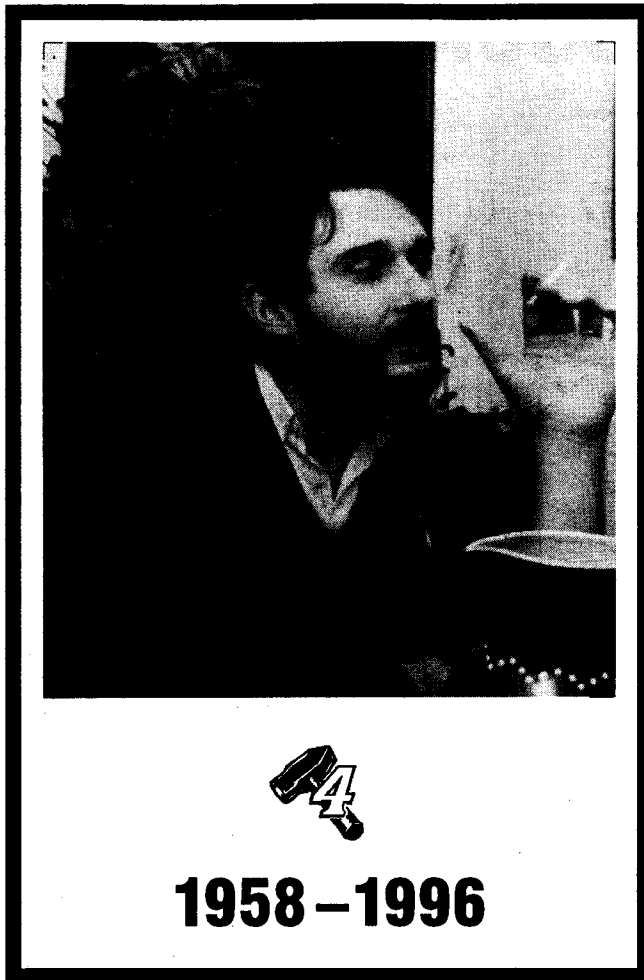
Von Anfang an legte Jean-Luc großen Wert darauf, andere Sektionen der IKL zu besuchen. Zuletzt nahm er 1994 an einer Nationalkonferenz der SL/U.S. teil, 1995 kam er zu einem Plenum der SpAD nach Berlin. Trotz seiner Gebrechlichkeit und trotz der entsetzlichen Leiden, die seine Krankheit ihm aufbürdeten, beteiligte er sich bis zum Ende mit seiner ganzen Willenskraft, seiner Intelligenz und seinen Erfahrungen an der Arbeit und an den internen Debatten unserer internationalen Partei.

Beileidsgrüße von Mitgliedern einer anderen linken Gruppe in Frankreich sprachen von seiner Wißbegierde, seiner Bereitschaft, ihnen zuzuhören und die Reichweite ihrer Differenzen zu verstehen und Politik in kompetenter Weise zu diskutieren.

Am 1. Mai organisierten die Genossen der Ligue trotskyste eine Gedenkfeier für Jean-Luc an der Mauer der Kommunarden im Père-Lachaise-Friedhof in Paris, an der auch seine Familie teilnahm. Anfang Juni fand dann eine größere Gedenkfeier in Paris statt, zu der 60 Genossen und Freunde kamen. Die LTF stellte Wandtafeln mit Fotos von Jean-Luc zusammen, Briefe aus der ganzen IKL wurden verlesen. Die bewegenden Reden zeigten noch einmal, wie sehr wir Jean-Luc vermissen werden.

Es kann keine bessere Ehrerbietung für Jean-Luc geben als den Kampf weiterzuführen, dem er sein Leben widmete: dem Aufbau einer internationalistischen revolutionären Arbeiterpartei.

Genossen der Prometheus Research Library (PRL) schickten einen Brief an Jean-Lucs Freunde und Genossen. Sie erinnerten daran, daß Jean-Luc zum Repräsentanten der PRL in Frankreich wurde in Anerkennung für seine gute



Arbeit, die er jahrelang für die Archivarbeit geleistet hat: „Solche Hilfe und Engagement waren Beweis für Jean-Lucs Hochschätzung der Bedeutung der Geschichte der kommunistischen Bewegung.“

Die folgenden Bemerkungen stammen aus einer Rede, die Genosse Steffen für die Spartakist-Jugend und die SpAD bei der Gedenkfeier in Paris gehalten hat.

„Wir wußten seit vielen Jahren, daß unser Genosse Jean-Luc gegen die Krankheit AIDS ankämpfte. Obwohl er krank war, war er einer derjenigen, die von Frankreich aus für eine trotzkistische Intervention in die beginnende proletarisch-politische Revolution im deformierten Arbeiterstaat DDR in den Jahren 1989/90 kämpfte. Wir erinnern uns daran, daß Jean-Luc einer der ersten Genossen war, der nach Deutschland kam. Er war sehr bewußt darüber, welche Rolle wir einnehmen mußten, um die Geschichte zu verändern.“

Wir wußten, daß Jean-Luc Geschichte im engsten persönlichen Sinne auffaßte. Wir waren

tief beeindruckt von der Energie und dem Scharfsinn, die er in die Debatten einbrachte, die im türkischen Volkshaus Halkevi, unserem damaligen öffentlichen Büro, über die Richtung unserer Interventionen stattfanden. Jean-Luc war zutiefst internationalistisch.

Einige der SpAD-Genossen erinnern sich an Jean-Luc aus der Zeit, als er Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre mit der französischen Armee in Berlin stationiert war. Unter schwierigen objektiven und persönlichen Bedingungen unternahm er jedes Wochenende Anstrengungen, um aktiv am Leben der deutschen Sektion teilzunehmen sowie an den politischen Fragen unserer Internationale.

1994 nahm Jean-Luc am SpAD-ZK-Plenum in Berlin teil. Er verbrachte viel Zeit, mit unseren jugendlichen Genossen zu sprechen. Beim Aufbau unserer Jugendgruppen hat er uns sehr geholfen.

Ich kann mich noch daran erinnern, wie wir zusammen mit anderen Genossen in einem Café im Zentrum Ostberlins saßen. Hier diskutierten wir und stritten uns auch darüber, wie man eine Jugendorganisation aufbaut. Zu diesem Thema gab es ja durchaus heftige Debatten in der IKL. Und Jean-Luc brachte seine Erfahrungen – schlechte wie gute – ein und trieb die Diskussion voran. Heute haben wir in Deutschland wie in Frankreich Jugendgruppen, und unser Genosse Jean-Luc hat ganz sicher dazu beigetragen.

Jean-Luc lebte ganz für die Partei. Die kurze Zeit, die ihm verblieb, widmete er ganz der Internationalen Kommunistischen Liga.“ ■



**Spartakist-
Jugend**

Kostenlose, hochwertige Bildung für alle!

Berlin: Unis in Aufruhr gegen Spar-Angriffe

Zehntausende von Studenten laufen Sturm gegen die grotesken Sparmaßnahmen des CDU/SPD-Senats. Geplant sind unter anderem die Einführung von Studiengebühren, die Schließung zahlreicher Fachbereiche und die radikale Reduzierung der Studienplätze. Schon jetzt dürfen die Unis nicht mal mehr neue Bücher kaufen. Mit Berlin als Vorreiter sollen letztlich in ganz Deutschland sogar die bescheidenen Reformen der 70er Jahre zurückgerollt und die Hochschulen wieder als exklusive Klubs der Bourgeoispröblinge etabliert werden. Auch bei den Schülern und Lehrlingen fängt es an zu brodeln: Über 100 000 fehlende Lehrstellen, Streichung von Lernmittelzuschüssen und immer größere Schulklassen sorgen für massenhaften Unmut. Gleichzeitig fand das erste öffentliche Bundeswehrgelöbnis in Berlin statt, mit dem die Jugend wieder eingeschüchtert und zu gefügigem Kanonenfutter erzogen werden soll.

Auf den großen Studentendemos der vergangenen Wochen war vielen klar, daß sich das Kahlschlagprogramm der Regierung gegen sämtliche Schichten der werktätigen Bevölkerung richtet. Wie schon bei den französischen Streiks die Jeunesse Spartaciste, Jugendgruppe unserer Schwesterorganisation Ligue trotskyste de France (LTF), in einem Flugblatt betonte: „Was jetzt notwendig ist, ist ein revolutionäres Programm, das die Kämpfe der Jugend um das Recht auf Arbeit, Wohnung und einen anständigen Lohn – also auf ein anständiges Leben – mit dem Kampf des Proletariats verbindet, um diesem kapitalistischen System der Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende zu setzen.“

Als ersten Schritt muß es einen Unistreik von Studenten, Dozenten und Uni-Arbeitern geben, der im Gegensatz zu den bisherigen sogenannten „Streik-Aktionswochen“ die Unis *dichtmacht*. Wir fordern, diesen Streik durch militante Streikpostenkettens abzusichern, die *niemand* überquert. Regelmäßige Vollversammlungen der Studenten, Dozenten und Uni-Arbeiter müssen einen *Streikrat* wählen. Die Uni-Arbeiter in der Mensa, im Reinigungsbereich, in den Instituten, usw. – von vielen kaltschnäuzig ignoriert – müssen das Rückgrat eines solchen Streiks bilden. Eine solche proletarische Strategie ist erst kürzlich durch den ÖTV-Warnstreik an der Technischen Universität anschaulich illustriert worden. Studenten schlossen sich spontan der Gewerkschaftsdemo an und solidarisierten sich mit dem Protest, darunter Genossen der Spartakist-Jugend.

Die brutalen Knüppelinsätze, die gegen Uni-Aktivisten in Berlin stattfanden, werfen ein Schlaglicht auf die Rolle der Polizei. Am 13. Mai wurden Studenten, die gegen eine reaktionäre Schäuble-Veranstaltung an der FU protestierten, von RCDS-Saalschützern angegriffen und von Wachschutz, Zivil- und Bereitschaftsbullen prügelnd und würgend aus dem Hörsaal vertrieben. Zwei Wochen später wurden Studenten, die das FU-Hauptgebäude besetzten, mit Schlagstöcken traktiert. Der Polizeiknüppel ist alles, was die Herrschenden den protestierenden Studenten und Jugendlichen zu bieten haben. Die Bullen sind nicht neutral. Als bewaffnetes Organ der bürgerlichen Klassenherrschaft dienen sie der Bourgeoisie und ihrer Regierung. Wir fordern: Bullen runter vom Campus!

Diese elementare Forderung sucht man bei anderen lin-

ken Gruppen vergeblich, die sich an den Studentenaktionen beteiligten. So schreibt die Internationalistisch-Sozialistische Organisation (ISO) in einem Flugblatt vom April 1996 großmäutig über die Notwendigkeit, den Kapitalismus zu stürzen. Was man aus dem Text jedoch nicht erfährt, ist ihre Linie zur Polizei. Diese Gruppe ist für die gewerkschaftliche Organisation von Bullen und Gefängniswärtern: „Wenn Polypen streiken, hören sie auf, sich wie die Polizei zu verhalten, und schließen sich wieder ihrer Klasse an“, schrieb ihre britische Schwesterorganisation SWP (siehe auch *Spartakist* Nr. 111, März/April 1994). Ach ja, Streiks für noch mehr Knäste, für noch mehr Polizei und Schlagstöcke sollen uns mit den professionellen Streikbrechern versöhnen? Statt gefährliche Illusionen in die Reformierbarkeit des bürgerlichen Staates und seiner rassistischen bewaffneten Kräfte zu schüren, will die Spartakist-Jugend dagegen Jugendliche zum revolutionären Programm gewinnen, das für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom bürgerlichen Staat eintritt.

In einem Akt von elementarer Solidarität verteidigten TU-Studenten Ende April bei einer Spontandemo drei Jugendliche, die festgenommen wurden. Die Bullen griffen sich dabei bezeichnenderweise zwei Immigranten heraus. Daraufhin blockierten die Studenten so lange den Hardenbergplatz, bis alle drei wieder freikamen. Gerade heute im Zeichen der staatlich geschürten PKK-Hysterie sind Immigranten und besonders Jugendliche der zweiten und dritten Generation oft die Zielscheibe von rassistischen Bulleneinsätzen. Der Kampf an den Unis muß sich zentral gegen die international berüchtigten rassistischen Diskriminierungen an deutschen Hochschulen richten: So existiert für Immigranten eine offizielle Zulassungsquote von 5,5 Prozent, um deren Zugang zu den Unis zu begrenzen. Die TU Berlin ist mit 17 Prozent eingewanderten Studenten eine deutliche Ausnahme. Neben den rigiden Arbeitsverboten und BaföG-Beschränkungen sind deutsche Hochschulen sogar dafür verschrien, nichtdeutsche Studienabschlüsse, wenn überhaupt, nur begrenzt anzuerkennen. Gleiches Recht für alle! Weg mit jeglichen Quoten! Nieder mit dem rassistischen Numerus clausus!

Mit den Sparangriffen sollen die Unis jetzt noch mehr von Immigranten und Arbeiterkindern gesäubert werden. Als Marxisten gehen wir davon aus, daß die herrschenden Ideen der Herrschenden sind. Die Universitäten funktionieren traditionell als Kadenschmieden der Bourgeoisie, sie sind Trainingsstätte der zukünftigen Manager, Politiker und Wissenschaftler. Jedoch bedeutet das für uns nicht, die kulturellen und wissenschaftlichen Reichtümer der bürgerlichen Gesellschaft schlicht zu verwerfen. Im Gegenteil: Eine gebildete Öffentlichkeit hätte den kapitalistischen Unterdrückern gerade noch gefehlt. Wissen ist Macht! wußte schon die frühe Arbeiterbewegung. Und wir Spartakisten wollen die Studenten, die für ihre Rechte kämpfen, für die Seite der Arbeiterklasse gewinnen. Wir fordern: Kostenlose, qualifizierte Bildung für alle! Weg mit den Studiengebühren! Für ein ausreichendes Stipendium für alle Studenten! Unis unter die Kontrolle der Studenten, Dozenten und Uni-Arbeiter! ■

Internationale Unterstützung für brasilianische Gewerkschaft Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!

Letzten Monat veröffentlichte die Gruppe Luta Metalúrgica (LM – Metallarbeiterkampf) in Volta Redonda den nebenstehend abgedruckten dringenden Aufruf zu internationaler Arbeitersolidarität gegen den finsternen Überfall der berüchtigten Militärpolizei auf eine Versammlung der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter (SFPMVR). Das Komitee für soziale Verteidigung wandte sich daraufhin am 23. März mit einem Schreiben an die Arbeiterbewegung und alle Verteidiger von demokratischen Rechten, um „die Verteidigung dieser Gewerkschafter aufzugreifen und in die Forderung einzustimmen: ‚Schluß mit den gefährlichen Polizeiprovokationen gegen Gewerkschaftsaktivisten in Volta Redonda! Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!‘“ Das blutige Massaker an landlosen Bauern im Amazonasgebiet am 17. April, als die brasilianische Militärpolizei mit Schußwaffen gegen eine Sitzblockade der Landlosen vorging und 19 Menschen ermordete, zeigt mit schrecklicher Deutlichkeit, wie dringend erforderlich internationale Arbeitersolidarität ist.

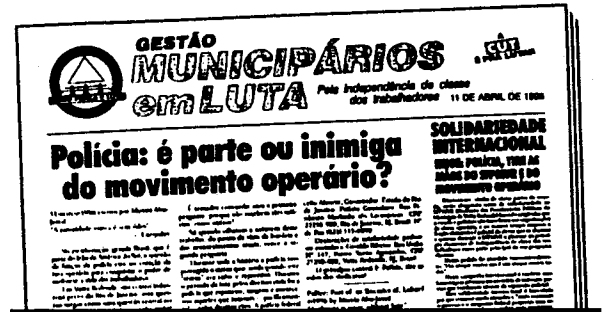
Als Antwort auf den Aufruf von LM gab es eine Flut von internationaler Unterstützung durch Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen. Die Führung der SFPMVR unter ihrem Vorsitzenden Geraldo Ribeiro gab ein vierseitiges Extrablatt ihrer Zeitung *Gestão Municipalários em Luta* (oben abgebildet) heraus, das eine Auswahl der Protesterklärungen aus aller Welt enthielt.

In Brasilien griff die Gewerkschaft der Bankangestellten von São Paulo den Fall in ihrer Zeitung *Folha Bancária* auf. Die Partido de Trabajadores por el Socialismo (PTS Internationales Büro – Brasilien) und die Partido Operário Revolucionário (POR) erhoben Protest. Auch der Leiter des historischen Instituts der Universität von São Paulo, Professor Raquéel Glezer, schickte eine Erklärung. Mario do Carmo Lopes Paes, Mitglied des Vorstands der SFPMVR und Gründer der „Nationalen Bewegung der Straßenkinder in Volta Redonda“, betonte die tödliche Gefahr, die von der Polizei ausgeht:

„Wir wissen um die unzähligen Gewalttaten der städtischen Polizei, der Militärpolizei, der nationalen Polizei und der paramilitärischen Kräfte ... besonders gegen Streikende im öffentlichen Dienst und allgemein gegen die Bewegung der Unterdrückten und Ausgebeuteten, zu denen sicher auch die Straßenkinder gehören.“

Aus den USA kam eine Solidaritätserklärung von der Ortsgruppe 808 der Transportarbeitergewerkschaft in New York. Aus Kanada schickte die Ortsgruppe Toronto der Postarbeitergewerkschaft ein Protestschreiben, ebenso die Ortsgruppe 391 der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes in Vancouver. Aus Britannien protestierte der schottische Verband der Feuerwehrgewerkschaft mit einem Solidaritätsschreiben, ebenso wie Jimmy Nolan, der Vorsitzende des Vertrauensleutekorpers der Hafnarbeiter in Liverpool. Seit letztem September stehen diese Hafnarbeiter in einem harten Kampf zur Verteidigung ihrer Gewerkschaft.

Aus Japan kam eine Erklärung von der Ortsgruppe Minato Godo, die zum Bezirksverband Osaka der Nationalen Gewerkschaft der Maschinenarbeiter in der Metallindustrie gehört. Im Februar hatte die japanische Polizei 41 Razzien in Büros und Wohnungen von Mitgliedern dieser kämpferischen Gewerkschaftsgruppe durchgeführt. Aus Südafrika gingen Erklärungen der Transportarbeitergewerkschaft Turning Wheel Workers Union und der Gruppe Workers Organisation for Socialist Action (WOSA – Arbeiterorganisation



Zeitschrift von Mitgliedern der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter in Volta Redonda veröffentlichte internationale Protesterklärungen gegen einen Überfall der Militärpolizei auf eine Gewerkschaftsversammlung. Die Titelseite brachte einen Artikel des in der Todeszelle sitzenden amerikanischen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal

für sozialistische Aktion) ein. Letztere schrieb:

„Die Tatsache, daß die gegenwärtige vom ANC geführte Regierung der nationalen Einheit in Südafrika auch begonnen hat, sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu beugen – und zwar durch ein freiwilliges Programm zur strukturellen Anpassung, das sich gegen Arbeiter und ihre Organisationen richtet –, hat die Arbeiter gegenüber solchen Polizeimaßnahmen empfindlicher gemacht, von denen Luta Metalúrgica spricht: ‚Streikbruch und brutale rassistische Angriffe, welche die tägliche Realität vom kapitalistischen „Recht und Ordnung“ in Brasilien sind.“

Aus Australien gingen Erklärungen der Landesbezirke Victoria und Central New South Wales von der Seelute-Gewerkschaft Australiens ein sowie von der Gewerkschaft Medien, Unterhaltung und Kunst von New South Wales. Aus Mexiko kamen unter anderem Schreiben von der Ortsgruppe 9 der SNTE (Gewerkschaft Erziehung und Unterricht) und von der Costureras „19 de Septiembre“ (Textilgewerkschaft).

Auch der amerikanische Historiker Howard Zinn und Serge Klarsfeld, der Vorsitzende der Vereinigung der Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden, schickten Stellungnahmen. Aus Deutschland kamen Erklärungen vom Maler Willi Sitte, vom Schriftsteller Erik Neutsch und von Almuth Beck, die Mitglied der PDS-Fraktion im Thüringer Landtag ist. Der israelische Verteidiger der Palästinenser-Rechte und Überlebende des Holocaust Israel Shahak hob hervor, daß „in einer Zeit, wo eine rechte Welle die Welt überrollt, die wichtigste Sache die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften ist.“

Und aus Mexico City schrieb der Enkel von Leo Trotzki, Esteban Volkov:

„Ich schließe mich den energischen Protesten gegen die Einmischung von Polizei und Militär in die legitimen Gewerkschaftsversammlungen und Kämpfe der Arbeiterbewegung in Volta Redonda, Brasilien, an. Unter jedem Regime, das vorgibt, die Menschenrechte zu achten, verstößt diese Einmischung gegen die elementarsten Rechte der Arbeiter, und sie gehört zu den dunklen Seiten des Faschismus. Die Arbeiterklasse, die den ganzen Reichtum schafft, muß das volle Recht haben, ihre gewerkschaftlichen Aktivitäten ohne Einschüchterung und Repression seitens des Staatsapparats durchzuführen.“

Brasilien: Militärpolizei überfällt Gewerkschaftsversammlung

Hände weg von der Gewerkschaft in Volta Redonda!

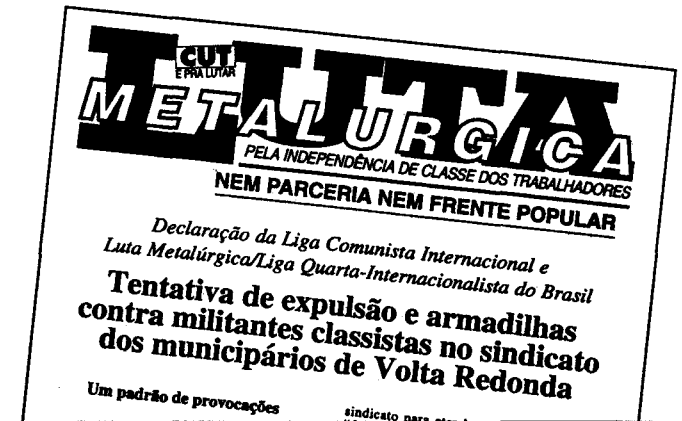
Nachfolgend drucken wir einen dringenden Appell von Luta Metalúrgica (LM – Metallarbeiterkampf) im brasilianischen Stahlzentrum von Volta Redonda nahe Rio de Janeiro. Am 13. März wurde eine Versammlung der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von der berüchtigten mörderischen Militärpolizei überfallen. Es ist lebenswichtig, daß die Polizei und die staatlichen Stellen, die ihr die Befehle geben, die Botschaft erhalten, daß die Arbeiterbewegung und alle, die demokratische Rechte verteidigen, sich in der ganzen Welt solidarisch gegen diese Bullenprovokation gegen kämpferische Teile der brasilianischen Arbeiterbewegung stellen.

Die Gruppe Luta Metalúrgica, die kürzlich den Namen Liga Quarta-internacionalista do Brasil (LQB – Liga der Vierten Internationalisten von Brasilien) annahm, ist brüderlich mit der Internationalen Kommunistischen Liga verbunden, deren deutsche Sektion die Spartakist-Arbeiterpartei ist. Im letzten August organisierte LM in Brasilien Kundgebungen von Arbeitern/Schwarzen gegen die drohende Hinrichtung des schwarzen Journalisten Mumia Abu-Jamal, der in Pennsylvania, USA, in der Todeszelle sitzt. Zu einer Protestkundgebung am 10. August in Volta Redonda hatte die gleiche Gewerkschaft der städtischen Arbeiter mit aufgerufen, die heute angegriffen wird.

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft die Leser des Spartakist dringend auf, die Verteidigung dieser Gewerkschafter aufzugreifen. Der folgende Appell wurde mit ergänzenden Dokumentationsmaterialien verbreitet und ist auf Nachfrage beim KfsV erhältlich.

In der Stadt Volta Redonda, Brasilien, gab es eine Reihe von immer mehr um sich greifenden Provokationen gegen die Führung der kämpferischen Gewerkschaft der städtischen Arbeiter von Volta Redonda (SFPMVR), die ihren Höhepunkt erreichten, als die Militärpolizei in bedrohlicher Weise in eine Gewerkschaftsversammlung eindrang. Am Nachmittag des 13. März, als eine Mitgliederversammlung der SFPMVR vor dem Stadtratsgebäude stattfand, wurde ein offenbar vorsätzlich geplanter physischer Angriff auf den Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo Ribeiro verübt, der im letzten November über die Liste der „Municípios em Luta“ (MEL – Städtische Arbeiter im Kampf) gewählt wurde. Kaum fünf Minuten nach diesem Angriff erschien ein Kommando von vier Militärpolizisten, bewaffnet mit Pistolen und Schrotflinten, bei der Versammlung. Bedrohlicher Weise kam auch der stellvertretende Leichenbeschauer dazu, bekannt als „Pereira“, der gerade als Stadtrat kandidiert.

Obwohl der Gewerkschaftsvorsitzende Ribeiro es schaffte, die Polizei zu beschwichtigen, und obwohl niemand verletzt wurde, war dies ein potentiell tödlicher Angriff auf die SFPMVR, auf den CUT-Gewerkschaftsverband, dem sie angegliedert ist, und auf die gesamte Arbeiterbewegung. Die Militärpolizei ist berüchtigt für ihre Morde an Straßenkindern, an Schwarzen, an Bauern und anderen, die von den Behörden als „verdächtig“ angesehen werden. Wir wenden uns dringend an Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen in ganz Brasilien und überall auf der Welt, um diese Ungeheuerlichkeit zu verurteilen, und fordern: Polizei – Hände weg von der Gewerkschaft der städtischen



Aufruf zum Protest gegen den Überfall der Militärpolizei auf eine Gewerkschaftsversammlung der städtischen Arbeiter, herausgegeben von kämpferischen Arbeitern in der brasilianischen Stahlstadt Volta Redonda

Arbeiter von Volta Redonda! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!

Das Eingreifen der Militärpolizei wurde von einem gewissen Artur Bonizete Fernandes eingefädelt, der Sekretär der Gewerkschaft ist und während der letzten zwei Monate eine Kampagne von Provokationen durchführte mit dem Ziel, einen Putsch zu inszenieren, um den Gewerkschaftsvorsitzenden Geraldo Ribeiro und seinen Berater Alexandre Honorato „Cerezo“, Führer von Luta Metalúrgica (LM), zu entmachten. Schon zu Beginn der Versammlung am 13. März begann eines der Mitglieder der Artur-Fraktion, Sebastião de Fátima Batista Passos, bekannt als „Motorzinho“, Geraldo zu provozieren, indem er versuchte, den Vorsitzenden der SFPMVR an der Leitung der Gewerkschaftsversammlung zu hindern, die von etwa 50 Leuten besucht wurde. Als die anwesenden Arbeiter „Geraldo presidente“ riefen, versuchte Motorzinho weiter sich durchzusetzen, griff schließlich nach Ribeiros Arm und riß ihm dabei die Knöpfe vom Hemd. Geraldo blieb nur deshalb unverletzt, weil Gewerkschaftsmitglieder energisch eingriffen, um ihn zu verteidigen, während der Angreifer weiterhin wüste Flüche gegen ihn ausstieß.

Kaum fünf Minuten nach dieser Auseinandersetzung trafen die vier Militärpolizisten ein. Es waren zwei Feldwebel und zwei Gefreite, letztere mit Schrotflinten und Pistolen bewaffnet. Schrotflinten werden in Brasilien im allgemeinen nicht bei Streiksituationen benutzt, sondern eher in extrem gewalttätigen Auseinandersetzungen. Sie sind die bevorzugte Waffe der ROTA, der Militärpolizei im Bundesstaat São Paulo, die international als eine der brutalsten Polizeikräfte der Welt bekannt ist.

Die Militärpolizisten sagten, sie wären gekommen, weil man sie gerufen hätte, und fragten, ob es Unruhe gäbe. Der Gewerkschaftsvorsitzende Geraldo antwortete, daß alles unter Kontrolle wäre. In diesem Moment zeigten Artur und Motorzinho wütend auf Cerezo, wiesen die Militärpolizei auf ihn hin und behaupteten, Cerezo hätte gedroht, sie umzubringen. Cerezo zeigte der Polizei, daß er unbewaffnet

Fortgesetzt auf Seite 8

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 7

war. Die Militärpolizisten steckten ihre Schrotflinten weg, kamen aber mit Schlagstöcken zurück, postierten sich an strategischen Punkten um die Versammlung und stellten sie unter Polizeibelagerung.

Später trafen drei städtische Polizisten (Guardas) ein, und in der Versammlung selbst waren auch einige Zivilpolizisten. Jemand hörte zufällig mit, als einer von ihnen sagte, sie wären von Artur für 10 Real (17 D-Mark) pro Kopf angeheuert worden, aber er wäre besorgt, daß sie vielleicht nach Arturs Meinung nicht bezahlt würden, weil sie zu spät gekommen waren.

Dieser Angriff erfolgt zu einer Zeit, in der die Bundesregierung und der Kongreß eine Verfassungsänderung vorbereiten, um die Errungenschaften, die Rechte und die Arbeitsplatzsicherheit der städtischen Arbeiter zu beseitigen, was den Weg zu Massenentlassungen ebnet soll. Dies ist ein Teil der Bestrebungen, die Gewerkschaft der städtischen Arbeiter zu zerstören, die unaufhörlich gegen Entlassungen durch die Stadtverwaltung von Volta Redonda gekämpft hat. Die SFPMVR hat in den letzten Jahren sieben Streiks durchgeführt und erfolgreich 2800 angedrohte Entlassungen verhindert. Der Gewerkschaftsvorsitzende Geraldo spielte bei diesen Streiks eine führende Rolle. Der Zeitpunkt des Polizeiberfalls ist besonders besorgniserregend, da Geraldo in den letzten Wochen daran arbeitete, die städtische Polizei von der Gewerkschaft zu trennen, weil die Polizei kein Teil der Arbeiterbewegung ist. Die Polizei hat die Aufgabe, Streiks zu brechen und die rassistischen Angriffe durchzuführen, die im brasilianischen Kapitalismus von „Recht und Ordnung“ tagtägliche Realität sind.

Geraldo wurde als Spitzenkandidat der MEL-Liste mit überwältigenden 62 Prozent zum Vorsitzenden der SFPMVR gewählt, gegen eine Liste, die von der gelben Gewerkschaft Força Sindical, von der Volksfrontregierung der Stadt Volta Redonda und von Lima Netto unterstützt wurde – einem Abgeordneten der [rechtsgerichteten Partei] PFL im Bundesparlament. Lima Netto, der schon früher 10 000 Entlassungen im Werk der Nationalen Stahlgesellschaft (CSN) durchgesetzt hatte und der auch der Autor des Parceria-Systems [„Partnerschaft“-System, gemeinsame Komitees von Gewerkschaft und Management] ist, zieht zu Felde, um die Arbeitsplatzsicherheit der Regierungsangestellten abzuschaffen. Die bürgerliche Lokalpresse wie *Diário do Vale* war besonders über die Verbindungen der MEL-Liste zur Gruppe Luta Metalúrgica empört, die in Brasilien gut bekannt ist für ihren prinzipienfesten Kampf für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter sowie für ihre politische Opposition zur Volksfront der Klassenzusammenarbeit, die von Lulas Partido dos Trabalhadores (PT – Arbeiterpartei) angeführt wird.

Hinter Artur Fernandes und seinen Kumpanen stehen mächtige Kräfte. Schon während der Wahlkampagne im vergangenen Jahr wurde die MEL von der Regierung gezielt angegriffen. Die bürgerliche Lokalpresse griff Ribeiro und Alexandre Honorato, „Cerezo“ von Luta Metalúrgica in böser Weise als „Radikale“ an. Cerezo, ein gefeuerter Stahlarbeiter, kandidierte vor einigen Monaten für den Vorsitz der Gewerkschaft der Metallarbeiter in der Region Sul Fluminense (wo sich auch das inzwischen privatisierte CSN-Werk befindet). Dabei stand er auch in Opposition zu Força Sindical und einer Volksfront-Liste. Jetzt ist er ein Berater der SFPMVR. Geraldo ist Bezirkssekretär des regionalen CUT-Gewerkschaftsverbandes, und Cerezo ist zweiter Vor-

Fortgesetzt auf Seite 10



Todesschwadronen der Polizei ermorden Straßenkinder

Die brasilianische Polizei ist berüchtigt für die Ermordung schwarzer Straßenkinder in den riesigen Favelas (Ghettogebiete) im Umkreis der großen Städte. Oben: Militärpolizei patrouilliert durch den Stadtteil Rocinha in Rio de Janeiro. Unten: sechs Kinder, massakriert in der Hüttenstadt Duque de Caixas im November 1991.

Erst kürzlich, am 15. März, tötete eine polizeiliche Todesschwadron drei Straßenkinder außerhalb der Bezirkshauptstadt Belo Horizonte. Sie selbst als „Eingreiftruppe“ bezeichnend, hinterließen die kaltblütigen Mörder einen Brief, in dem sie sich über die niedrigen Löhne für die Bullen beschwerten und drohen, daß „das Blutritual nicht aufhören wird“.

Das ist die groteske Vorstellung dieser Mörderbullen von einer „Arbeitsaktion“. Wir sagen: *Die Polizei ist der bewaffnete Arm der Bourgeoisie! Bullen raus aus den Gewerkschaften!*



Financial Times

AP

Aus der Todeszelle: Hier spricht Mumia Abu-Jamal



Polizei: Bestandteil oder Feind der Arbeiterbewegung?

„Autorität kommt nie ohne Haß.“

– Euripides

Im großen Staat Brasilien, der den Löwenanteil Südamerikas ausmacht, ist die Frage der Funktion der Polizei der Kernpunkt der Arbeiterkämpfe um die Macht, das Leben der Werktätigen zu verbessern.

In Volta Redonda, einem Industriezentrum nahe Rio de Janeiro, ist diese Frage zentral aufgetaucht mitten in einem internen Machtkampf unter führenden Arbeitern des öffentlichen Dienstes.

Am 13. März 1996 wurde eine Sitzung der Municipal Workers Union [Gewerkschaft der städtischen Arbeiter] durch die weltweit berühmte und mörderische Militärpolizei überfallen, die schwerbewaffnet versuchte, mit Schrotflinten einen Disput unter den Arbeitern „beizulegen“. Anwesende berichteten, daß diese überraschende Reaktion nur Augenblicke später stattfand, nachdem der als „Motorzinho“ bekannte wichtige Agent des MWU-Sekretärs Artur Bonizete Fernandes einen wohlüberlegten physischen Angriff auf den MWU-Vorsitzenden Geraldo Ribeiro verübt hatte, einen kämpferischen Gewerkschafter.

Das Gefährliche und noch nie Dagewesene an dieser Situation ist die Herbeirufung der Bullen: Wer tat das? Und warum?

Aus allen Berichten geht klar hervor, daß der Gewerkschaftsvorsitzende Ribeiro sie nicht gerufen hat, und als sie auftauchten, sagte er ihnen, alles sei unter Kontrolle. Später hörten einige Arbeiter, wie Polizisten in Zivil darüber sprachen, daß Artur (der Gewerkschaftssekretär) jedem von ihnen 10 Real (17 D-Mark) schulde, sie aber befürchteten, vielleicht nicht bezahlt zu werden, da sie „zu spät“ dran waren (zu spät wofür, fragt man sich?).

In jedem Fall ist die Einladung der Polizei, und noch ominöser dieser Polizeieinheit, mitten in einen internen Gewerkschaftsdisput eine wirklich schreckliche Entwicklung. Diese Einheit, die Militärpolizei, ist als Todesschwadron bekannt, die ihre mörderische Spezialausbildung an den schwarzen, braunen und armen Slum-Kindern der Favelas und Straßen Rios praktiziert. Sie sind (wie die Polizei in Philadelphia) Experten darin, kleine Kinder zu töten.

Im Zentrum des Konflikts von Luta Metalúrgica (LM – Metallarbeiterkampf) und der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes steht eine Frage, die jetzt weltweite Implikationen hat – was ist die Rolle der Polizei? Sind sie einfache Arbeiter, wie Glasbläser, Müllarbeiter oder Angestellte? Oder sind sie Agenten der reichen und besitzenden Klassen – der Herrschenden?

Man kann versucht sein, ersteres anzunehmen, denn arbeiten sie nicht, wie andere auch, für Lohn?

Erst wenn man sich die Natur dieser Arbeit ansieht, vom Standpunkt historischer und gegenwärtiger Ereignisse, kommt letzteres zum Tragen.

Geschichtlich hat die Polizei immer den Status quo beschützt, selbst wenn dieser „Status“ böse und repressiv war. Während der Bürgerrechtsära war es die Polizei, die diejenigen, die – friedlich! – für Bürgerrechte kämpften, prügelte, blutig schlug und verhaftete. Die Bundespolizei beschattete,

belauschte, sabotierte und, in den Worten des FBI, „neutralisierte“ diejenigen, die heute geehrte Veteranen jenes Kampfes sind, wie Reverend Martin Luther King (Junior & Senior!), den Nationalisten Malcolm X und den Gründer der Black Panthers, Dr. Huey P. Newton. Die Polizei half Propagandisten des weißen Herrenschentums bei vielen ihrer rassistischen Kampagnen.

Ähnlich ist die Polizei in Brasilien Organisator der Repression gewesen, von der Zerschlagung von Organisationen der Bevölkerung und Gewerkschaften bis zu der ruchlosen Ermordung brasilianischer Straßenkinder im Sold der Geschäftsleute. Wenn der Status quo ungerecht ist, der Ungleichheit dient und repressiv ist, wie kann irgend jemand ihn schützen?

In diesem Zusammenhang muß man die Einladung der ruchlosen Militärpolizei in die Belange der Gewerkschaft als das böse Omen „sehen“, das es wirklich ist, und wenn man dies sieht, muß man es verurteilen und scharf dagegen protestieren.

Der Vorsitzende Ribeiro und sein Verbündeter Alexandre Honorato „Cerezo“ von Luta Metalúrgica (Liga Quarta-Internacionalista do Brasil) rufen zu Protesten auf gegen die Anwesenheit und die Provokationen der Polizei in Gewerkschaftsangelegenheiten.

Proteste sollten gerichtet werden an: Marcello Alencar, Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, Palácio Guanabara, Rua Pinheiro Machado s/n, Laranjeiras, CEP 22238-900, Rio de Janeiro, R.J., Brasilien, Fax-Nr. (00 55 21) 553-6090.

Solidaritätserklärungen können geschickt werden an: Geraldo Ribeiro, Rua União No. 147, Bairro Santo Agostinho, CEP 27290-000, Volta Redonda, R.J., Brasilien.

Das zentrale Prinzip: Polizei, Hände weg von den Gewerkschaften!

31. März 1996

Am 22. Mai legten Jamals Anwälte in Philadelphia neues machtvolleres Beweismaterial vor, welches unterstreicht, daß der schwarze Journalist an der Ermordung des Polizisten Daniel Faulkner im Jahre 1981 unschuldig ist und nur wegen seiner politischen Ansichten und aufgrund abgekarteter Beschuldigungen seit 1982 in der Todeszelle sitzt. Die damalige wichtige Zeugin Veronica Jones hat jetzt eidesstattlich erklärt, daß sie während des Prozesses im Jahr 1982 von der Polizei Philadelphias zur Falschaussage gegen Jamal erpreßt wurde. Dieses neue Beweismaterial stärkt Jamals seit Februar vorliegenden Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania.

Geld für Jamals Rechtsverteidigung wird mehr als je dringend gebraucht! Spendet auf das Konto des Komitees für soziale Verteidigung: Wolf Schröder-Barkhausen, Commerzbank Berlin, Konto 310 350 400, BLZ 100 400 00, Stichwort „Jamal“.

Brasilien...

Fortsetzung von Seite 8

sitzender der CUT auf Bezirksebene; sie wurden im November 1993 in diese Ämter gewählt.

Schema einer Provokation

Durch eine geplante Kampagne, die physische Provokationen, Geheimgespräche und Verleumdungsartikel in der Presse der Bosse umfaßte, haben Artur Fernandes und seine Kamarilla versucht, dem Vorsitzenden Geraldo Ribeiro die Kontrolle der Gewerkschaft zu entreißen. Ein erstes Flugblatt, das seinen Hinauswurf forderte, wurde von den Verschwörern gerade zwei Tage vor anstehenden Verhandlungen mit dem Bürgermeister über Lohnforderungen herausgegeben. Das Ergebnis: Der Bürgermeister vertagte die Verhandlungsrunde, mit dem vorgeschobenen Argument, es gebe eine interne Auseinandersetzung in der Gewerkschaft. Dann kam ein weiteres Flugblatt der Verschwörer, das Geraldo des „Verrats“ beschuldigte, weil er die Arbeiter mobilisiert und Geheimgespräche mit dem Bürgermeister abgelehnt hatte.

Der 13. März sollte der krönende Abschluß des versuchten Putsches zur Entfernung des Gewerkschaftsvorsitzenden werden. In einem Skandalflugblatt der Mochtegern-Postenräuber wurde zuerst derjenige Programmteil der MEL-Liste – zu der auch Artur gehörte! – zitiert, der erklärt, daß alle Ebenen der Polizei und der bewaffneten Kräfte, einschließlich der städtischen Polizei, den „bewaffneten Arm der Bourgeoisie“ darstellen; dann folgt der provokatorische Aufruf, zur Versammlung zu kommen, um „die Polizei zu verteidigen“. Das war ein eindeutiger Versuch, bei der Versammlung eine physische Konfrontation mit der Polizei zu provozieren. Die Arbeiter auf der Versammlung unterstützten Geraldo jedoch mit überwältigender Mehrheit und bestätigten ihn als Vorsitzenden. Als die Verschwörer sahen, daß ihr Plan nach hinten losging, nahmen sie Zuflucht zu physischer Konfrontation.

Wer rief die Militärpolizei? Artur selbst gab am folgenden Morgen, dem 14. März, in der Radiosendung „Diário de Paula“ des Senders FM-88 zu, daß er es selber war. Er behauptete, daß der Gewerkschaftsvorsitzende Geraldo angeblich Motorzinho angegriffen hätte – das genaue Gegenteil der Tatsachen. Tatsächlich hatte Artur nach dem Angriff von Motorzinho ihm geraten, sich zu entschuldigen. Dies zeigt, daß Artur lügt. In der gleichen Radiosendung beschuldigte Artur Luta Metalúrgica, ihm nach dem Leben zu trachten, und er benutzte dies als Entschuldigung für das Heranziehen der Militärpolizei und das Anheuern der städtischen Polizei zum „Schutz“. Eine weitere, tödliche Lüge! Tatsächlich ist es Artur, der die Führer von MEL und LM der Gewalt des Staates aussetzt, so wie er es am 13. März herbeizuführen versuchte.

Noch nie haben Gewerkschaftsmitglieder in der Geschichte der SFPMVR die Militärpolizei dazu gebracht, in Gewerkschaftsversammlungen einzugreifen. Arbeitern in Volta Redonda ist die mörderische Brutalität des Militärs auf tragische Weise bekannt. Während der Militärdiktatur 1964–85 war dies eine „Nationale Sicherheitszone“ aufgrund der Bedeutung des CSN-Stahlwerks, des größten in Lateinamerika. Während des Stahlstreiks von 1988 wurden drei Arbeiter – William, Valmir und Barroso – von der Armee ermordet.

Die Militärpolizei ist berüchtigt wegen der rassistischen Morde an Hunderten von überwiegend schwarzen Straßenkindern im Bundesstaat Rio de Janeiro, darunter die niederträchtigen Massaker von Candelária und Vigário Geral;

ebenso für die Morde an zwei Führern der Bewegung der Schwarzen im November 1994, und für das „Verschwinden“ des schwarzen Gewerkschafters Joel Rufino sowie die Morde an weiteren Linken. Die Zeitung *O Globo* (13. September 1991) berichtete, daß in der Gegend von Volta Redonda von Januar bis August 1991 mindestens 113 Kinder von der Militärpolizei ermordet wurden. Auch die städtischen Guardas werden verdächtigt, in diese Verbrechen verwickelt zu sein. Die Militärpolizei ist zusammen mit der Armee auch für das Massaker an Bauern im Bundesstaat Rondônia verantwortlich, bei dem im letzten August „offiziell“ elf



Spartakist

Einheitsfrontaktion im August 1995 für Mumia Abu-Jamal, initiiert von Luta Metalúrgica

Menschen ermordet wurden. Vor kurzem griffen sie mehr als 3000 Bauernfamilien an, die im Bundesstaat Pará Land besetzt hatten.

Wir rufen die Arbeiterbewegung und die Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen in Brasilien und überall in der Welt auf, gegen diesen ungeheuerlichen Angriff auf die städtischen Arbeiter von Volta Redonda zu protestieren, und fordern: *Stoppt die gefährlichen Polizeiprovokationen gegen engagierte Gewerkschafter in Volta Redonda! Polizei: Hände weg von den Gewerkschaften!*

Danke für Eure Unterstützung.
Mit Arbeitergrüßen

Luta Metalúrgica/Liga Quarta-internacionalista do Brasil
20. März 1996

Wir bitten dringend darum, Proteste an die folgenden Personen zu senden:

Marcello Alencar, Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, Fax (00 55 21) 553-6090; und an: Paulo César Baltazar, Bürgermeister der Stadt Volta Redonda, RJ, Fax (00 55 243) 46-4954.

Solidaritätserklärungen bitte an: Geraldo Ribeiro, Rua União No. 147, Bairro Santo Agostinho, Volta Redonda, RJ, Brasilien; und an: Luta Metalúrgica, Av. Lucas Evangelista, n/ 418 sala 306, Aterrado, CEP 27295-320, Volta Redonda, RJ, Brasilien.

International können Kopien von Solidaritätserklärungen an das Komitee für soziale Verteidigung geschickt werden: KfsV, c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin, Fax (0 30) 4 43 94 02.

Dokumentation ist beim Büro von Luta Metalúrgica erhältlich.

4
**Spartakist-
 Jugend**

Bericht aus Hamburg: Aktion zur Verteidigung eines Flüchtlingswohnheims

Direkt vor dem 20. April, dem Jahrestag von Hitlers Geburtstag, an dem verstärkt Nazi-Terroranschläge drohen, erfuhren Genossen der SpAD und der Spartakist-Jugend, daß in der Nacht zuvor ein Flüchtlingswohnheim in Hamburg-Tonndorf völlig ausgebrannt war. Niemand wurde verletzt, aber nahezu alle persönlichen Sachen der Bewohner wurden vernichtet. Mehrere Flüchtlinge nahmen an, daß es ein Brandanschlag von Faschisten war. Als sich herausstellte, daß es in der Nähe ein zweites Wohnheim gab, diskutierten wir mit den Bewohnern, ob wir sie beim Schutz in der folgenden Nacht unterstützen könnten. An jeder Tür haben wir geklingelt und mit den Leuten über die Verteidigung ihres Wohnheimes gesprochen. Viele haben uns gleich freundlich in ihre Wohnung gebeten. Wo es Verständigungsprobleme gab, fand sich jemand, der übersetzte.

Bereits in der folgenden Nacht blieben einzelne Familien auf, um Wache zu halten. Mehrere Leute fingen an, für eine Versammlung am Abend zu mobilisieren, um den nächtlichen Schutz für den 20. April zu organisieren. Abends stellte eine Frau aus Serbien einen Raum zur Verfügung. Es gab eine Versammlung, wo sich alle vorstellten. Frauen, Männer und Kinder aus mehreren afrikanischen Ländern, aus Pakistan, Ex-Jugoslawien, der Türkei und Afghanistan drängten sich in dem kleinen Raum.

Als ein Familienvater fragte, warum nicht die Polizei den Schutz übernimmt, unterstrich ein Jugendlicher die Wichtigkeit, sich selbst zu verteidigen. Wir erklärten die Notwendigkeit von Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen, um die Faschisten zu stoppen. Die Rolle der Polizei und des Staates hatte sich erst kürzlich bei dem schrecklichen Wohn-

heimbrand in Lübeck gezeigt, wo die Polizei statt der Täter einen libanesischen Flüchtling verhaftete, der selbst fast in den Flammen umgekommen wäre. Viele gaben uns recht.

Es wurde diskutiert, wie die Wache ablaufen soll. Eine Liste wurde herumgereicht, wo sich jeder für eine der drei Schichten verpflichten sollte, damit nicht alle die ganze Nacht wachbleiben mußten. Alle waren so entschieden bei der Sache, daß sich einer nach dem anderen für die ganze Nacht eintrug. Wir bildeten gemeinsame Patrouillen, die regelmäßig um das Haus und den Block gingen. Als wir darum gebeten wurden, bezogen wir ein weiteres Wohnheim in der Nähe mit ein. Im „Wachraum“ gab es bis zum Schluß immer Genossen und Leute aus dem Wohnheim in Bereitschaft.

Während der Aktion führten wir interessante Diskussionen. Viele der Flüchtlinge waren aufgrund religiöser Unterdrückung geflohen und berichteten in bewegenden Worten über ihre Schicksale, so z. B. über die Unterdrückung aramäischer Christen in der Türkei. Sie wußten recht wenig vom Marxismus, und doch verstanden sie gut, daß die soziale Macht der Arbeiterklasse eingesetzt werden muß – zusammen mit allen potentiellen Opfern der Nazis, um die Faschisten wirksam zu stoppen. Um 5 Uhr 30 haben wir die Aktion beendet, ohne daß es einen Vorfall gegeben hat. Wir wurden freundlich verabschiedet. Obwohl diese gemeinsame Aktion bescheiden war, gab sie doch einen guten Vorgeschmack davon, wie machtvoll die Verwirklichung dieser Perspektive der Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten sein wird. Wenn ihr mit uns dafür kämpfen wollt, ein für allemal mit dem faschistischen Terror Schluß zu machen, dann kommt zur Spartakist-Jugend und kämpft mit uns für die sozialistische Revolution.■

Verteidigt die Autonome Antifa (M)!

Am 14. August soll der Mammutprozeß gegen 17 Mitglieder der Autonomen Antifa (M) aus Göttingen anlaufen, nach einer jahrelangen Kampagne von Razzien, Wohnungsdurchsuchungen und Überwachung. Sie sind unter dem berüchtigten Paragraphen 129/129a angeklagt, „verbrecherische Straftaten einer kriminellen Vereinigung“ begangen zu haben: Sie trotzten dem „Vermummungsverbot“ bei Demonstrationen mit „schwarzen Blöcken“, wo sie wiederholt Polizeiangriffe abwehren mußten. Außerdem gelang es ihnen, einige Nazi-Nester auszuheben.

Der von Bismarcks Sozialistengesetzen stammende „Anti-Terrorismus“-Paragraph 129 wurde vom Zweiten an das Dritte zum Vierten Reich weitgereicht. Er wurde von der SPD-Regierung in den 70er Jahren bei der Hetzjagd auf RAF-Unterstützer verschärft. Diese Gedankenpolizeigesetze brandmarken jeden als „Terroristen“, der es wagt, sich gegen den herrschenden Staat zu organisieren. Wie Mumia Abu-Jamal zu der jahrelangen Verfolgung von *Radikal*-Journalisten schrieb: „Die Hausdurchsuchungen durch Regierungstruppen wegen Radikal, der Gruppe K.O.M.I.T.E.E. und der AIZ sind eine Einschüchterungstaktik, die dazu dienen soll, Angst zu verbreiten und jeglichen Dissens gegenüber dem Staat durch Kriminalisierung zum Schweigen zu bringen.“

Diese staatliche Unterdrückung richtet sich letztlich direkt gegen die Arbeiterbewegung: wenn Streikpostenkettten wirklich Streikbrecher stoppen, wenn Arbeiter-

verteidigungsgruppen aufgebaut werden, um ihre eingewanderten Kollegen zu verteidigen. Wir brauchen Einheitsfrontaktionen der Arbeiter/Immigranten und von antirassistischen Jugendlichen, um die Faschisten zu stoppen und das grundlegende Recht zu schützen, sich zu organisieren und die Wahrheit über die rassistische, sexistische, ausbeuterische Bourgeoisie zu sagen.

Jüngst haben Gericht und Generalstaatsanwaltschaft den Angeklagten „angeboten“, ein „Schuldeingeständnis“ abzugeben und sich von der Politik von Antifa (M) zu distanzieren. Außerdem sollen sie auf die aus Privatwohnungen beschlagnahmten Einrichtungsgegenstände verzichten. Als Gegenzug für diese Selbsterniedrigung und Denunziation wurde ihnen eine Geldstrafe von „nur“ 100 000 DM offeriert, die sie – als Höhepunkt des Zynismus – an die Gedenkstätte Buchenwald zahlen sollten. Diesen heimtückischen Plan, der von dem Göttinger SPD-Landtagsabgeordneten Thomas Oppermann initiiert wurde, wiesen alle 17 Angeklagten empört zurück.

Gemeinsam mit den Angeklagten fordern wir die sofortige und bedingungslose Einstellung des Verfahrens gegen die Autonome Antifa (M), die Herausgabe des gesamten beschlagnahmten Materials und die Abschaffung der Paragraphen 129/129a.

Spendet für Prozeßkosten: Antifaschistische Liste, Konto Nr. 150 497 006, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01, Stichwort „Resolution“.

Revolution und Konterrevolution in Spanien

Volksfront erwürgte die Spanische Revolution

Der Film *Land and Freedom* (Land und Freiheit) des britischen Regisseurs Ken Loach hat eine Menge Interesse und Debatten über die dramatischen historischen Ereignisse ausgelöst, die zur Niederlage der proletarischen Kräfte in der Spanischen Revolution der 30er Jahre führten. Loachs Film stellt die Erfahrungen eines jungen Mitglieds der Kommunistischen Partei aus Liverpool in den Mittelpunkt, der sich als Freiwilliger für den Kampf in Spanien meldet. Er landet in einer Miliz, die von der POUM (Arbeiterpartei für Marxistische Einheit) organisiert wird. Nach und nach wird ihm klar, daß die Stalinisten die revolutionären Kämpfe verraten, um eine diplomatische Allianz mit den kapitalistischen Herrschern des „demokratischen“ Frankreichs und Britanniens zu zementieren.

Loach und dem Drehbuchautor Jim Allen ging es mit *Land and Freedom* offensichtlich um eine politische Botschaft an die heutige Jugend. Die Geschichte wird in Rückblenden erzählt – anhand der Briefe des Helden aus Spanien und von Zeitungsausschnitten der damaligen Zeit, die von seiner Enkelin gelesen werden. Der Film endet am Grab des alten Mannes in London, wo die Enkelin, zusammen mit alten Genossen, William Morris (britischer sozialistischer Schriftsteller des 19. Jahrhunderts) rezitiert und die geballte Faust erhebt. Zweifellos bringt *Land and Freedom* für viele junge Leute eine Brise frischen Winds. Wir haben hier einen populären Film, der offen und stolz die Seite der revolutionär gesinnten Kämpfer gegen den Kapitalismus einnimmt, eine willkommene Abwechslung zur täglichen Kost der Lügen über den „Tod des Kommunismus“.

Loachs machtvolle Verurteilung des stalinistischen Verrats im Bürgerkrieg hat den Zorn der heutigen Sprecher der Kommunistischen Parteien hervorgerufen, besonders in Spanien und Italien. Aber *Land and Freedom* erzählt beileibe nicht die ganze Geschichte des Verrats in Spanien. Statt dessen glorifiziert der Film die Rolle der zentristischen POUM und auch der mitgliederstarken und einflußreichen spanischen Anarchisten der CNT (Nationale Konföderation der Arbeit). Denn bei jeder entscheidenden Situation schlossen sich die POUM und die anarchistischen Führer den Stalinisten und der Sozialistischen Partei an und spielten eine Schlüsselrolle dabei, die Arbeiterklasse in die Katastrophe zu führen. Sie taten dies, indem sie eine Koalition mit kapitalistischen Kräften unterstützten und sich ihr schließlich anschlossen: der Volksfront.

Der Spanische Bürgerkrieg stößt bis heute auf Resonanz, weil er messerscharf die Frage aufgeworfen hat, welche

Über: *Land and Freedom* von Ken Loach



Militant

Szene aus *Land and Freedom*. Loachs Film stellt den Verrat der Stalinisten während des Spanischen Bürgerkriegs heraus, entschuldigt dagegen den Verrat der POUM und der Anarchisten

Klasse herrschen soll: die Bourgeoisie oder das Proletariat. Ein Sieg in Spanien hätte die Regime von Hitler und Mussolini massiv geschwächt und in ganz Europa den Weg zu einer Arbeiterrevolution freigemacht. Statt dessen gab der Triumph von Francos reaktionären Kräften Hitlers imperialistischem Eroberungsfeldzug Auftrieb und markierte den Beginn des Zweiten Weltkriegs. 1941 hat dann Nazi-Deutschland die Sowjetunion überfallen. Vier Jahrzehnte lang sollte Spanien unter dem eisernen Griff der francoistischen militärbonapartistischen Herrschaft bleiben.

Mit den Worten von Leo Trotzki, dem Gründer der Vierten Internationale, war die Niederlage der spanischen Arbeiter durch die blutige Reaktion „eines der tragischsten Kapitel der modernen Geschichte“. Aber dies war keineswegs unvermeidlich. Während des ganzen Verlaufs der Revolution und der Konterrevolution führte Trotzki einen unnachgiebigen Kampf gegen das Programm der Klassenkollaboration, das von den Hauptorganisationen der Arbeiterklasse vertreten wurde. Seine Briefe und Polemiken über Spanien (zusammengefaßt im Buch *Revolution und Bürgerkrieg in Spanien 1931–39*) drückten seine Entschlossenheit aus, eine proletarische Avantgardepartei zu schmieden, die sich auf das Programm des Bolschewismus und die Lehren der Russischen Revolution 1917 gründet.

Nach der tragischen Niederlage stellte Trotzki die Frage: Wie war es möglich, daß die Kräfte Francos, die keine feste Unterstützung in der Armee und in der Bevölkerung hatten,

als Sieger hervorgehen konnten, die die Arbeiter und Unterdrückten im Blut ertränkten? Die Antwort war, daß Franco mehr vorzuweisen hatte als nur kannibalische Grausamkeit – er bekam Hilfe von der anderen Seite der Schlachtlinie. Indem die Volksfront die Arbeiter an ihren Klassenfeind fesselte, diente sie als entscheidendes Hindernis für die Revolution und ebnete den Weg zur blutigen Katastrophe.

Spanien – welche Klasse soll herrschen?

Spanien war ein überwiegend rückständiges Land, wo beinahe 70 Prozent der Wirtschaft auf Landwirtschaft basierte und sich das meiste Land im Besitz einer winzigen Gruppe von Großgrundbesitzern befand. Aber die unerledigten bürgerlich-demokratischen Aufgaben der Spanischen Revolution – Umverteilung des Landes an die Bauern, Trennung von Staat und Kirche, die Rechte der nationalen Minderheiten, selbst die elementarsten Rechte der Frauen – konnten innerhalb des Rahmens des Kapitalismus nicht gelöst werden. Trotzki bezog sich auf die Theorie der permanenten Revolution, die durch die Erfahrungen der Russischen Revolution bestätigt worden war, und erklärte, daß nur die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse diese grundlegenden Aufgaben lösen kann. Damit waren die sozialistischen Aufgaben und die internationale Ausweitung der Revolution auf die Tagesordnung gesetzt.

Die trotzkistische Linke Opposition kämpfte dafür, eine internationalistische und revolutionäre Perspektive aufrechtzuerhalten gegen den Verrat der stalinistischen Bürokratie, die 1924 in der Sowjetunion die politische Macht an sich gerissen hatte. Mit dem Dogma des „Sozialismus in einem Land“ belebte Stalin die Theorie der Revolution „in Etappen“ wieder (die von den Menschewiki stammte, die sich der Russischen Revolution entgegengestellt hatten). Diese antimarxistische Position führte 1925–27 in China zu tragischen Konsequenzen, als Stalin der Kommunistischen Partei befahl, vor der bürgerlich-nationalistischen Guomindang (Kuomintang) von Tschiang Kaischeck zu kapitulieren. Tschiang dankte es ihm mit einem Massaker an Zehntausenden von Kommunisten und kämpferischen Arbeitern.

1933 kam Hitler in Deutschland an die Macht, ohne daß auch nur ein Schuß fiel. Verantwortlich dafür war die verräterische Politik der „Dritten Periode“ von Stalin und der Kommunistischen Partei Deutschlands, die erst das Programm für eine Arbeiterrevolution abschrieben, um dann kriminellerweise dem Kampf für Arbeitereinheitsfrontaktionen zur Zerschlagung der Faschisten den Rücken zu kehren. Dies führte zur politischen Entwaffnung des Proletariats. Nicht lange nach Hitlers Triumph wurden die Parteien der stalinisierten Kommunistischen Internationale (KI) angewiesen, mit dem Aufbau von Volksfronten zu beginnen. Diese Kehrtwendung fiel zusammen mit den Versuchen der von Panik erfaßten sowjetischen Bürokratie, sich bei den Bourgeoisien der „demokratischen“ imperialistischen Länder anzubiedern, was bedeutete, revolutionäre Kämpfe im Zaum zu halten und sich ihnen entgegenzustellen. 1935 kodifizierte der Siebente Weltkongreß der KI die neue Politik und erklärte, daß der Kampf für die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus nicht mehr auf der Tagesordnung sei.

In Spanien war die KP anfänglich die schwächste der bedeutenderen Par-

teien der Arbeiterklasse, sie hatte kaum Wurzeln im Proletariat und war durch ihre vorherige Politik der „Dritten Periode“ diskreditiert. Die anarchistische Gewerkschaft CNT hatte den größten Anhang in der Arbeiterklasse, sie war – wie auch die Sozialistische Partei (PSOE) – in einen linken und einen rechten Flügel gespalten.

Die Kräfte, die sich in Spanien um die trotzkistische Linke Opposition sammelten, waren anfänglich in einer starken Position. Zu ihnen gehörten prominente Führer der Arbeiterklasse wie Andrés Nin, ehemaliger Sekretär der Roten Gewerkschaftsinternationale der KI, und Juan Andrade, ein früherer Jugendführer der PSOE. Ende 1932 stellten sie eine der größeren Sektionen der Internationalen Linken Opposition. Aber dieses enorme Potential wurde verschleudert. Unter Nins Führung gingen die spanischen Anhänger der Linken Opposition scharfen politischen Auseinandersetzungen aus dem Weg, was sie dazu brachte, die Möglichkeiten zu ignorieren, die sich durch die politische Gärung bei sozialistischen und anarchistischen Arbeitern und Jugendlichen ergaben. Gegen Trotzki beharrlich vorgebrachte Argumente lehnten sie die Taktik des Eintritts in die Sozialistische Jugendorganisation ab und verpaßten die entscheidende Gelegenheit, Militante anzusprechen und zu gewinnen, die ein Programm suchten, das zur Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse führen konnte.

Statt dessen paßte sich Nin politisch an den „Arbeiter- und Bauernblock“ von Joaquín Maurin an und wurde zu dessen Vordenker. Dieser Block war aus einer Rechtsabspaltung der Kommunistischen Partei in Katalonien entstanden. Maurins Organisation stand auf einem Programm der „demokratischen Revolution“, die Trotzki als „Kuomintangismus‘ reinsten Wassers, auf spanische Verhältnisse übertragen“, bezeichnete. Trotzdem fuhr Nin fort, eine prinzipienlose Fusion mit dieser Gruppe in die Wege zu leiten, die dann zur Bildung der POUM führte.

Im Oktober 1934 gab es massive Arbeiterkämpfe: Generalstreiks in Madrid und Barcelona und dann einen Arbeiteraufstand im asturischen Bergarbeitergebiet. Die Regierung antwortete mit massiver Repression, Tausende wurden umgebracht. Dieser heroische Aufstand signalisierte das Erwachen des spanischen Proletariats und führte im ganzen Land zur Bildung von Einheitsfront-Arbeiterkomitees (alianzas obreras). Um die ansteigenden Kämpfe zu kanalisieren, bildeten die Führer der größeren Arbeiterparteien

Fortgesetzt auf Seite 14



Centelles, Barcelona

Januar 1937: POUM-Miliz verläßt die Lenin-Kaserne in Barcelona, um zur Aragon-Front zu ziehen

Land and Freedom...

Fortsetzung von Seite 13

Anfang 1936 eine Volksfrontallianz. Dieser Pakt der Klassenkollaboration umfaßte die bürgerlichen Republikaner, die Kommunistische Partei, die PSOE (beide Flügel) ... und die POUM. Das Volksfrontabkommen sprach sich explizit gegen die Verstaatlichung des Bodens aus, versprach Loyalität gegenüber der Bourgeoisie und verpflichtete sich, „für die allgemeinen Interessen der Wirtschaft und der nationalen Produktion“ zu arbeiten.

Die Wahlen führten zu einer Volksfrontregierung unter dem bürgerlichen Republikaner Manuel Azaña, an der auch Vertreter der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei und dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsverband UGT teilnahmen. Von Anfang an versuchte die Regierung Azañas, die Unruhe unter den Arbeitern zu unterdrücken, indem sie die Zeitungen der Arbeiterklasse zensierte und Streikführer verhaftete.

Im Juli 1936 begannen dann General Franco und andere führende Offiziere der Armee eine Rebellion und proklamierten die Notwendigkeit eines autoritären katholischen Staates. Aus Angst vor der Reaktion der Arbeiter versuchte die bürgerliche Volksfrontregierung die Nachrichten über den Aufstand zu unterdrücken, dann versuchte sie mit Franco zu verhandeln, und während der ganzen Zeit weigerte sie sich, die Massen zu bewaffnen. Sie rechnete allerdings nicht damit, daß die Arbeiter die Sache selber in die Hand nehmen würden. Innerhalb von Tagen wurde Francos Militärrevolte in zwei Dritteln des Landes zurückgeschlagen, weil die Arbeiterklasse sich bewaffnete und den Kampf aufnahm.

Das republikanische Spanien war in eine revolutionäre Situation eingetreten. Wie in Rußland zwischen Februar und Oktober 1917 war dies eine Periode der Doppelherrschaft, mit zwei gegnerischen Polen: der bürgerlichen Regierung und den bewaffneten Arbeitermilizen. Die Arbeiterklasse patrouillierte auf den Straßen, organisierte die Kriegsführung und übernahm die Leitung der Fabriken. In Katalonien waren Transport und Industrie in der Hand der Fabrikkomitees der CNT, während in einem Großteil der Region die Bauernverbände und Landarbeitergewerkschaften das Land in Besitz nahmen. Komitees, die alle antifaschistischen Parteien und Gewerkschaften repräsentierten, ersetzten die alten Stadtverwaltungen. Das wichtigste war das Zentralkomitee der antifaschistischen Milizen von Katalonien.

Aber über allem stand die Volksfrontregierung, die alleinige Hüterin der bürgerlichen Klassenherrschaft im republikanischen Spanien. Die meisten Kapitalisten und Großgrundbesitzer waren aus der Republik desertiert und zu Franco geflohen. Trotzki beschrieb die wenigen kleinbürgerlichen Rechtsanwälte, die geblieben waren, als „Schatten der Bourgeoisie“. Ihre Bedeutung war jedoch sehr real: Durch sie garantierten die reformistischen Arbeiterparteien die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Eigentumsformen. Groteskerweise verteidigten die Volksfrontparteien sogar Spaniens koloniale Besitztümer und weigerten sich, zur Unabhängigkeit Marokkos aufzurufen, weil sie befürchteten, damit potentielle bürgerliche „Verbündete“ abzuschrecken, besonders in London und Paris.

In Rußland forderten Lenin, Trotzki und die Bolschewiki in der Periode der Doppelherrschaft: „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern! Alle Macht den Sowjets!“ Aber in Spanien unterstützten die POUM und die anarchistische CNT-FAI (Iberische Anarchistische Föderation) die regionale bürgerliche katalanische Regierung, die Generalität, und traten ihr im September 1936 sogar bei. Dann ging der Führer der Generalität, Companys, daran, den Repressionsapparat des bürgerlichen Staates zu verstärken; das Zen-

tralkomitee der antifaschistischen Milizen wurde aufgelöst und die bewaffneten Arbeiter erhielten den Befehl, der bürgerlichen „Volksarmee“ beizutreten. Kurz darauf wurde die POUM aus der Regierung geworfen, weil ihre Dienste nicht mehr benötigt wurden. Die Regierung stellte inzwischen eine Einheit aus ihren 20 000 Carabineros (Zollpolizisten) als Sturmtruppe zusammen.

Land and Freedom beschönigt, verschleiert und entschuldigt die politische Unterstützung der POUM für die Volksfrontregierung und ihren letztendlichen Eintritt. In einer Szene versucht Blanca, ein Mitglied der POUM-Miliz, den Helden des Films, David Carr, davon zu überzeugen, mit den verräterischen Stalinisten zu brechen und sich der POUM anzuschließen. Sie beschreibt, wie POUM-Mitglieder zur Strecke gebracht wurden, wie ihre Zeitungen verboten und ihre Mitglieder aus der Regierung geworfen wurden. Trotzki und seine spanischen Unterstützer haben die POUM klar und eindeutig gegen den Staatsterror verteidigt. Aber was hatte die POUM, eine vorgeblich revolutionäre Organisation, überhaupt in einer bürgerlichen Regierung zu suchen? Immer wieder kapitulierten die Führer der POUM im Namen der „antifaschistischen Einheit“ vor der republikanischen Regierung. Sie sanktionierten die Auflösung der revolutionären Komitees. Zusammen mit der CNT veröffentlichten sie kommentarlos das Dekret, das die Arbeiter entwaffnete.

Die Maitage in Barcelona

Der Wendepunkt der Revolution kam 1937 mit den Maitagen in Barcelona. Dort zeigte sich die Stärke des Proletariats anschaulich mit der bewaffneten Besetzung des Fernmeldeamtes, des markantesten Gebäudes im Zentrum Barcelonas, vor allem durch Arbeiter der anarchistischen CNT. Dies ermöglichte es den aufständischen Arbeitern, die Aktivitäten der bürgerlichen Regierungen in Katalonien und Valencia zu überwachen.

Am 3. Mai starteten die Stalinisten eine Provokation und griffen das Fernmeldeamt an. Innerhalb weniger Stunden errichteten Arbeiter in ganz Barcelona Barrikaden und brachten praktisch die ganze Stadt unter ihre Kontrolle. Felix Morrows Buch *Revolution und Konterrevolution in Spanien* beschreibt lebendig diese Situation:

„... strömten die Arbeiter in die lokalen Zentren der CNT-FAI und der P.O.U.M., bewaffneten sich und bauten Barrikaden... In der ersten Nacht gab es fast überhaupt keine Schußwechsel, denn die Arbeiter waren überwältigend stärker als die Regierungstruppen. In den Arbeitervorstädten übergab ein Großteil der Regierungspolizei, der keine Lust zum Kampf hatte, seine Waffen friedlich.“

Barcelona war in der Hand des bewaffneten Proletariats. Die bürgerlichen Kräfte waren demoralisiert, als die Volksfront mit den Barrikaden der Arbeitermassen konfrontiert war. Noch einmal war die Arbeiterklasse in der Position, um die Macht zu kämpfen. Aber die Führer der Anarchisten und der POUM kapitulierten vor der Volksfrontregierung und gaben die Barrikaden gegen ein leeres „Versprechen“ auf „Verhandlungen“ auf.

Diese Niederlage brach dem Kampf gegen Franco das Rückgrat. Die republikanische Regierung schickte 6000 Mann Sturmtruppen (ausgerüstet mit sowjetischen Waffen) und tötete Hunderte von Arbeitern, Zehntausende wurden ins Gefängnis geworfen. Die POUM wurde verboten. Andrés Nin, der Trotzkiist Erwin Wolf, der linke anarchistische Führer Camillo Berneri und zahlreiche andere proletarische Kämpfer wurden von den Stalinisten ermordet. Im Januar 1939 marschierten Francos Truppen in Barcelona ein; der Widerstand war schon lange vorher zerschlagen worden.

Wenn auch die Stalinisten bei der Niederschlagung der Maitage die Mordschützen gewesen sind, waren es aber in einem politischen Sinn die anarchistischen Führer, mit der POUM im Schlepptau bei allen entscheidenden Wendepunkten, die bei diesen Ereignissen die ausschlaggebende konterrevolutionäre Rolle gespielt haben. Morrow erzählt von der Wut der Arbeiter, als ihre Führer ihnen die Befehle gaben, die Barrikaden aufzugeben. Er beschreibt, damals „zerrissen anarchistische Arbeiter *Solidaridad Obrera* [Zeitung der CNT] und erhoben die Fäuste und Gewehre gegen die Radios“. Die CNT-Führer belogen die Arbeiter darüber, was in der Stadt passierte, und forderten sie auf, den Einmarsch der Sturmgarde nicht zu blockieren. Sie versuchten ihre Weigerung, die Macht zu ergreifen, damit zu entschuldigen, daß dies nur die Intervention der Franzosen und Briten provozieren würde. Sie lieferten sogar ihre eigenen Kämpfer der Repression aus, indem sie eine Meldung an die Presse verteilten, die die linksanarchistischen Freunde Durrutis als „Agents provocateurs“ denunzierte.

Was die POUM angeht – die nach Morrows Schätzungen allein in Katalonien von rund 30 000 Arbeitern unterstützt wurde –, beging sie im entscheidenden Augenblick schändlichen Verrat. Selbst zu der Zeit, als verbitterte anarchistische Arbeiter ihre CNT-Zeitungen zerrissen, schlug die POUM in die gleiche Kerbe wie die CNT-Führer und forderte die Arbeiter auf, die Barrikaden zu verlassen.

In einem unvollendet gebliebenen Artikel aus dem Jahr 1940 mit dem Titel „Klasse, Partei und Führung – Warum wurde das spanische Proletariat besiegt? (Fragen marxistischer Theorie)“ unterstreicht Trotzki die Bedeutung des „subjektiven Faktors“ in der Politik – die Notwendigkeit für eine revolutionäre Partei, die darauf vorbereitet ist, den Kampf um die Macht zu führen. Er betonte in bezug auf Spanien: „Die Marschlinie der Arbeiter wich immer von der Linie der Führung in einem gewissen Winkel ab, und in den kritischsten Momenten betrug der Winkel 180 Grad. Die Führung hat dann bei der gewaltsamen Niederwerfung der Arbeiter direkt oder indirekt Hilfe geleistet.“ Genau so sah die verräterische Rolle aus, die die Irreführer der Anarchisten und der POUM während der Maitage in Barcelona spielten.

Die spanischen Trotzkiisten (Sección Bolchevique-Leninista de España) und die linken Anarchisten der Freunde von Durruti (benannt nach einem populären anarchistischen Führer, der bei der Verteidigung Madrids gegen Franco gefallen war) waren die einzigen Organisationen, die zur Verteidigung der Barrikaden aufriefen und ein Programm zur Machtergreifung aufstellten.

Trotz ihrer geringen Zahl produzierten und verbreiteten die Trotzkiisten am 4. Mai das folgende Flugblatt massenhaft auf den Barrikaden (zitiert nach Morrow):

„LANG LEBE DIE REVOLUTIONÄRE OFFENSIVE
Keine Kompromisse. Entwaffnung der republikanischen Nationalgarde und der reaktionären Assalto-Garden. Dies ist der entscheidende Moment. Das nächste Mal wird es zu spät sein. Generalstreik in allen Industriezweigen, ausgenommen jene, die mit der Fortführung des Krieges verbunden sind, bis zum Rücktritt der reaktionären Regierung. Nur die proletarische Macht kann den militärischen Sieg sichern.

Vollständige Bewaffnung der Arbeiterklasse.

Lang lebe die Einheit der Aktion von CNT-FAI-PO.U.M.“

Loach und Allen sahen sich gezwungen, die Maitage von 1937 in ihren Film einzubauen. Aber die Szenen, die dieses Schlüsselereignis darstellen, sind historisch ungenau, verzerrt, sogar trivialisiert. In „Mein Katalonien“ beschreibt George Orwell Barcelona zu dieser Zeit als „eine Stadt, wo die Arbeiterklasse im Sattel saß“. Trotzdem reduzieren Loach und Allen die Mai-Ereignisse auf ein Feuergefecht von Balkon zu Balkon in einer Szene, in der wiederholt eine wütende Frau vorkommt, deren Einkaufstasche sich wegen der Schießerei auf die Straße leert! Dem Film ist kein Hinweis auf die massive organisierte Präsenz und Macht der Arbeiterklasse zu entnehmen.

Es gibt einen politischen Grund, warum *Land and Freedom* die Maitage in Barcelona so massiv verzerrt. Wenn diese Ereignisse auch nur annähernd in ihrer wirklichen Be-



Centelles, Barcelona

Anarchistische Miliz 1937. Die Spanische Revolution wurde durch die Volksfront verraten, die die Arbeiter an ihren Klassenfeind fesselte

deutung und Intensität dargestellt worden wären, hätte dies zu scharf die Frage gestellt nach der Verantwortung der POUM und der Anarchisten für den Verrat an der Revolution gegenüber dem Regierungsangriff.

Anarchismus und der spanische Verrat

Viele linke Jugendliche sympathisieren heute mit dem Anarchismus, weil sie glauben, daß er kompromißlos gegen den Kapitalismus stehe, wobei ihnen dessen Rolle bei der Niederlage der spanischen Arbeiterklasse nicht bewußt ist. Die spanischen Ereignisse wurden zum großen Test für diese Strömung – in einem Land, in dem der Anarchismus eine starke Unterstützung hatte, die bis ins letzte Jahrhundert zurückging.

Der Eintritt der CNT-FAI in die Regierungen von Katalonien und Madrid 1936 entlarvte die grundlegende Politik des Opportunismus und der Klassenkollaboration der Anarchisten. Die Maitage in Barcelona zwangen sie, sich zwischen ihrer Basis in der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie zu entscheiden. Sie wählten die Bourgeoisie. Wie die stalinistischen Bürokraten nur allzu gut wußten, waren im Kontext des Bürgerkriegs konterrevolutionäre Methoden unvermeidlich, um die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aufrechtzuerhalten – und auch die anarchistischen Irreführer spielten ihre Rolle in diesem sehr schmutzigen Spiel.

Fortgesetzt auf Seite 27

Frauen und Revolution

Veröffentlicht in Zusammenarbeit zwischen *Spartakist* und *Women and Revolution (USA)*



Ursprünge des Bolschewismus Die russische revolutionäre Tradition

Der folgende Artikel aus Women and Revolution Nr. 41, Sommer/Herbst 1992, dessen erster Teil in der vorigen Ausgabe des Spartakist (März/April 1996) erschienen ist, ist die überarbeitete Abschrift einer Rede, die Joseph Seymour, Mitglied der Redaktion von Women and Revolution, bei einer Schulung der Spartacist League/U.S. am 2. Mai 1992 in der Bay Area in Kalifornien gehalten hat. Sie fand zu einem Zeitpunkt statt, als die konterrevolutionären Kräfte unter Jelzin angesichts des ausbleibenden Arbeiterwiderstands gerade dabei waren, ihre Macht zu konsolidieren und die Sowjetunion zu zerstören.

Teil zwei von zwei

1878 hörte Vera Sassulitsch, daß einer ihrer Genossen im Gefängnis beinahe zu Tode geprügelt worden war. Sie zog ihre besten Kleider an, ging zum Gefängnis, bat darum, dem Gefängnisdirektor eine Petition übergeben zu dürfen, und als sie in sein Büro kam, zog sie eine Waffe und schoß auf ihn aus nächster Nähe. Sie tötete ihn jedoch nicht. Die zaristischen Behörden dachten, dies sei ein glasklarer Fall, und anstatt sie wegen eines politischen Verbrechens vor einem Sondertribunal anzuklagen, stellten sie sie wegen eines gewöhnlichen Verbrechens vor Gericht, mit einer Jury, die sich aus der St. Petersburger Oberschicht zusammensetzte. Und sie wurde freigesprochen, denn die Jury befand, dies sei ein gerechtfertigter Akt moralischer Empörung gewesen!

Der Freispruch schockierte viel mehr als die Schüsse. Graf Leo Tolstoi, der Autor von *Krieg und Frieden*, drückte die Ansichten der Bildungselite aus, als er Sassulitschs Freispruch „einen Vorboten der Revolution“ nannte. Die Führer der Volkstümmler zogen die gleiche Schlußfolgerung: Wenn selbst eine Jury aus der Oberschicht eine Frau, die sich offen zum Terrorismus bekennt, freispricht, dann müßte eine Kampagne des Terrorismus eine enorme Unterstützung bei der Bevölkerung haben. Marx und Engels in London schlußfolgerten in ähnlicher Weise, daß unter den besonderen Bedingungen Rußlands eine Terrorkampagne der Funke zu einer Volksrevolution sein könnte.

Der einzige Intellektuelle der Volkstümmler, der damit nicht überein-

stimmte, war Plechanow, der warnte, daß der alleinige Effekt der Erschießung Alexanders II. wäre, daß er durch einen anderen Alexander mit einer anderen Nummer hinter dem Namen ersetzt würde. Er wollte weiterhin unter den ländlichen und städtischen Massen Propaganda und Agitation betreiben. 1879 spaltete sich „Land und Freiheit“: Eine kleine Minderheit ging mit Plechanow – der Hauptteil änderte seinen Namen in Narodnaja Wolja („Volkswille“), und sein erklärtes Ziel war es, den Zaren zu ermorden, um eine Volksrevolution auszulösen. Zwei Jahre später, nach zahlreichen erfolglosen Versuchen, gelang es ihnen, Alexander II. durch ein Attentat zu töten.

Wenige Tage vor dem geplanten Attentat wurde der Hauptorganisator, Andrei Scheljabow, bei einer Routine-Razzia der Polizei verhaftet. Zum Glück kannte seine Partnerin Sophia Perowskaja alle Pläne und übernahm die Operation. Die grundlegende Idee war, daß sie dachten, sie wußten, wo die Kutsche des Zaren ein paar Tage später vorbeikommen würde. Und sie hatten zwei Leute mit Bomben, den Werfer Nr. 1 und, falls der es nicht schaffen würde, den Werfer Nr. 2. Also rauschte die Kutsche vorbei, und Werfer Nr. 1 warf die Bombe. Sie landete leider etwas hinter der



Vezenberg and Co.

St. Petersburg, 1897: Lenin (sitzend, Mitte) mit anderen Führern der Gruppe „Befreiung der Arbeit“, eine der ersten marxistischen Gruppen, die Massenagitation im Proletariat betrieb. Rechts neben Lenin (sitzend) Martow

Kutsche. Sie verwundete einen Kosaken aus der Leibgarde, die Kutsche hielt an, und der Zar stieg aus, um zu sehen, was passiert war. Und alle Herumstehenden sagten: „Oh, Eure Majestät, lobet Gott, daß Sie gerettet sind!“ Der erste Werfer, der zu diesem Zeitpunkt von den Kosaken der Leibgarde festgehalten wurde, sagte: „Seid nicht so schnell dabei, Gott zu loben!“ Und genau in dem Augenblick kommt der zweite Werfer hinzu, wirft die Bombe und sprengt Alexander II. in die Luft.

So sehr dieser spektakuläre Akt von Kaisermord gefühlsmäßig eine Genugtuung zu sein schien – und selbst Plechanow machte eine Flasche Champagner auf, als er davon hörte –, die Bombe, die Alexander II. in die Luft sprengte, sprengte auch die Illusionen der revolutionären Volkstümlerbewegung. Sie führte nicht zu einem Volksaufstand, und die Verantwortlichen wurden schnell verhaftet und hingerichtet. Es gab ein interessantes Nachspiel. Die Führung vom „Volkswillen“ schrieb an den neuen Zaren, daß man seine Krönung nicht stören würde, wenn er Tschernyschewski freilassen würde, der seit beinahe 20 Jahren zuerst im Gefängnis und dann im Exil war. Das zaristische Regime hatte genügend Respekt vor der Effektivität vom „Volkswillen“, daß es tatsächlich den alten Mann des russischen Sozialismus freiließ. Aber in den folgenden Jahren zerbrach im Grunde genommen die russische Volkstümlerbewegung, nicht so sehr durch zaristische Repression als vielmehr durch Demoralisierung. Weder Massenagitation noch Terrorismus hatten die zaristische Selbstherrschaft ernsthaft getroffen, sie ging eher noch reaktionärer daraus hervor.

Von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus

Die 80er Jahre des letzten Jahrhunderts waren der Tiefpunkt der russischen revolutionären Bewegung. 1889 berichtete ein Student in St. Petersburg, das zehn Jahre vorher noch eine Hochburg revolutionärer Aktivitäten gewesen war: „Es gab nur wenige sich aufopfernde Teilnehmer, die sich vollständig der Sache widmeten... Alle wollten das Studium so schnell wie möglich abschließen und dann ausschließlich im Rahmen der Gesetze leben.“ Doch nur wenige Jahre später sollte eine neue Generation russischer Revolutionäre auftreten und ein für allemal mit der zaristischen Selbstherrschaft Schluß machen.

Die meisten Berichte über den Übergang von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus innerhalb der russischen Intelligenz konzentrieren sich ausschließlich auf Plechanow und seine Genossen. Es ist jedoch wichtig, diesen Übergang in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen. In den 1870er Jahren schien Rußland das einzige Land zu sein, das kurz vor einer radikalen Erhebung stand. Der bombenwerfende russische Narodnik schien das Modell für die europäischen Revolutionäre zu sein. Als Sassulitsch nach Westeuropa floh, nachdem sie wegen der Schüsse auf Trepow freigesprochen worden war, wurde sie nicht nur von Sozialisten, sondern selbst von vielen westlichen Liberalen, die die zaristische Selbstherrschaft haßten, als Heldin begrüßt. Doch ein Jahrzehnt später hatte sich die russische Bewegung der Volkstümler beinahe in nichts aufgelöst. 1878, im gleichen Jahr, als „Volkswille“ gegründet wurde, verabschiedete das Bismarck-Regime die sogenannten Sozialistengesetze, deren Ziel es war, die Macht der marxistischen Bewegung in Deutschland zu brechen. Die Arbeitsführer



Volk und Welt

Links: Vera Figner, ehemalige Führerin der terroristischen Gruppe Volkswille. Im hohen Alter wurde sie zu einer loyalen Verteidigerin des sowjetischen Arbeiterstaates.
Rechts: Sophia Perowskaja von der Gruppe Volkswille organisierte 1881 die Ermordung Alexanders II., Zar von Großrußland



Radio Times Hulton

Bebel und Kautsky wurden ins Exil getrieben, und viele Aktivisten wurden ins Gefängnis geworfen. Aber anders als die russischen Volkstümler wurden die Marxisten zur Massenpartei des deutschen Proletariats trotz der Repression. Plechanows Einfluß auf eine neue Generation russischer Revolutionäre erwuchs also nicht nur aus seinen brillanten Polemiken gegen die Volkstümlerrichtung, sondern auch daraus, daß er einer der Vordenker der stärksten und wirkungsvollsten sozialistischen Bewegung in Europa war.

Nach der Spaltung von „Land und Freiheit“ versuchte Plechanow, eine kleine Propagandagruppe aufzubauen, die sich „Schwarze Umteilung“ nannte, aber die zaristische Verfolgung war so intensiv, daß er und seine Genossen ins Exil gehen mußten. Dies brachte sie dazu, ihre theoretischen Grundannahmen und strategischen Perspektiven zu überdenken, und zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts ging Plechanow von der Volkstümlerrichtung zum Marxismus über. Der Übergang enthielt zwei grundlegende Elemente, ein negatives und ein positives. Statt die Bauerngemeinde einfach zu idealisieren, schaute sich Plechanow an, was mit ihr passierte, und er sah, daß seit der Emanzipation der Leibeigenen die kollektiven Elemente der russischen Bauernschaft rapide unterminiert wurden. Eine neue Schicht reicher Bauern, bekannt unter dem beleidigenden Begriff „Kulaken“ oder „Fäuste“, dominierte zunehmend das Leben des Dorfes, denn sie hatten das Geld. Das war das negative Element. Das positive Element ist, daß Plechanow seine eigenen Erfahrungen in den 70er Jahren verallgemeinerte, daß es doch einen grundlegenden Unterschied zwischen Arbeitern und Bauern gibt, daß sie nicht einfach ein Teil des Narod, des „Volkes“ sind und daß nur die Arbeiter in ihrer Masse für das sozialistische Programm empfänglich sind. Er zog daraus die Schlußfolgerung, daß eine sozialistische Partei in Rußland sich hauptsächlich auf das langsam aber stetig wachsende Proletariat gründen muß.

Plechanow wies die Vorstellung eines auf die Bauern gestützten Sozialismus zurück und zog daraus die Schlußfolgerung, daß Rußland an diesem Punkt seiner wirtschaftlichen Entwicklung keine sozialistische Umwandlung irgendwelcher Art haben könne. Er entwarf eine Theorie dessen, was später die „Revolution in zwei Etappen“ genannt wurde. In der ersten Etappe würde die Arbeiterklasse, geführt von der sozialistischen Intelligenz, den Sturz der zaristischen Selbstherrschaft anführen. Die liberale Bourgeoisie, so wie sie im Westen herrschte, würde dann an die Macht kommen. Die Arbeiter wiederum würden die politische Freiheit erlangen, eine proletarische Massenpartei und eine damit verbündete Gewerkschaftsbewegung aufzubauen. Plechanow dachte auch, daß eine radikal-demokratische Revolution in Rußland die kapitalistische Entwicklung enorm beschleunigen würde und damit das

Fortgesetzt auf Seite 18

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 17

zahlenmäßige Gewicht des Industrieproletariats ansteigen lassen und die objektiven wirtschaftlichen Bedingungen für eine sozialistische Revolution in der Zukunft schaffen würde. Deshalb hieß es im Programm der Gruppe „Befreiung der Arbeit“, die 1883 gegründet wurde:

„Das heutige Rußland leidet – wie Marx einst über den westeuropäischen Kontinent sagte – nicht nur an der Entwicklung der kapitalistischen Produktion, sondern auch an der Unzulänglichkeit dieser Entwicklung.

Eine der schädlichsten Konsequenzen dieses rückständigen Zustands der Produktion war und ist immer noch die Unterentwicklung der Mittelklasse, die in unserem Land unfähig ist, die *Initiative* im Kampf gegen den Absolutismus zu übernehmen.

Darum war die sozialistische Intelligenz verpflichtet, sich an die Spitze der heutigen Befreiungsbewegung zu stellen, deren unmittelbare Aufgabe es sein muß, in unserem Land freie politische Institutionen zu errichten...“

Plechanows Zwei-Etappen-Modell der Revolution wurde innerhalb der marxistischen Bewegung bis zum Beginn der Revolution von 1905 anerkannt, als es, wie Plechanow gesagt hätte, „vom Leben selbst“ konfrontiert wurde. Es wurde damals auf unterschiedliche Art und Weise herausgefordert durch Lenins Konzeption der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft sowie durch Trozkijs Konzeption der permanenten Revolution.

„Aus dem Funken wird die Flamme schlagen!“

Im ersten Jahrzehnt ihrer Existenz bestand die Gruppe „Befreiung der Arbeit“ nur aus einer Handvoll von Genossen im Exil. Dies spiegelte sowohl die apolitische Stimmung der russischen Intelligenz wider als auch die weiterhin bestehende Dominanz der Volkstümpler gegenüber der zusammengeschmolzenen radikalen Bewegung. Allmählich begann Plechanow, eine neue jüngere Generation russischer Intellektueller zu beeinflussen, personifiziert durch Wladimir Iljitsch Uljanow. Seinen eigenen Angaben zufolge war der zukünftige Lenin bis 1887 ein unpolitischer Jungendlicher, als sein älterer Bruder hingerichtet wurde wegen der Beteiligung an einem der letzten Versuche der Volkstümpler, den Zaren umzubringen. Alexander Uljanows Hinrichtung radikalisierte seinen jüngeren Bruder, der jedoch in programmatischem und strategischem Sinne nicht den gleichen Weg ging. In den frühen 90er Jahren lehnte der junge zukünftige Lenin ganz bewußt die Volkstümlerrichtung in all ihren damaligen Ausprägungen ab und betrachtete sich als einen Marxisten.

Ab Mitte der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts gehörte die revolutionäre Volkstümplerbewegung der Vergangenheit an, und was als Volkstümlerrichtung galt, hatte sich mit dem Liberalismus verschmolzen. In den Jahren um 1890 forderten die Marxisten – die sich Sozialdemokraten nannten – als einzige eine demokratische Republik. So konnte Lenin damals schreiben: „Alle wahren und konsequenten *Demokraten* in Rußland müssen *Sozialdemokraten* werden.“ Die russischen Marxisten hatten eine Stellung eingenommen, die in etwa mit der der revolutionären Volkstümpler eine Generation vorher vergleichbar war. Sie waren zur dominierenden Strömung in dem Teil der russischen Intelligenz geworden, der der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung gegenüber von Grund auf feindlich eingestellt war. Sie hatten auch eine kleine Schicht fortschrittlicher Arbeiter gewonnen. Doch sie mußten aus dem engen Zirkelwesen ausbrechen. Dies nannte man den Übergang von der Propaganda zur Agitation. Plechanow definierte

**Georgi Plechanow,
anfangs ein
führender Aktivist
der Volkstümpler,
wurde um 1880
zum Begründer
des russischen
Marxismus**



Dietz Verlag

Propaganda als die Erklärung vieler komplizierter Ideen an wenige und Agitation als die Erklärung weniger grundlegender Ideen an viele.

Der Versuch des marxistischen Propagandazirkels, unter den Arbeitern Agitation zu betreiben, fiel zufällig mit einer größeren Streikwelle zusammen. Als Folge davon fanden sie eine viel positivere Resonanz und erhielten einen größeren Einfluß bei den Arbeitern, als sie anfangs erwartet hatten. Lenin, Martow und die anderen Führer der Bewegung wollten den ökonomischen Widerstand der Arbeiter gegen die Unternehmer auf das Endziel einer radikal-demokratischen Revolution gegen die zaristische Selbstherrschaft lenken. In einer populären Broschüre über die Geldstrafen in den Fabriken schrieb Lenin 1895 zum Beispiel:

„Sie [die Arbeiter] werden begreifen, daß die Regierung und ihre Beamten mit den Fabrikanten zusammenhalten und daß die Gesetze so abgefaßt werden, daß sie es dem Unternehmer erleichtern, die Arbeiter auszupressen.“

Die Wende zur Agitation stieß auf verschärfte zaristische Repression. Lenin, Martow und die anderen Führer, die als erste Generation der russischen marxistischen „Praktiker“ bezeichnet wurden – damit waren die russischen Marxisten gemeint, die tatsächlich die Arbeiter organisierten, im Gegensatz zu den älteren Veteranen wie Plechanow und Axelrod, die aus dem Exil für die theoretische Richtung sorgten –, wurden verhaftet. Die Bewegung ging in die Hände jüngerer Leute über, deren Erfahrung durch ihre Beteiligung an den Massenstreiks geprägt war. Sie begeisterten sich so sehr dafür, ihren Einfluß bei den Arbeitern zu steigern, daß sie beschlossen, die Forderung nach einer demokratischen Republik fallenzulassen; diese, so argumentierten sie, habe mit den unmittelbaren Sorgen der Arbeiter so gut wie nichts zu tun und sei bei den rückständigeren Teilen, die noch Illusionen in die Güte des Zaren haben, unpopulär.

Plechanow prangerte diese Tendenz als „Ökonomismus“ an, den ein enger Mitarbeiter von Lenin, Potressow, als die utopische Vorstellung vom Aufbau einer wirkungsvollen Gewerkschaftsbewegung unter dem zaristischen Absolutismus definierte. Dennoch wurde der Ökonomismus gegen Ende der 90er Jahre zur dominierenden Strömung in der russischen Sozialdemokratie, sowohl bei den Geheimzirkeln in Rußland als auch bei den Exilorganisationen in Westeuropa.

Im Jahre 1900 wurden Lenin, Martow und Potressow aus ihrem Verbannungsort in Sibirien entlassen. Gemeinsam mit Plechanow und seinen Genossen in Westeuropa gründeten sie die sogenannte Iskra-Gruppe. „Iskra“, was „Funke“ bedeutet, wurde der Name ihrer Zeitschrift; er ging auf einen Brief zurück, den die zu Gefängnis verurteilten Dekabristen 75 Jahre zuvor an ihren Freund, den großen russischen Dichter Alexander Puschkin, geschrieben hatten. Zur Rechtfertigung ihrer Aktionen sagten die Dekabristen: „Aus dem Fun-

ken wird die Flamme schlagen!“ Durch die Wahl dieses Namens erklärte die Iskra-Gruppe, daß das Proletariat der Erbe der Tradition des revolutionär-demokratischen Kampfes gegen die zaristische Selbstherrschaft war und sein mußte. Schon der Name war eine Attacke auf den Ökonomismus.

Auch wenn Plechanow eine der herausragenden Persönlichkeiten des europäischen Sozialismus war, so war doch Lenin die wirkliche treibende Kraft und der wichtigste Organisator der Iskra-Gruppe. Sein unmittelbares Ziel war, den immer noch dominierenden Ökonomen die Kontrolle über die Bewegung zu entreißen. Die Iskra-Gruppe ging ziemlich schnell als Sieger hervor, zum Teil weil auf allen Ebenen der russischen Gesellschaft eine revolutionäre Gärung einsetzte. Zahlreiche Fabrikarbeiter schlossen sich spontan den Studentenstreiks und -demonstrationen an und widerlegten damit die ökonomistische Vorstellung, daß Arbeiter nur dann auf die Straße gehen würden, wenn es um ihren persönlichen Lebensunterhalt geht – eine sehr engstirnige und entwürdigende Vorstellung. Die Engstirnigkeit der ökonomistischen Perspektive war selbst unter den Ökonomen diskreditiert.

Für Lenin war die Führung der Bewegung nur der erste Schritt. Der zweite und entscheidende Schritt bestand darin, die lokalen Propagandazirkel zu einer zentralisierten Partei zusammenzufassen, deren Programm, strategische Perspektive und Führung klar definiert sind. In seiner wichtigsten Schrift aus der Iskra-Periode, *Was tun?*, schilderte Lenin die Notwendigkeit für eine solche Partei und benutzte dafür das Bild einer Baustelle:

„Sagt doch bitte: Wenn Maurer an verschiedenen Stellen die Steine für einen ungeheuer großen, noch nie dagewesenen Bau legen – ist es dann eine ‚papierne‘ Arbeit, wenn sie eine Schnur ziehen, die die richtige Stelle für das Legen der Steine anzeigt, die auf das Endziel der gemeinsamen Arbeit hinweist ... Und erleben wir denn nicht in unserem Parteileben gerade einen Augenblick, wo wir sowohl über Steine als auch Maurer verfügen, aber nur die allen sichtbare Schnur fehlt, an die sich alle halten könnten?“

Um eine solche Richtschnur zu entwickeln und eine zentralisierte Partei aufzubauen, berief die Iskra-Gruppe für Mitte 1903 einen Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ein. Wie allgemein bekannt, endete dieser Parteitag mit einer tiefgehenden Spaltung zwischen den Bolschewiki (der Mehrheit oder den „Harten“), die von Lenin geführt wurden, und den Menschewiki (der Minderheit, damals die „Weichen“ genannt), deren wichtigster Führer Martow war. Zunächst schien es, als ob sich die Spaltung auf organisatorische Gründe beschränken würde: ob man eine stark zentralisierte Partei haben muß, die aus ergebenen Revolutionären besteht, oder, wie es die Menschewiki wollten, eine ungebundenere Partei, die allen Arbeitern und Intellektuellen offensteht, die in einem gewissen Maße die Bewegung aktiv unterstützen. Doch als Rußland auf eine revolutionäre Krise zusteuerte, wurde es immer deutlicher, daß die Differenz über den inneren Charakter der Partei mit Differenzen über die Rolle der Partei in der Revolution zusammenhing, in Wirklichkeit mit Differenzen über die Revolution selbst.

Die permanente Revolution

1904 führte Rußland einen Krieg gegen Japan um die Kontrolle über den Fernen Osten. Die zaristische Selbstherrschaft hatte erwartet, daß eine Welle von patriotischer Solidarität in der Bevölkerung die wachsende soziale Unzufriedenheit ersticken würde. Statt dessen unterminierten die Niederlagen der russischen Armee gegen die Japaner weiter die zaristische Selbstherrschaft. Der „Blutsonntag“, das Massaker vom Januar 1905 an friedlichen Arbeitern, die

dem Zaren eine Petition überreichen wollten, löste über das ganze Jahr eine Welle von Arbeitermassenstreiks, Bauernaufständen und Militärmeutereien aus. Der Thron der Romanows wackelte heftig, auch wenn er am Ende nicht stürzte. Doch in den ersten Monaten des Jahres 1905 schien der Untergang der Selbstherrschaft unmittelbar bevorzustehen, und daher waren die verschiedenen Fraktionen und Tendenzen der russischen Sozialdemokratie gezwungen, ihre Vorstellungen vom Kurs der Revolution und von der Zeit danach viel konkreter zu erklären.

Die Menschewiki setzten Plechanows anfänglich eher abstrakte Konzeption einer Zwei-Etappen-Revolution um in eine Unterstützung für den liberalen Flügel der russischen Bourgeoisie, der in der Konstitutionell-Demokratischen Partei, auch Kadetten genannt, organisiert war. Ein Volksaufstand zum Sturz des Zaren war das letzte, was die Kadetten wollten. Ihr Ziel war es, den Aufruhr von unten auszunutzen, um auf die zaristische Selbstherrschaft Druck auszuüben, damit diese halbwegs parlamentarische Gremien schaffe, in denen die besitzenden Klassen die dominierende Stellung haben. In der Praxis erwies sich das Festhalten der Menschewiki an der Zwei-Etappen-Revolution, in der die Arbeiter in der ersten Etappe Arm in Arm mit der demokratischen Bourgeoisie gegen die zaristische Reaktion marschieren sollten, als eine Keine-Etappen-Revolution, weil es keine demokratische Bourgeoisie gab, mit der man marschieren konnte.

Lenin erkannte, daß alle Flügel der russischen Bourgeoisie antidemokratisch und antirevolutionär waren und daß eine radikale bürgerlich-demokratische Revolution daher gegen die russische Bourgeoisie und nicht im Bündnis mit ihr stattfinden mußte. Dies war der Kern seiner Konzeption der revolutionär-demokratischen Diktatur des

Fortgesetzt auf Seite 20



Novosti

SDAPR-Block bei Arbeiterdemonstration während der Revolution von 1905. Auf dem ersten Banner steht: „Arbeiter aller Länder, vereint euch!“

Revolutionäre Tradition...

Fortsetzung von Seite 19

Proletariats und der Bauernschaft. Seine Vorstellung war, daß eine Arbeiterpartei mit Unterstützung der Masse der Bauern in der Lage wäre, Rußland von all der aus dem Feudalismus stammenden Rückständigkeit, der zaristischen Selbstherrschaft, der Bürokratie und der Staatskirche zu säubern. Sie würde die Unterdrückung der Nationalitäten sowie der Juden beseitigen und mit der Ausbeutung der Bauern durch den Landadel Schluß machen.

Diese Konzeption war eindeutig von der Jakobiner-Diktatur in der Großen Französischen Revolution beeinflusst. Doch die Frage blieb: Könnte das Proletariat die Jakobiner-Diktatur im Rußland von 1905 wiederholen; war es möglich, ökonomische Maßnahmen zu ergreifen, die den Interessen großer Teile der besitzenden Klasse schaden würden, und gleichzeitig die Bourgeoisie ökonomisch nicht zu enteignen? Lenin bestand darauf, daß dies keine stabile Regierungsform sein könne, sondern vielmehr „nur eine vorübergehende, zeitweilige Aufgabe der Sozialisten“. Zu dieser Zeit vertrat er den Standpunkt (obwohl er später seine Ansicht änderte), daß eine Revolution in Rußland, egal wie radikal sie sei, ohne proletarische Revolutionen in Westeuropa nicht über den Rahmen kapitalistischer Wirtschaftsverhältnisse hinausgehen könne.

Die einzige Person, die damals die Meinung vertrat, daß die Russische Revolution über bürgerliche Wirtschaftsverhältnisse hinausgehen könne und müsse, war Leo Trotzki. Er war einer der jüngeren Führer der Iskra-Gruppe gewesen; bei der Spaltung stellte er sich anfänglich auf die Seite der Menschewiki. In der Revolution von 1905 spielte er eine herausragende Rolle, und im Verlauf dieser Revolution entwickelte er, wie er es nannte, die Lehre der permanenten Revolution, die zum Teil auf Marx' Schriften unmittelbar nach den Revolutionen von 1848 basierte.

In einem Vorwort zu seinen Schriften über die Revolution von 1905, das er 1922 schrieb, faßte Trotzki die Lehre der permanenten Revolution wie folgt zusammen:

„Diese gelehrte Bezeichnung drückte den Gedanken aus, daß die russische Revolution, vor der unmittelbar bürgerliche Ziele stehen, in keinem Falle bei ihnen stehen bleiben kann. Die Revolution kann ihre nächsten, bürgerlichen Aufgaben nicht anders lösen, als durch die Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat. Hat es aber die Macht in seine Hand genommen, so kann es sich nicht auf den bürgerlichen Rahmen der Revolution be-

schränken. Im Gegenteil, gerade zur Sicherung ihres Sieges muß die proletarische Avantgarde schon in der ersten Zeit ihrer Herrschaft die tiefsten Eingriffe nicht nur in das feudale, sondern auch in das bürgerliche Eigentum machen...

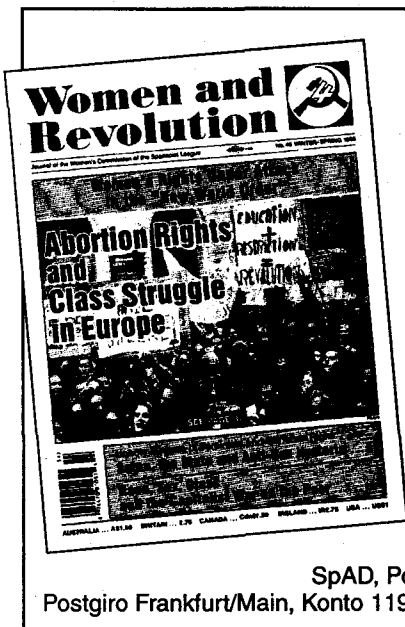
Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung können nur im internationalen Maßstabe gelöst werden, in der Arena der proletarischen Weltrevolution. Hat das siegreiche Proletariat kraft der historischen Notwendigkeit den engen bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution gesprengt, so wird es gezwungen sein, ihren national-staatlichen Rahmen zu durchbrechen, d. h. es muß bewußt danach streben, die russische Revolution zum Vorspiel der Weltrevolution zu machen.“

Im Jahre 1905 ging die permanente Revolution nicht über die Anfänge der Doppelherrschaft zwischen Proletariat und zaristischer Selbstherrschaft hinaus. Doch Rußlands Niederlagen im ersten imperialistischen Weltkrieg brachen der zaristischen Selbstherrschaft das Genick und bahnten der bolschewistischen Revolution vom Oktober 1917 den Weg, dem größten Sieg des Weltproletariats in der Geschichte. Heute wird dieser Sieg durch die vorherrschenden Kräfte der kapitalistischen Konterrevolution existentiell bedroht.

Aber ich möchte meine Rede lieber mit einer Geschichte beenden. Nach dem tödlichen Attentat auf Alexander II. ging die Führung der Gruppe „Volkswille“ an Vera Figner. Sie war es, die mit dem zaristischen Regime um die Freilassung von Tschernyschewski verhandelte, und sie schaffte es, in den folgenden zwei Jahren in Rußland eine Untergrundgruppe zusammenzuhalten. Der Polizeibeamte, der sie schließlich aufspürte, hatte soviel Respekt vor ihr bekommen, daß er darum bat, ihr die Hand küssen zu dürfen, bevor er sie ins Gefängnis schickte. Doch ins Gefängnis wurde sie gesteckt, und zwar für 22 Jahre. Sie kam erst mit der Amnestie von 1905 frei. Als sie das Gefängnis verließ, war sie eine Art Methusalem der Narodniki; sie konnte die radikal veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht verstehen oder sich auf sie einstellen. Trotzdem blieb sie in der Linken aktiv und wurde allgemein geachtet.

1917 liefen viele prominente alte Volkstümler ins konterrevolutionäre Lager über und gingen ins Exil. Figner, die alte Terroristin der Narodniki, stand vor einer Grundsatzentscheidung über ihre politische Loyalität und entschied sich dafür, in Sowjetrußland zu bleiben. In den 20er Jahren widmete sie sich ihren Memoiren und einer Organisation mit dem Namen „Gesellschaft ehemaliger politischer Gefangener“, die aus alten Volkstümlern bestand, die sich als loyale Bürger der Sowjetunion betrachteten. In dieser Eigenschaft versuchte sie, Volkstümler, die emigriert waren, dazu zu bringen, nach Sowjetrußland zurückzukehren und den Interessen des Arbeiterstaats zu dienen. Diese überaus verdienstvolle Organisation wurde Anfang der 30er Jahre von Stalin aufgelöst.

Figner, die in Moskau wohnte, war mit 89 Jahren immer noch am Leben und putzmunter, als Nazi-Deutschland 1941 die Sowjetunion überfiel. Als die Wehrmacht sich Moskau näherte, richteten sich die russischen Behörden an Figner und sagten: „Wir werden Sie weiter ostwärts in Sicherheit bringen.“ Sie lehnte das ab: „Ich bin sehr alt. Ich werde sowieso bald sterben. Hebt eure Bemühungen für diejenigen auf, die am Leben sind und ihr Leben noch für die Sache einsetzen können.“ So starb das letzte Mitglied des berühmten Zentralkomitees des „Volkswillens“ ein Jahr später in Moskau: eine heldenhafte und sich aufopfernde Revolutionärin bis zum Schluß und in diesem Sinn eine Inspiration für uns alle.■



BESTELLT!

Nr. 45
Winter 1995 –
Frühjahr 1996
DM 2,- (56 Seiten)

Englischsprachige
Zeitschrift der Frauen-
kommission der
Spartacist League /U.S.

Im Jahres-Abonnement
von *Workers Vanguard*,
14tägige Zeitung der
Spartacist League/U.S.,
enthalten
Seepost: DM 20,-
Luftpost: DM 50,-

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 555, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

Rassistischer Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 3

schen Terror hassen und demokratische Rechte verteidigen. *Nieder mit dem Verbot der PKK und aller anderen kurdischen Organisationen! Weg mit dem Hexenjagd-Paragrafen 129a! Stoppt die Abschiebungen!*

Europa von Maastricht bedeutet „Ausländer raus“

In der Tat gibt es in der ganzen „Festung Europa“ eine Flutwelle des Rassismus gegen Immigranten, und dabei sind die Faschisten in vorderster Reihe. Wir Trotzkiten kämpfen dafür, die Macht der Arbeiterklasse, mit ihrem Bestandteil an Immigranten, zu mobilisieren, um die rassistischen Terroristen zu *stoppen*. Gleichzeitig bringen die Faschisten lediglich die *ökonomischen und politischen Interessen* der europäischen herrschenden Klassen zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf offene, ungeschminkte und *gewalttätige* Weise zum Ausdruck. Das europäische Kapital hat heute keinen Bedarf an zusätzlichen aus „Dritte-Welt“-Ländern importierten Arbeitskräften; Jugendliche der zweiten Generation eingewanderter Familien werden als ökonomisch überflüssig und als Quelle sozialer Unruhen angesehen.

Nachdem das deutsche Kapital die Wirtschaft des ehemaligen deformierten Arbeiterstaates DDR verwüstete, steht ihm eine riesige Reserverarmee von gelernten ostdeutschen Industriearbeitern zur Verfügung, die es nicht absorbieren kann. Und die 40 000 Vietnamesen (von denen viele ehemalige DDR-Vertragsarbeiter sind) werden von Massenabschiebungen bedroht und in ein Leben der Verelendung und lumpenproletarischen Kriminalität getrieben. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten in Westeuropa sind französische und deutsche Jugendliche bereit, die Art von Jobs anzunehmen, die vor ein paar Jahren nur Araber, Schwarzafrikaner, Türken und Kurden verrichteten. Außerdem hat die kapitalistische Konterrevolution in der ehemaligen Sowjetunion für den europäischen, insbesondere den deutschen Imperialismus, eine neue Sphäre billiger Arbeitskraft und der Ausbeutung erschlossen. Statt Arbeitskräfte aus der Türkei zu importieren, exportiert die deutsche Industrie Kapital zur Ausbeutung von Arbeitskräften in der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen usw.

Gleichzeitig werden die Länder der „Dritten Welt“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion einer besonders hemmungslosen imperialistischen Ausbeutung und verzweifelter Armut ausgesetzt, was wiederum blutige nationalistische und ethnische Bürgerkriege anfacht. Vor 20 Jahren waren nach Angaben des UN-Hochkommissars für Flüchtlingsangelegenheiten 2,5 Millionen Menschen auf der Flucht oder aus ihren Heimatländern vertrieben. Heute sind es 50 Millionen. Allein der vom Vierten Reich unterstützte Krieg gegen die Kurden in der Türkei hat 2 Millionen Flüchtlinge geschaffen, und die von Bonn initiierte Zerstückelung des Balkans eine weitere Million. Der *Guardian Weekly* (26. Mai) bemerkte: „Es hat nichts in dieser Größenordnung seit den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg gegeben.“ Die „Festung Europa“ versucht mit verschärften Gesetzen, Polizeimaßnahmen und faschistischem Terror, sich die immer zahlreicheren Opfer des kapitalistischen Imperialismus vom Leib zu halten. Wir fordern Asyl für alle Opfer des reaktionären Terrors. Alle, die es geschafft haben, hierher zu kommen, haben ein Recht hier zu bleiben!

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs schrieb Leo Trotzki, selbst über ein Jahrzehnt lang ein revolutionärer Verbannter, in seinem letzten programmatischen Dokument: „Die Periode des Nachlassens des Außenhandels und des Niedergangs des Binnenhandels ist gleichzeitig die Periode der enormen Steigerung von Chauvinismus und Antisemitis-

mus.“ Und weiter:

„Bürgerlicher Patriotismus manifestiert sich zuerst in der brutalen Behandlung von wehrlosen Ausländern. Bevor die Konzentrationslager für Kriegsgefangene gebaut wurden, errichteten alle Demokratien Konzentrationslager für die revolutionären Verbannten. Die Regierungen der ganzen Welt, besonders die Regierung der UdSSR, haben durch ihre Behandlung der Flüchtlinge, Verbannten und Heimatlosen das schwärzeste Kapitel in unserer Epoche geschrieben. Wir senden unsere wärmsten Grüße an unsere inhaftierten und verfolgten Brüder und sagen ihnen, daß sie nicht den Mut verlieren sollen. Aus den kapitalistischen Gefängnissen und Konzentrationslagern werden die meisten Führer des morgigen Europas und der Welt kommen!“ („Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution“, Mai 1940)

Nicht „Gastrecht“ – Volle Staatsbürgerrechte!

Außenminister Kinkel nannte die unterdrückte prokurdische Demonstration, die für Mitte März geplant worden war, eine „Kriegserklärung“. Doch ist es Kinkel, der den Kurden den Krieg erklärt hat, und es ist der bürgerliche Staat, der diesen Krieg gegen die 500 000 in Deutschland lebenden Kurden fortsetzt – und zwar parallel zu und in Unterstützung von Ankaras völkermörderischem Krieg im türkischen Teil Kurdistans. Eine ausdrücklich genehmigte prokurdische Demonstration am 16. März in Dortmund, zu der in ganz Europa mobilisiert wurde, wurde am Vorabend vom Dortmunder Polizeipräsidium verboten. Am Tag der Demonstration wurden über 10 000 Polizisten und paramilitärische BGS-Bullen in ganz Deutschland und an den Grenzen mobilgemacht, um das Verbot durchzusetzen. Tausende wurden verhaftet und Hunderte Demonstranten wurden in diesem einseitigen Krieg verletzt.

Auf die Dortmunder Ereignisse folgte das Geschrei der rassistischen informellen Großen Koalition von CDU/CSU, FDP und SPD, die das Asylrecht zerstört hatte, nach der Abschiebung von „gewalttätigen Ausländern“, die ihr „Gastrecht“ mißbraucht hätten. Gerade solche Verschärfungen von Deutschlands reaktionärem „Ausländer“gesetz wurden schon vor Dortmund vorbereitet. Unter den *gegenwärtigen* Gesetzen ist Eingewanderten und ihren Familien jede politische Tätigkeit *untersagt*; unter dem nun in Bonn eingebrachten Gesetzesentwurf soll der *erste* Verstoß verfolgt werden. Gegenwärtig *können* Immigranten abgeschoben werden, die zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren oder mehr verurteilt werden, aber angeblich nicht in Länder, wo sie weiterer Verfolgung, der Folter oder der Todesstrafe ausgesetzt werden. Unter dem neuen Gesetzesentwurf entfällt diese sogenannte „Härtefallregelung“, und „schwerer Landfriedensbruch“ wird zum *zwingenden* Grund für eine Abschiebung. Wie die *Frankfurter Rundschau* (28. März) berichtete:

„Weiter will die Regierung ins Strafgesetzbuch einfügen, daß ein besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs bereits vorliegt, wenn ein einfacher Landfriedensbruch anlässlich einer verbotenen Demonstration begangen wird. Des einfachen Landfriedensbruchs macht sich zum Beispiel der friedliche Teilnehmer einer stellenweise eskalierenden Kundgebung strafbar, wenn er bestimmte Parolen ruft.“

Cem Özdemir, der türkische MdB der Grünen, betonte: „Straftäter müssen nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland bestraft werden... Aber in der Bundesrepublik Deutschland, und nicht irgendwo anders“ (*junge Welt*, 21. März). Das gleiche sagt die PDS. Marion Seelig, innenpolitische Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abge-

Fortgesetzt auf Seite 22

Rassistischer Staatsterror...

Fortsetzung von Seite 21

ordnenhaus, schrieb in einem Kommentar unter der Überschrift „Gastgeber und Gäste“: „Die Bundesrepublik sollte sich als verantwortungsvoller Gastgeber [?!] verstehen. Demokratie ist nicht vermittelbar, wenn man Menschen der Folter und dem Tod ausliefert, anstatt sie nach deutschem Recht [!!] für ihre Taten verantwortlich zu machen – weder der türkischen Regierung vermittelbar noch dem gewaltbereiten Teil der KurdInnen“ (tageszeitung, 19. März). Bei ihrer Verteidigung der bürgerlichen „Demokratie“ setzt die PDS die militanten kurdischen Demonstranten mit ihren Folterern und Henkern gleich. Seit die PDS in den bürgerlichen Parlamenten und Rathäusern auf Stadtebene ein paar Sitze ergattert hat, ist sie nicht mehr wie früher nur der Dealer des Anschlusses gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung, sondern verwaltet inzwischen die rassistischen Gesetze des wiedervereinigten Reichs mit.

Und was heißt „Gäste“? Als ob 7 Millionen eingewanderte Arbeiter einfach im Bus auf der Durchreise durch Deutschland wären! Im Gegenteil: Es war ihre häufig unterbezahlte Knochenarbeit, die 40 Jahre lang in den Bergwerken, Fabriken und Betrieben das „Wirtschaftswunder“ des Landes hervorbrachte. Wo das „Wunder“ nun einer Katerstimmung gewichen ist, angesichts der schlimmsten Massenarbeitslosigkeit seit 1932, werden sie mit der gleichen rassistischen Demagogie zum Sündenbock gestempelt, die Hitler bei seinem Aufstieg zur Macht benutzte.

Einige Linke wie die PDS erheben die liberale und utopisch-reformistische Forderung nach „offenen Grenzen“, als ob das Vierte Reich Ausweiskontrollen sowie den BGS abschaffen würde. Im Gegenteil, in seiner ganzen Geschichte hat der deutsche Imperialismus versucht, seine Grenzen auszuweiten, mit immer verheerenderen Konsequenzen für die Menschheit. Die EU ist das perfekte Beispiel von „offenen Grenzen“, wo rassistische Maßnahmen, mit denen Immigranten und Flüchtlinge ausgewiesen und ferngehalten werden, ebenso wuchern, wie sich interimperialistische Rivalitäten verschärfen. Um auf Trotzki's „Manifest der IV. Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution“ zurückzukommen:

„Der Staat ist kein Abstraktum, sondern das Instrument des Monopolkapitalismus. Solange die Konzerne und

Banken nicht zum Wohle des Volkes enteignet sind, ist der Kampf zwischen Staaten genauso unvermeidlich wie der Kampf zwischen den Konzernen selbst.“

Und wie Trotzki, gemeinsam mit Lenin Führer der Oktoberrevolution, betonte: „Die Staatsmacht und die Beherrschung der Wirtschaft kann den Händen dieser räuberischen imperialistischen Cliquen nur durch die revolutionäre Arbeiterklasse entrissen werden.“

Deutschlands Gesetze, wonach Immigranten und sogar ihre hier geborenen Kinder und Enkel als „Gäste“ gelten und die Staatsbürgerschaft auf „Blut und Boden“ basiert, sind ein Erbe des Kaiserreichs am Vorabend des Ersten Weltkriegs und ein organischer Bestandteil des Vierten Reichs, eingebettet in dessen Grundgesetz. Ihre ideologischen Wurzeln gehen zurück auf die Verherrlichung der mystischen Einheit des deutschen Volkes durch die deutschen Reaktionäre der Romantik. Diese reagierten bewußt gegen die universalen und egalitären Prinzipien der Französischen Revolution, verkörpert in der jakobinischen Verfassung von 1793, in der die französische Staatsbürgerschaft jedem im Ausland geborenen Freund der Freiheit gewährt wurde, der sie begehrte.

Die deutsche Bourgeoisie war unfähig, die eigene bürgerlich-demokratische Revolution zu erkämpfen, und so durchdringt diese reaktionäre völkische Tradition den deutschen Nationalismus bis zum heutigen Tag. Hitlers Propagandaminister Goebbels verkündete 1933, daß der Sieg des Nationalsozialismus ein Sieg über die Französische Revolution sei. Dem völkermörderischen Naziregime galten Juden, Roma und Sinti als „wurzellos“, als Nicht-„völker“, die zerstört werden mußten. Diese Verfolgung geht bis zum heutigen Tag weiter, besonders in der systematischen Abschiebung von Roma. Ob sie es wissen oder nicht (und die Grünen wissen es!), passen sich Liberale und Linke gerade dieser reaktionären Tradition an, wenn für sie Immigranten wurzellose „Gäste“ sind, die höchstens „Gastrecht“ verdienen (solange sie sich benehmen), und denen sie lediglich „Bleiberecht“ und vielleicht auch noch das kommunale Wahlrecht anbieten. Unsere Forderung für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten ist eine elementare demokratische Forderung, die völlig in der revolutionären Tradition der Jakobiner steht. Doch der Kampf für ihre Verwirklichung ist die dringende und lebensnotwendige Aufgabe der Arbeiterbewegung, um ihren starken Bestandteil an Immigranten und damit auch sich selbst verteidigen zu können.

Proletarischer Internationalismus und kurdische Freiheit

Wir unterstützen jeden Schlag, den die PKK gegen die blutige Repression des türkischen Staates richtet, die sowohl vom deutschen als auch vom amerikanischen Imperialismus gegen das kurdische Volk unterstützt wird. Auf energischste verteidigen wir auch Linke wie den Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), dessen Mitglieder in München durch den bayerischen „Freistaat“ verfolgt werden, weil sie sich weigerten, kurdische Aktivisten gegenüber dem Staat zu identifizieren, und weil sie PKK-Lösungen in ihrer Zeitschrift *Avanti* abdruckten. Aber diese Pseudotrotzkisten haben versucht, die Verteidigung der PKK und ihrer Unterstützer mit der politischen Unterstützung des kleinbürgerlichen Nationalismus der PKK gleichzusetzen.

Die Politik der PKK ist nicht nur eine Barriere gegen die klassenkämpferische Einheit der Arbeiterklasse in Deutschland und der Türkei, sondern damit auch eine Barriere gegen kurdische Freiheit. Wegen der imperialistischen Vorherrschaft im Nahen Osten, bei der die Teilung Kurdistans keine geringe Rolle spielt, kann die wirkliche nationale Befreiung des kurdischen Volkes nur zutiefst internationalistisch sein. Kurdistan ist ein besonders klares Beispiel für

SPARTAKIST EK 3

(in türkischer Sprache)

Doğu Berlin'den Taşkent'e Kadar: Kapitalist Karşı-devrim Kadını Ayaklar Altına Alıyor

Aşağıdaki makale ilk kez, (Dördüncü Enternasyonalist) Enternasyonal Komünist Ligası'nın Amerika seksiyonu olan Spartakist Ligası/ ABD'nin Kadın Komisyonu tarafından çıkarılan *Women and Revolution* (Kadın ve Devrim) dergisinin ilkbahar/ Yaz 1993 tarihli 42. sayısında yayınlanmıştır.

16 Sayfa, DM 1,-

Isteme adresi:

Verlag Avantgarde, Postfach 5 55, 10127 Berlin
Postgiro Frankfurt/M., Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60



Trotzkis Perspektive der permanenten Revolution: Die kurdische Befreiung erfordert den proletarisch-revolutionären Umsturz von vier kapitalistischen Staaten, um eine *Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan* zu schmieden, und macht die Ausweitung der sozialistischen Revolution auf die imperialistischen Unterdrückerstaaten notwendig.

Und das kurdische Proletariat ist überwiegend konzentriert nicht in Kurdistan, sondern in Stuttgart, Istanbul, Bagdad und Teheran. Wie wir in der Grußadresse unserer internationalen Tendenz an eine europäische Konferenz kurdischer Militanter 1984 sagten: „Die kurdischen Massen müssen eine Allianz mit den arabischen, persischen und türkischen Arbeiterklassen anstreben; diese muß man dazu bringen, die entschiedensten Vorkämpfer des Rechts auf Selbstbestimmung für die Kurden gegen den Großmachtchauvinismus ihrer eigenen Bourgeoisien zu werden.“

Als Antwort auf die faschistische Ermordung von fünf türkischen Frauen und Kindern in Solingen – ein tödliches Inferno, das *allen* Immigranten geglont hat – kämpften die Spartakisten dafür, daß die Arbeiterbewegung gemeinsam mit Immigrant*innenorganisationen integrierte Arbeiterverteidigungsgruppen bildet, um die Nazi-Todesschwadronen zu zerschlagen. Das wäre auch ein wichtiger Schritt vorwärts zur proletarischen Klasseneinheit in der Aktion: Deutsche, Türken, Kurden zusammen mit allen anderen Immigranten und möglichen Opfern des Nazi-Terrors. Es hätte Auswirkungen in Istanbul und Izmir ebenso gehabt wie in Dortmund und Stuttgart. In vielen Fabriken, wo es einen großen Bestandteil an Immigranten gibt, wurden solche Maßnahmen diskutiert und teilweise umgesetzt. Statt dessen taten die engstirnigen Nationalisten der PKK die Morde von Solingen als eine „Ablenkung“ vom kurdischen Kampf ab, die von der türkischen Geheimpolizei eingefädelt worden wäre.

Wir verurteilen energisch die Kampagne des wahllosen Terrors gegen türkische Geschäfte und Einrichtungen in Deutschland – die nur deshalb angegriffen wurden, weil sie türkisch waren –, egal wer die Täter auch sein mögen. In dieser Kampagne, die von der PKK zumindest geduldet wurde, spiegelte sich die völkermörderische Logik des Nationalismus wider, die ein ganzes Volk und nicht seine kapitalistischen Herrscher als Feind sieht. Sie diente dazu, die Arbeiterklasse sowohl in Deutschland als auch in der Türkei noch mehr zu teilen und die innere Zerklüftung zu vertiefen.

Trotz der Waffenlieferungen im Wert von Milliarden Dollar und D-Mark, die die türkische Armee von Bonn und Washington erhält, ist es dieser nicht gelungen, die PKK militärisch zu unterdrücken. Diese Tatsache führte zusammen mit Auflösungserscheinungen der Wirtschaft und Massenstreiks im öffentlichen Sektor letztes Jahr zum Sturz der Ciller-Regierung, und die Yilmaz/Ciller-„Regierung“ von diesem Jahr steht schon am Abgrund. Doch die PKK hat noch nicht einmal eine Strategie, die Bewohner der städtischen Elendsviertel, wo viele Kurden leben, gegen ihre Unterdrückung zu mobilisieren. Statt dessen kriegen dort islamische reaktionäre Demagogen eine Massenbasis.

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich Öcalan zunehmend an die imperialistischen Hintermänner der türkischen Generale gewandt, sie mögen doch eine Lösung für die kurdische Frage finden. Die Demonstration am 16. März in Dortmund wurde um die Losung „Für eine politisch-demokratische Lösung in Kurdistan“ organisiert. In einem Interview am 11. März erklärte Öcalan, was das heißt:



Spartakist

Lübeck, 20. Januar: Protest mit Überlebenden des rassistischen Brandanschlags. Sofortige Freilassung von Safwan Eid!

„... er würde eine ‚Vermittlung der USA annehmen‘, wenn diese nach dem Beispiel der Vermittlungsbemühungen in Bosnien, im Nahen Osten und in Südafrika erfolge“ (*junge Welt*, 15. März). In Südafrika erschießt die ANC-Regierung streikende Arbeiter und schmeißt Hausbesetzer raus im Interesse der südafrikanischen Finanzherren und des ausländischen Kapitals. Im Nahen Osten bedeutet die von den USA vermittelte „Autonomie“, daß die PLO die örtlichen Gendarmen zur Verfügung stellt für die brutale israelische Besetzung der bitter verarmten West Bank und des Gaza-streifens. In Bosnien sind die örtlichen nationalistischen Kräfte die unmittelbaren Anhängsel der imperialistischen Mächte. Die Imperialisten spielen sie gegeneinander aus und schüren ihre nationalistischen Haßgefühle, um sie zusammen mit deren Armeen besser dazu verwenden zu können, ihre blutige „ethnische Säuberung“ und Zerstückelung des ehemaligen Jugoslawiens durchzuführen.

Dies ist die wirkliche Perspektive, die Öcalan in der „Neuen Weltunordnung“ dem kurdischen Volk anbietet. So ist es kein Wunder, daß er sich nach Dortmund bei der deutschen Regierung wegen des „Landfriedensbruchs“ der kurdischen Demonstranten höflichst entschuldigte. Und der RSB kann es sich kaum leisten, Kritik zu erheben, da er Südafrikas ANC-Regierung der Klassenzusammenarbeit bejubelte, jahrelang hinter der PLO hinterhertrabte, und mit „Workers Aid to Bosnia“ sich selbst als Anhängsel der imperialistischen Intervention anbot!

Der Kampf gegen die Unterdrückung der im Ausland geborenen Arbeiter ist entscheidend, um das Proletariat in Westeuropa für sozialistischen Internationalismus zu gewinnen. Aber die eingewanderten Proletarier in Westeuropa sind nicht einfach wehrlose Opfer, sondern ein wesentlicher Bestandteil der Kräfte, die fähig sind, das rassistische kapitalistische System zu zerstören. Westindische Nahverkehrsarbeiter und südasianische Krankenschwestern in Britannien, nordafrikanische Araber und Berber, die in Frankreich Autos produzieren, türkische und kurdische Bergarbeiter in Deutschland werden bei der proletarischen Revolution in Europa eine nicht geringe Rolle spielen. Gleichzeitig bilden diese Arbeiter eine Brücke zu den Arbeitern und bäuerlichen Massen der neokolonialen „Dritten Welt“, eine lebendige Verbindung der internationalen sozialistischen Perspektive. Die Verwirklichung dieser Perspektive setzt vor allem den Aufbau revolutionärer Parteien voraus, die Wiederschmiedung der Vierten Internationale auf den Prinzipien von Lenin und Trotzki. ■

Sparpaket...

Fortsetzung von Seite 1

Jahrhundert haben die Imperialisten im Krieg um Rohstoffe, Märkte und Kolonien Millionen von Arbeitern abgeschlachtet. Das wiedervereinigte Deutschland ist so stark, daß es seine Truppen bereits wieder auf den Balkan schickt.

Die verschärften interimperialistischen Rivalitäten brachten in allen entwickelten kapitalistischen Ländern eine Explosion des rassistischen Chauvinismus. In Deutschland, wie in ganz Europa, führt der Staat massive Angriffe gegen Immigranten. Von der Verschärfung des Anti-Asylgesetzes bis zur Kampagne gegen „Ausländerkriminalität“ lautet die Devise: „Teile und herrsche.“ Heute sind Kurden die erste Zielscheibe (siehe Seite 3). Aber der Zweck ist, die *ganze* Arbeiterklasse in diesem kritischen Augenblick einzuschüchtern.

Die Arbeiter im öffentlichen Dienst werden von demselben Innenminister Kanther bedroht, der die Immigranten verfolgt und kriminalisiert. Hunderttausende Busfahrer, Straßenbahner und U-Bahnarbeiter, Müllarbeiter, Krankenhausbeschäftigte und Postler beteiligten sich Ende Mai an Warnstreiks und brachten stundenlang Dutzende Städte zum Stillstand. Zum ersten Mal gab es gemeinsame Massenproteste in Ost und West für gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Im Öffentlichen Dienst sind die Beschäftigten unmittelbar mit dem Staat als kollektivem Kapitalisten konfrontiert. Gleichzeitig kommt der Befehl zum Abbau von Sozialleistungen direkt vom Bundestag.

Trotz „Friedenspflicht“ legten Zehntausende Metallarbeiter die Arbeit nieder und schlossen sich den ÖTV-Protesten an; es gab Streiks an der Küste, bei Daimler-Benz und Opel. Noch letztes Jahr waren die IG-Metall-Bürokraten der ÖTV in den Rücken gefallen, als sie eine zweijährige Laufzeit des Manteltarifs akzeptierten. Jetzt kam sogar aus dem Mund der stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Engelkefer das Wort „Generalstreik“, auch wenn sie es gleich wieder zurücknahm. Aber ein entschlossener ÖTV/Metall-Streik jetzt könnte nicht nur das Bonner Sparpaket kippen, sondern auch den DM-diktierten Sparplänen in ganz Europa einen Dämpfer verpassen.

Die DGB-Bürokraten wollen die Massendemonstration am 15. Juni in Bonn als Wahlkampf-Kundgebung für eine SPD-Regierung abhalten, während die SPD in den Ländern ihren eigenen Kahlschlag durchführt. Die SPD/DGB-Spitzen – wie auch die ostdeutschen PDS-Bürgermeister und -Landespolitiker – streben eine Neuauflage des „Bündnis für Arbeit“ nur unter anderem Namen an, um den Arbeitern „eine gerechte Verteilung der Lasten“ (Lafontaine) aufzutischen. So schlägt der DGB-Vorsitzende Schulte als Maßnahme gegen die Arbeitslosigkeit vor, daß „sich Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften verständigen“. Aber die Bosse wollen eine Konfrontation, bei der die Gewerkschaften bluten.

Die Bürokraten sind durch tausend Fäden mit dem Staat der Bosse und ihren Spielregeln verstrickt – von den Personal- und Betriebsräten, der „Friedenspflicht“ bis zu den „Schlichtungsverfahren“. Leo Trotzki schrieb 1940: „Es gibt in der Entwicklung, oder besser in der Degeneration der heutigen Gewerkschaftsorganisationen in der ganzen Welt einen allen gemeinsamen Zug: die Annäherung an die Staatsgewalt und das Verschmelzen mit ihr“ („Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“).

Deshalb, hob er hervor, ist der Kampf für die Unabhängigkeit der Gewerkschaften vom Kapitalistenstaat um so wichtiger. Um dies zu erreichen, braucht die Arbeiterklasse eine Führung, die gegen die sozialdemokratischen Spitzen einen *politischen Kampf* führt, um die Gewerkschaften in Kampfinstrumente für die unabhängigen Klasseninteressen zu verwandeln, mit dem Ziel, die kapitalistische Herrschaft zu stürzen und die Arbeiterklasse zur herrschenden Klasse zu machen. Und das heißt eine Arbeiterpartei aufzubauen, die revolutionär und internationalistisch ist.

Die militanten Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich zeigten letzten Dezember, daß der Klassenkampf lebt. Aber, wie unsere französischen Genossen damals sagten, „damit die Arbeiter zum Sieg voranschreiten, ist es notwendig, daß der Marxismus lebt“. Jahrzehntlang wurden die Arbeiter von den Sozialdemokraten und den Stalinisten



FR-Montage, Bilder: dpa, AGK

SPD-Troika bietet Protektionismus und DM-Demagogie feil

mit Predigten zur Klassenzusammenarbeit überschüttet und durch deren Verrat demoralisiert. Und jetzt hat die Arbeiterklasse international mit der kapitalistischen Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa eine kolossale Niederlage erlitten. Das hat dazu geführt, daß viele radikalisierte Jugendliche und Arbeiter, die von Italien bis Deutschland gegen den Ansturm auf ihren Lebensstandard kämpfen, sich nicht mit den Idealen des Sozialismus identifizieren. Große Teile der Arbeiter haben zwar die Nase voll vom Verrat ihrer sozialdemokratischen Führungen (einschließlich der Ex-KP-Sozialdemokraten der späten Geburt), sehen aber keine Alternative zu ihnen und werden erst mit ihnen brechen, wenn sie überzeugt sind, daß eine *neue* Führung sie nicht auch in die Sackgasse führt.

Wie Trotzki 1938 im „Übergangsprogramm“ schrieb: „Die strategische Aufgabe der nächsten Periode ... besteht in der Überwindung des Widerspruchs zwischen der Reife der objektiven Voraussetzungen für die Revolution und der Unreife des Proletariats und seiner Avantgarde (der Verwirrung und Enttäuschung der älteren Generation, der Unerfahrenheit der jüngeren).“ Und dieser Widerspruch ist heute schärfer denn je. Chronische Massenarbeitslosigkeit und rassistischer Terror in ganz Europa, blutige nationalistische Kriege auf dem Balkan, ganz zu schweigen von den Bürgerkriegen, Hungersnot und Epidemien von völkermörderischen Ausmaßen, bedrohen die Existenz der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit. Um die historischen Interessen aller Unterdrückten und Ausgebeuteten dauerhaft zu sichern, ist die proletarische Revolution unerlässlich.

Dafür stellt Trotzki *Übergangsforderungen* auf, die „den Massen im Prozeß des täglichen Kampfes helfen, die Brücke zwischen gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden“. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit in ganz Europa ist eine der wichtigsten Übergangsforderungen die *gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit*. Das heißt, die gesamte verfügbare Arbeit muß auf alle vorhandenen Arbeitskräfte aufgeteilt werden, um dadurch die Wochenarbeitszeit zu bestimmen. Diese Forderung geht einher mit einem Programm öffentlicher Arbeiten – für großzügige Projekte, die dem Gemeinwohl dienen. Jede dieser Forderungen – die nicht davon ausgehen, was irgendein Gewerkschaftsbürokrat sich ausdenkt, um nicht von seinen eigenen Mitgliedern gelyncht zu werden, sondern von den wirklichen objektiven Arbeiterinteressen und wie diese verwirklicht werden können – führt unweigerlich zur sozialistischen Neu-Organisierung der Gesellschaft. Nicht diese Forderungen sind utopisch, sondern die Illusion, daß Massenarbeitslosigkeit, Hungersnot, Obdachlosigkeit und rassistischer Terror im Rahmen des Kapitalismus abgeschafft werden könnten.

An der Spitze der Arbeiterklasse muß eine *Partei* stehen, die hinter ihrer sozialen Macht alle Unterdrückten sammelt: die Jugendlichen, die eine Zukunft ohne Job oder Ausbildung vor sich haben; die Arbeiter aus der Türkei und aus Kurdistan und deren Kinder, die als „Ausländer“ diskriminiert und von Faschisten angegriffen werden; und die Frauen, die im deformierten Arbeiterstaat DDR fast vollständig im Arbeitsprozeß integriert waren und jetzt zu „Kinder, Küche, Kirche“ zurückgeschickt werden. Eine solche revolutionäre Partei, die Lenin einen „Volkstribun“ nannte, ist genau, was wir jetzt brauchen.

„Sparpaket“: Kriegserklärung gegen Frauen und Jugendliche

Besonders Frauen sind vom Sozialabbau scharf betroffen; unter ihnen nimmt die Armut rapide zu. Im Kapitalismus stellen Frauen eine Reservearmee von Arbeitskräften dar, die bei Bedarf geheuert oder gefeuert werden können. In der Familie, der Quelle der besonderen Unterdrückung der Frau, werden sie an den Haushalt gefesselt und vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausgesperrt bzw. zwischen Lohn- und Haussklaverei gezweigt. Fast drei Viertel der Frauen sind völlig oder teilweise vom Ehemann, von der Familie oder von den Arbeits- und Sozialämtern abhängig. 1994 hatten 6,6 Millionen Frauen überhaupt kein eigenes Einkommen. Arme Frauen nehmen immer häufiger zwei oder drei Teilzeitjobs bei miserablen Arbeitsbedingungen und ohne soziale Absicherung an, um ihre Existenz zu sichern. Heute bekommen Frauen im Westen eine Rente von durchschnittlich 773 Mark, weniger als 50 Prozent der Durchschnittsrente für Männer. Die geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Frauen bedeutet, sie dürfen fünf Jahre länger arbeiten oder verhungern – oder beides.

Schon beim Kampf für das Recht auf Abtreibung und gegen die Schließung von Krankenhäusern, wo überwiegend Frauen und Immigranten zum Billiglohn arbeiten, gibt es Anknüpfungspunkte für eine *kommunistische Frauenbewegung*, die die defensiven Kämpfe gegen die besondere Unterdrückung der Frau in den Kampf für die proletarische Macht integriert. Wir Kommunisten kämpfen für *kostenlose Abtreibung auf Wunsch als Teil einer kostenlosen, qualifizierten und umfassenden Gesundheitsversorgung für alle!* Die Familie kann nicht „abgeschafft“ werden, sie muß durch gesellschaftliche Einrichtungen ersetzt werden. So wird in einer sozialistischen Gesellschaft die Hausarbeit *vergesellschaftet* werden. Die liebevolle Versorgung und Erziehung der nächsten Generation wird zu einer zentralen sozialen Aufgabe in öffentlichen Einrichtungen. *Kostenlose Kinder-*

versorgung von höchster Qualität rund um die Uhr! Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!

Eine Gesellschaftsordnung, die der Jugend keine Zukunft bietet, hat selber keine Zukunft. Jugendliche wollen einen Beruf erlernen und produktiv arbeiten. Die Bosse planen jetzt, die Schuljahre zu verringern. Und nach dem Schulabschluß haben immer mehr Jugendliche eine Zukunft der Arbeitslosigkeit vor sich. Am schwersten betroffen sind die Kinder von Immigranten: Obwohl sie hier geboren und aufgewachsen sind und einwandfreies Deutsch sprechen, sind sie von vielen Berufen im öffentlichen Dienst, wie den Lehrberufen, ausgeschlossen, werden sie in Lehrgängen diskriminiert und mit dem Numerus clausus von den Universitäten ferngehalten. Wenn sie das Glück haben und eine Lehre bekommen, arbeiten sie außerhalb der Schulzeit viele Stunden und erhalten dafür einen Hungerlohn. Wer Glück hat und einen Arbeitsplatz findet, kriegt oft einen weit niedrigeren Stundenlohn nach den „Zwei-Stufen-Tarifen“. Wir fordern: Keine Streichung von Schuljahren! Menschenwürdige Stipendien für Studenten! Weg mit dem Numerus clausus und jeder rassistischen Diskriminierung von Nichtdeutschen im öffentlichen Dienst! Bezahlung von Auszubildenden und jungen Arbeitern auf einem menschenwürdigen Niveau! Arbeitslosengeld für alle, die nach dem Schulabschluß keine Arbeit finden, in gleicher Höhe wie bei Erwachsenen! Weg mit den „Zwei-Stufen“-Verträgen! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose Hochschulausbildung höchster Qualität für alle, die studieren wollen!

Am Horizont gibt es nicht ein künftiges produktives Leben von kreativer und kultureller Vielfalt, das jede neue Generation sich so sehr wünscht, sondern es sind die Sturmwolken eines neuen imperialistischen Krieges, in dem die Jugendlichen zwangsweise als Kanonenfutter im Dienste von imperialistischen Zielen militarisiert werden. In der Tradition von Karl Liebknecht sagen wir: Keinen Mann, keine Frau, keinen Pfennig für die bürgerliche Armee, weg mit dem Wehrdienst!

Mobilisiert Gewerkschaften und Immigrantengruppen: Stoppt rassistischen Terror!

Am 1. Mai in Duisburg und in Stuttgart haben die DGB-Spitzen die traditionelle Demonstrationen am „Tag der Arbeit“ auf Geheiß der Polizei *abgesagt*, weil sie eine „PKK-Präsenz“ befürchteten. In Berlin wurde vor der ganzen Arbeiterbewegung demonstriert, daß der Staatsterror gegen Immigranten, den kämpferischsten Teil der Arbeiterklasse, direkt gegen die *ganze* organisierte Arbeiterbewegung gerichtet ist. Die Bürokraten haben von Anfang an die Demo gespalten: Die Immigrantengruppen waren als erste am Ort, wurden aber ans Ende des Demozuges gedrängt – also eine Einladung zur Polizeiprovokation. Und zweimal griffen dann schwer bewaffnete Einsatztruppen den Immigrantenteil *des IG-Metall-Demozugs zur zentralen 1.-Mai-Kundgebung des DGB* an. Linke türkische Demonstranten wurden festgenommen und zusammengeschlagen, ihre Plakate beschlagnahmt. Gegen diese rassistische Provokation führten Immigranten und andere Gewerkschafter eine Protestaktion durch, an der sich auch die Spartakisten beteiligten, und versuchten, breitere Unterstützung innerhalb der Demo zu mobilisieren.

Die Polizei sind keine „Arbeiter“, keine „Kollegen“ und schon gar keine „Gewerkschafter“, wie die SPD- und PDS-Bürokraten sowie ihre linken Satelliten predigen. Sie sind die bewaffneten Banden des Klassenfeindes. Die massiven und brutalen Bürgerkriegsmanöver der Polizei gegen kurdische Demonstranten und Atomkraftgegner dienen zur Vorbereitung darauf, die von Bonn und den Bossen verhängten Austeritätsmaßnahmen durchzusetzen und Streiks zu bre-

Fortgesetzt auf Seite 26

Sparpaket...

Fortsetzung von Seite 25

chen. Wir fordern: *Polizei raus aus dem DGB!*

In der Bauindustrie beteiligt sich die Führung der IG Bau gemeinsam mit der „Gewerkschaft“ der Polizei an Razzien gegen polnische und andere „illegale“ Arbeiter. Auf dem Bau sind heute die Republikaner-Faschisten eifrig am Werk. Aber in erster Linie tragen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer den Rassismus und Chauvinismus in die Arbeiterbewegung hinein. Die DGB-Bürokraten antworten auf die 6 Millionen Arbeitslosen – die höchste Arbeitslosigkeit seit Hitlers Machtergreifung – mit der Strategie ihrer Herren: *Protektionismus*. Sie kennen nur Parolen über „Stammebelegschaft“ und „Standort Deutschland“. Als Lafontaine am 1. Mai in Cottbus sprach, hetzte er, man müsse manche deutsche Manager „rausschmeißen, die statt eines deutschen Arbeiters lieber 15 Tschechen oder 40 Polen beschäftigen“ (*Neues Deutschland*, 2. Mai). Und am 1. Mai gab der PDS-Bürgermeister von Berlin-Marzahn, „der Hochburg der Roten“, die Straßen seines Bezirks an 400 Nazis preis und drückte Verständnis für ihre rassistische Losung „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ aus.

In den Gewerkschaften haben sich eine Reihe oppositioneller Gruppierungen gegen den krassen Nationalismus der DGB-Spitzen gestellt, darunter die Berliner DGB-Arbeitsgruppe „GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus“, die von der DGB-Jugend und der HBV-Bürokratie unterstützt wird. Als Gegner des „Bündnis für Arbeit“ kritisieren sie in ihrer Zeitung *RAG* Nr. 16 die „Standortdebatte“ als „nationalistisch“ und kennzeichnen sie als „eine ideologische Offensive der Arbeitgeber“. Aber diese reformistischen Gruppierungen werden von den DGB-Spitzen nur toleriert, weil sie deren Politik, die Basis der Gewerkschaften *nicht* gegen rassistischen Terror zu mobilisieren, ein Alibi verschaffen.

Wie sehr die Mitgliedschaft von den DGB-Bürokraten angewidert sind, wurde bei einem Block von 3500 Demonstranten auf der zentralen DGB-Kundgebung in Berlin sichtbar – einer halboffiziellen Mobilisierung der HBV, an der unter der Parole „Bündnis von unten“ auch die GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus sowie viele Linke teilnahmen. Vor der Rednertribüne entfaltete der Block ein riesiges Banner mit der Aufschrift „DGB-Führung weg“ und lieferte dem DGB-Redner Schulte ein Konzert von Buh-Rufen. Aber abgesehen von diesem „Dampfablassen von unten“ hatten sie für nichts Weitergehendes mobilisiert. Als die GewerkschafterInnen auf der zentralen DGB-Kundgebung die Bestätigung dafür erhielten, daß die Nazis in Berlin-Marzahn aufmarschieren, mobilisierten sie gerade 40 Gewerkschafter dorthin.

In einem Brief an die *junge Welt* vom 13. Mai beschwerten sich die GewerkschafterInnen über den Marzahner PDS-Bürgermeister Buttler, „daß er als Bürgermeister sehr wohl dafür zu sorgen hat, daß Nazis nicht durch Marzahn marschieren.“ Die Politik der GewerkschafterInnen besteht darin, auf die SPD bzw. die PDS Druck auszuüben, damit der rassistische bürgerliche Staat die Nazis stoppt. Wäre statt dessen die DGB-Kundgebung dazu benutzt worden, daß Gewerkschaften und Immigrantengruppen massiv die Macht der Arbeiter einsetzen, hätte die Nazi-Provokation in Marzahn gestoppt werden können.

Die IG Bau will dem Lohnraub der Unternehmer mit einem Entsendegesetz entgegenkommen, der ausländische Arbeiter durch einheimische Billiglohn-Arbeiter (besonders noch billigere ostdeutsche) ersetzt. Wir Spartakisten dagegen fordern für Frauen und Männer, Deutsche und „Ausländer“, in Ost und West: *Organisiert die Unorganisierten!*

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit auf Tarifbasis! Das sind elementare gewerkschaftliche Forderungen, die zum Aufbau und zur Selbstverteidigung jeder Gewerkschaft gehören. Wenn sie durch *Streikpostenkett*en geltend gemacht werden, *die nicht überquert werden*, können die Versuche der Bosse, die Arbeiter durch schlechter bezahlte eingewanderte Kollegen zu spalten, durchkreuzt werden. Wie Trotzki 1938 schrieb:

„*Arbeiterstreikposten* sind die Keimzellen der proletarischen Armee. Davon muß man ausgehen. Im Zusammenhang mit jedem Streik und jeder Straßendemonstration muß man unbedingt die Notwendigkeit der Schaffung von *Arbeitergruppen zur Selbstverteidigung* propagieren.“ („Übergangsprogramm“)

Gegen jede Form des rassistischen Terrors kämpfen wir für *Arbeitereinheitsfrontaktionen*: Für Arbeiter/Immigranten-Verteidigungsgruppen, um die Nazi/Skinhead-Banden zu stoppen! *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten* werden nur durch die Arbeiterbewegung erkämpft werden können. Aber das ist ein politischer Kampf, um die verräterischen DGB-Bürokraten rauszuschmeißen und eine neue, internationalistische, revolutionäre Führung zu schaffen.

Pseudolinke Apologeten für Sozialdemokratie

Die SPD ist eine *bürgerliche Arbeiterpartei*. Ihr Programm und ihre Führung sind durch und durch bürgerlich, in ihren Reihen gibt es sogar prominente Industrielle und Bankiers wie den Ex-Vorsitzenden von Daimler-Benz, Reuter. Gleichzeitig ist die SPD mit dem DGB durch dessen Führungsspitze und mehr als 30 000 Funktionäre verbunden, sowie durch ihre schrumpfende, aber noch beachtliche proletarische Basis. Nur wegen dieser Verwurzelung in der organisierten Arbeiterbewegung kann die SPD ihre Funktion erfüllen, die Arbeiter an den bürgerlichen Staat zu ketten. Und solange die PDS eine Basis bei den ostdeutschen Arbeitern hat, erfüllt sie eine ähnliche Funktion – in ihrem Fall mit einem kräftigen Schuß ostdeutschen Populismus versehen.

Angesichts der massiven Streikwelle in Frankreich und Italien und der wachsenden Opposition gegen Bonns Kahl-schlagpolitik fahren alle vorgeblich trotzkistischen Gruppen darauf ab, eine „kämpferische Gewerkschaftsopposition“ aufzubauen. Aber der Würgegriff der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung kann nicht einfach durch „Druck“ von unten gebrochen werden. Revolutionäre wollen die proletarische Basis von der Sozialdemokratie politisch brechen und zum revolutionären Programm gewinnen, das ausgehend von den aktuellen Kämpfen die Interessen der Arbeiterklasse als künftiger herrschender Klasse formuliert. Die diversen „Bündnisse von unten“ laufen dagegen in der einen oder anderen Form immer darauf hinaus, auf eine angestrebte SPD-Regierung – mit oder ohne „PDS-Tolerierung“ – Druck auszuüben. Ein Paradebeispiel dafür ist die Sozialistische Alternative Voran, die u. a. in Berlin zu einem „eintägigen Streik und Protest“ aufruft und erklärt: „PDS, SPD und Bündnisgrüne haben die absolute Mehrheit. Diese könnte genutzt werden“ (*Voran*, Mai 1996).

Daß eine Anpassung an das bestehende Bewußtsein notwendigerweise zur Anpassung an Rückständigkeit führt, zeigt sich auch beim Revolutionär Sozialistischen Bund (RSB), der mit dem „Vereinigten Sekretariat“ des kürzlich verstorbenen Ernest Mandel liiert ist. Obwohl die RSBler beim Münchner DGB-Fest am 1. Mai eine anständige Rolle spielten und mithalfen, einen kurdischen Arbeiter zu verteidigen, enthält das RSB-Flugblatt „Kampf um jeden Arbeitsplatz“ lediglich Vorschläge für militanteren Protest auf Betriebsebene. Die Verteidigung der Immigranten, der Kampf gegen Rassismus und faschistischen Terror, gegen deutschen Militarismus und Imperialismus ... *kommen nicht einmal vor*. Und das gerade in einer Situation, wo die Bosse den ras-

Land and Freedom...

Fortsetzung von Seite 15

In den Maitagen halfen die „antistaatlichen“ Führer der CNT schließlich aktiv mit, daß die Macht in den Händen der Bourgeoisie blieb, gegen die aufständischen Arbeiter.

Trotsky verglich die anarchistische Doktrin mit einem Regenmantel voller Löcher: nutzlos, wenn es tatsächlich regnet. Im Kern geht es bei jeder Revolution darum, eine neue Klasse an die Macht zu bringen. Genau dies konnte und wollte der Anarchismus nicht tun. Das eine „Prinzip“, das die spanischen Anarchisten aufrecht hielten, war ihre Opposition zur Diktatur des Proletariats – gegen den Arbeiterstaat. Während die CNT-Führer in der bürgerlichen Regierung saßen, versuchten sie die Aufmerksamkeit von ihren eigenen Verbrechen abzulenken, indem sie ein großes Geschrei über den konterrevolutionären Kronstädter Aufstand angingen, den die Rote Armee 1921 niedergeschlagen hatte, sowie über Nestor Machno, Held der Anarchisten, dessen Bauernbanden in der Ukraine geschlagen und aufgelöst wurden, nachdem sie sich gegen den neuen sowjetischen Arbeiterstaat gewandt hatten. Wie Trotsky schrieb:

„Die Advokaten des Anarchismus, die sich hinter Kronstadt und Machno verstecken, täuschen niemanden. In der Kronstädter Episode und im Kampf gegen Machno

sistischen Terror als Rammbock für Sozialraub einsetzen. Die Arbeiter werden sich ohne ihre kämpferischen eingewanderten Kollegen genausowenig verteidigen können wie die Kurden ohne die übrige Arbeiterklasse.

Die Gruppe Arbeitermacht (GAM) schlägt ein „konkretes Aktionsprogramm für die Gewerkschaften“ vor, das „zum Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise“ aufruft. Aber wie hohl dieser Aufruf ist, der noch nicht einmal erklärt, daß es dabei um den Sturz der kapitalistischen Staatsmacht geht, zeigt sich am besten darin, was die GAM tatsächlich tut: Noch bei jeder Wahl rief sie zur Stimmabgabe für die SPD (und im Osten auch PDS) auf. Und vor kurzem landete sie sogar auf der Seite der NATO-Imperialisten, als diese im letzten September zwei Wochen lang die bosnischen Serben bombardierten. Sie rief zur Bewaffnung der lokalen NATO-Verbündeten auf, der bosnisch-muslimischen und kroatischen Bodentruppen, und forderte: „Schwere Artillerie, Panzer und Flugzeuge nach BiH – ohne alle daran geknüpften Bedingungen!“

Während wir als Internationalisten im brudermörderischen Krieg zwischen den rivalisierenden Nationalisten Ex-Jugoslawiens eine defätistische Position beziehen und keine Seite unterstützen, demonstrierten wir in den NATO-Hauptstädten für die militärische Verteidigung der bosnischen Serben gegen die Angriffe der Imperialisten. Kein Wunder, daß das „Aktionsprogramm“ der GAM kein einziges Wort zum deutschen Imperialismus enthält: Dieser benutzte die NATO-Bombardierung im letzten Herbst, um zum ersten Mal seit dem Dritten Reich Kampftruppen auf den Balkan zu schicken.

Auf einem ganz anderen Blatt steht der BSA, der ebenfalls behauptet, „trotskistisch“ zu sein. Heute, wo die Bosse die Gewerkschaften frontal angreifen, sind für den BSA „die Gewerkschaften tot... Ihr Fäulnisprozeß kann weder aufgehoben noch rückgängig gemacht werden“ (*neue Arbeiterpresse*, 25. April). Der BSA wirft die bürokratische Führung mit den Millionen Gewerkschaftern in einen Topf und bleibt damit seiner Linie treu: Als die ehemalige UdSSR im Fadenkreuz der Imperialisten war, setzte er die deformierten Arbeiterstaaten mit den stalinistischen Bürokratien gleich und bejubelte jede konterrevolutionäre Bewegung. Heute

verteidigten wir die proletarische Revolution gegen die bäuerliche Konterrevolution. Die spanischen Anarchisten verteidigten und verteidigen die bürgerliche Konterrevolution gegen die proletarische Revolution. Kein Sophismus wird aus den Annalen der Geschichte die Tatsachen streichen, daß in der spanischen Revolution Anarchismus und Stalinismus auf der einen Seite der Barrikaden standen, die Arbeitermassen und revolutionären Marxisten aber auf der anderen. Das ist die Wahrheit, die ins Bewußtsein des Proletariats für allezeit eingehen wird!“ („Die spanische Lehre: eine letzte Warnung“)

Heutige Anarchisten, die sich vom Verrat der CNT-FAI-Führer distanzieren wollen, sehen die Freunde Durrutis als eine Art von Ehrenrettung. Aber diese Linksabspaltung stellte einen expliziten Bruch mit der „unpolitischen“ Politik der Ablehnung des Staates durch den Anarchismus dar. Sie forderten einen revolutionären auf Gewerkschaftsorganisationen gestützten „Nationalen Verteidigungsrat“, der die Macht übernehmen sollte, und stellten dies explizit als eine „Abweichung“ von der anarchistischen Tradition dar. Sie schrieben, „die Avantgarde, d. h. die revolutionären Militanten und die Freunde Durrutis, die POUM und die Jugend müssen sich umgruppieren, um ein Programm für proletarische Revolutionäre

Fortgesetzt auf Seite 28

rechtfertigt die amerikanische Schwesterorganisation des BSA Streikbrecher bei Caterpillar als „Gewerkschaftsmitglieder, die sich entschieden, Streikposten zu überqueren“ (*International Workers Bulletin*, 18. Dezember 1995), und der BSA verteidigt die Streikbrecher in einer Erwiderung auf unseren Artikel (*Spartakist*, März/April 1996) als „Arbeiter, die ohne Erlaubnis von Yokich & Co. [Gewerkschaftsführer der Autogewerkschaft UAW] die Arbeit wieder aufnehmen“ (*neue Arbeiterpresse*, 11. April).

Nicht erst mit dem Fall der Sowjetunion, wie der BSA behauptet (der bis dahin zur Wahl der SPD aufrief), hat sich der Reformismus überlebt. Sondern bereits seit 1914 ist „der verfaulteste Teil des faulenden kapitalistischen Europa ... die sozialdemokratische Bürokratie“ (Trotsky, *Was Nun?*). Wie Trotsky ausführte: „Die neue Politik der Sozialdemokratie bestand darin, die bürgerliche Gesellschaft um den Preis des Verzichts auf Reformen zu retten“ (unsere Hervorhebung). Trotsky verteidigte immer bedingungslos die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse, ob sie in der Sowjetunion oder in den Gewerkschaften verkörpert waren, und kämpfte gleichzeitig dafür, die jeweilige verräterische Bürokratie rauszuschmeißen.

Die historischen Interessen der Arbeiterklasse erfordern eine *international geplante Wirtschaft*. Um das Chaos und die Verwüstung, die das irrationale, anarchische kapitalistische System im Stadium der Fäulnis mit seiner globalen Ausbeutung und Profitschinderei hervorbringt, zu beseitigen, ist eine Arbeiterregierung nötig, die den Kapitalisten die Produktionsmittel entreißt. Dies hat nichts gemein mit der bürokratischen Mißwirtschaft, die Planwirtschaft in Verruf gebracht hat. Um einen zentralen Wirtschaftsplan im Interesse der Arbeiter auszuarbeiten, sind Arbeiterräte aus gewählten, jederzeit abwählbaren Delegierten notwendig. Eine siegreiche Arbeiterrevolution wird sich nicht auf ein Land beschränken, sondern muß ausgeweitet werden, um die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa zu schaffen. Und ein sozialistisches Europa wird eine Brücke zu den prosozialistischen unterdrückten Massen sein, die heute durch ihre imperialistischen Herren ausgebeutet werden, im Kampf für den Weltsozialismus. „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!“ ■

Land and Freedom...

Fortsetzung von Seite 27

auszuarbeiten“. Dies stellte eine entscheidende Gelegenheit dar, um revolutionäre Kräfte in eine Avantgardepartei umzugruppieren, die das Proletariat zur Macht führen konnte. Aber diese Aufgabe wurde tragischerweise durch den konterrevolutionären Terror zunichte gemacht.

Die Debatte über Land and Freedom

In ihren Filmbesprechungen haben *Socialist Review* (Zeitung der Socialist Workers Party, hier Internationale Sozialistische Organisation) und *Socialist Outlook* (britische Unterstützer des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats) die Volksfront nicht einmal erwähnt, geschweige denn eine Position dagegen eingenommen. Verkäufer des *Socialist Worker* gingen sogar soweit, vor den Kinos, wo Loachs Film lief, zu rufen: „Schließt euch der POUM unserer Tage an, tretet der SWP bei!“

In der Tat, die SWP, das VS und andere finden *Land and Freedom* gerade deshalb so toll, weil es eine geschickt gemachte Verteidigung der Volksfrontpolitik der POUM und der Anarchisten ist. Dies wiederum verschafft ihrem eigenen heutigen Volksfront-Reformismus eine Art „linker“ Glaubwürdigkeit.

Trotzkis Angriff auf die POUM und ihre Apologeten vor 60 Jahren gilt mit aller Schärfe für die Pseudolinke von heute:

„Die allerwichtigste Frage ist gegenwärtig die der Volksfront. Die linken Zentrismen versuchen, diese Frage als ein taktisches oder gar ein technisches Manöver hinzustellen, damit sie mit ihrem Kram im Schatten der Volksfront hausieren gehen können. In Wirklichkeit ist die Volksfront die *Hauptfrage proletarischer Klassenstrategie* in dieser Epoche. Sie bietet auch das beste Kriterium für die Differenz zwischen Bolschewismus und Menschewismus.“ („Die POUM und die Volksfront“, Juli 1936)

In dieser Tradition Trotzki haben wir von der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) durchgängig für proletarische Opposition gegen die Volksfront gekämpft. Die Frage stellte sich besonders scharf in Chile Anfang der 70er Jahre, als unsere Tendenz sich als einzige weigerte, eine auch noch so „kritische“ Wahlunterstützung für Allendes Unidad Popular zu geben. Dies war eine Volksfrontallianz, die das kämpferische Proletariat an die Institutionen des kapitalistischen Staates kettete und damit Pinochets blutigem Militärputsch den Weg bereitete.

In jüngerer Zeit haben wir für proletarische Klassenopposition gegen die nationalistische Volksfront des ANC in Südafrika gekämpft. In Brasilien stehen wir, zusammen mit den uns brüderlich verbundenen Genossen von Luta Metárgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil, in harter Klassenopposition zu Lulas sozialdemokratischer Arbeiterpartei und ihrer Frente Brasil Popular, die die Arbeiter und Unterdrückten im Interesse der Kapitalisten demobilisiert und angreift.

Dadurch, daß wir an diesen elementaren Klassenprinzipien festhalten, stehen wir in scharfem Gegensatz zu den diversen zentristischen und reformistischen Gruppierungen, die keine Skrupel haben, die Volksfront zu unterstützen ... oder zu versuchen, eine eigene Volksfront zusammenzuzimmern. In Südafrika riefen bei den Wahlen vor zwei Jahren reihenweise pseudorevolutionäre Gruppen, einschließlich SWP und VS, dazu auf, für den bürgerlich-nationalistischen ANC zu stimmen. Die ANC-Regierung hat Gewerkschaftskämpfe angegriffen und verfolgt ein drakonisches Austeritätsprogramm gegen die Arbeiter-

klasse; damit zeigt sich, daß sie das neue schwarze Gesicht des südafrikanischen Kapitalismus ist.

Zentrismen wie Workers Power (WP, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht) spielen sich gelegentlich als Gegner von Klassenkollaboration auf, aber auch sie zögern nie, bei der erstbesten Gelegenheit auf den Volksfrontzug aufzuspringen. Bei den letzten Wahlen in Frankreich rief WP dazu auf, für Mitterrands Sozialistische Partei zu stimmen, während die SP unter den kämpferischen Teilen der Arbeiterklasse weitgehend verhaßt war, nachdem sie ein Jahrzehnt im Kalten Krieg den Kern einer rassistischen Pro-NATO-Volksfrontregierung gebildet hatte, die die kapitalistische Austerität verwaltete.

Der Kampf für die Vierte Internationale

Stalins Rolle in Spanien bestätigte seine Funktion als Totengräber der Revolution. Die Trotzkiisten kämpften mit aller Entschiedenheit gegen seine verräterische Politik der Klassenkollaboration. Während sie für die bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus eintraten, kämpften sie gleichzeitig für eine politische Revolution, um die stalinistische Bürokratie hinwegzufegen. Der Verrat der Volksfront in Spanien unterstrich zusammen mit der aufkommenden Gefahr des imperialistischen Krieges die dringende Notwendigkeit für eine neue revolutionäre Internationale.

Aber der Kampf für die Vierte Internationale erforderte – und erfordert noch – einen scharfen politischen Kampf gegen den Zentrismus, wofür die spanische POUM ein herausragendes Beispiel ist. In seinem letzten wichtigen Werk über die Spanische Revolution, „Klasse, Partei und Führung“, schrieb Trotzki über den „Verrat der POUM“:

„Links von all den andern Parteien in Spanien stand die POUM ... Aber gerade diese Partei spielte in der Entwicklung der spanischen Revolution eine verhängnisvolle Rolle... Sie beteiligte sich am ‚Volks‘-Wahlblock, trat einer Regierung bei, die Arbeiterkomitees liquidierte, kämpfte für die Wiederherstellung dieser Regierungskoalition, kapitulierte immer wieder vor der anarchistischen Führung, betrieb in diesem Zusammenhang eine falsche Gewerkschaftspolitik und nahm eine schwankende und nicht revolutionäre Haltung gegenüber dem Mai-Aufstand von 1937 ein... Aber das ändert nichts ... an der Tatsache, daß eine zentristische Partei stets zu einer Bremse der Revolution wird, sich jedesmal ihren Kopf einrennen muß und den Zusammenbruch der Revolution herbeiführen kann.“

Letztlich schiebt *Land and Freedom* den Stalinisten die alleinige Verantwortung für die Niederlage in Spanien zu und nimmt damit die POUM und die Anarchisten in Schutz. In diesem Sinne sind die „Spanischen Lehren“ – die Loach (und die meisten Linken) vermitteln wollen – sehr, sehr falsch. Die Opposition des Proletariats gegen die Volksfront ist weder eine Frage der „Taktik“ noch ist sie von rein historischem Interesse. Es ist *heute* eine dringende Frage für den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus.

Wir von der IKL kämpfen für die Schmiedung von revolutionären Avantgardeparteien, die Trotzki als seine eigenen anerkennen würde – Parteien, die keinen Deckmantel liefern für Volksfrontverrat, sondern eine scharfe Klassenlinie ziehen, damit die Arbeiter im revolutionären Kampf gegen das Kapital mobilisiert werden können. Die Wiederschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution, ist der Schlüssel dafür, das zu erreichen, wofür so viele heroische Arbeiter in Spanien gekämpft haben und wofür sie gestorben sind: ein Ende der kapitalistischen Ausbeutung und eine sozialistische Zukunft.

Nach Workers Hammer Nr. 150, April/Mai 1996

Italien...

Fortsetzung von Seite 32

Die neue Regierung versprach von Anfang an, den Lebensstandard der Bevölkerung anzugreifen. Die Arbeiterklasse und die Unterdrückten waren die erklärten Opfer in den Programmen beider Wahlkoalitionen. „Privatisierung“, „Liberalisierung“, „Präsidentengewalt“ waren die Schlagworte sowohl der Rechts-Allianz „Freiheitspol“ als auch der Mitte-Links-Allianz Olivenbaum. Beide wollen die Profite steigern, indem die Ausbeutung der Arbeiter und die Macht des Staates verstärkt werden, um zu garantieren, daß der unvermeidliche Widerstand mit eiserner Faust zerschlagen werden kann.

Die Olivenbaum-Koalition von Romani Prodi und dem PDS-Führer Massimo D'Alema machten sich vollständig die „Moral“-Kampagne zu eigen, auf die die Bourgeoisie drängte und die der Vatikan inszenierte. Prodi unterstützte die „Bewegung für das Leben“, die nicht nur „die Abtreibung verdammt“, sondern auch behauptet: „Es muß anerkannt werden, daß jedes menschliche Wesen von seiner Befruchtung an volle Rechte hat.“ Dies ist eine völlig reaktionäre Konzeption, die jede Abtreibung unmöglich machen und dem staatlichen Unterdrückungsapparat die Tür öffnen würde, so daß er in praktisch alle Aspekte des Lebens schwangerer Frauen eingreifen kann unter dem Vorwand, „den Fötus zu schützen“.

Die personelle Zusammensetzung der „linken“ Koalition spricht für sich. Es gibt die wiederaufbereiteten Überreste der Christdemokratischen Partei, Überbleibsel der ehemaligen Republikanischen Partei und prominente Kapitalisten. Prodi, ein langjähriger Christdemokrat, wurde als Führer der Olivenbaum-Volksfront ausgewählt, um den Vatikan zufriedenzustellen. D'Alema erhielt sogar die Unterstützung vom FIAT-Boß Agnelli und den Segen Clintons, der in den italienischen Wahlkampf intervenierte und explizit erklärte, daß die amerikanische Regierung heute eine PDS-Regierung in Italien nicht mehr fürchtet. In Übereinstimmung damit schlug D'Alema vor, die PDS solle endgültig das Hammer-und-Sichel-Symbol ablegen.

Diese arbeiterfeindliche Regierung wird von Rifondazione Comunista (RC) unterstützt, die versprochen hat, ihr das Vertrauen auszusprechen und sie in allen kritischen Momenten zu unterstützen. RC wird jetzt eine entscheidende Rolle spielen, denn Ulivo wird bei wichtigen Abstimmungen im Parlament ihre Unterstützung brauchen – wenn es um die Renten, das Sozialwesen, das Erziehungswesen, die Abtreibung, die Einwanderung usw. geht. RC wird versuchen, als Ventil zu dienen, und den Klassenkampf zu ihrem eigenen parlamentarischen Vorteil an- und abschalten. Aber dieses Regime wird mit solcher Härte gegen die Arbeiterklasse vorgehen, daß die RC nicht so sehr wegen ihrer Stimmen im Parlament gebraucht wird, sondern als angeblich außerhalb der Regierung stehende Lobby der Arbeiter, die deren Wut ablenkt. Als erste sollen Frauen, Jugendliche und Immigranten die Opfer dieser unheiligen Allianz werden – sie sollen als Sündenböcke dafür dienen, daß den Arbeitern ihre Errungenschaften wieder weggenommen werden.

Die Lega trotskista d'Italia (LTd'I), Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, war bei den Wahlen vom 21. April gegen jegliche Stimme für die Volksfront und ihre Parteien, auch die RC, und besteht darauf, daß nicht bürgerliche Wahlen oder parlamentarische Blöcke, sondern der Klassenkampf die Entscheidung bringen wird. Die Ulivo-Regierung wird *arbeiterfeindlich, frauenfeindlich und immigrantenfeindlich* sein. Eine machtvolle Antwort der Arbeiter ist notwendig, um den allseitigen Angriff zurückzuschlagen, den die Bourgeoisie gegen sie führt. Ohne die

Intervention der Arbeiterklasse gegen dieses Regierungsprogramm des sozialen Rückschritts wird die Volksfront an der Macht die Arbeiter demoralisieren sowie die Kleinbourgeoisie und die rückständigen Teile des Proletariats noch mehr in die Arme von faschistischen und populistischen Demagogen treiben. Doch damit die Arbeiterklasse gewinnen kann, ist es notwendig, einen politischen Kampf gegen die PDS, die RC und die Gewerkschaftsbürokratie zu führen und eine revolutionäre Führung der Arbeiterbewegung zu schmieden. Die Lega trotskista kämpft dafür, eine bolschewistische Partei aufzubauen, die für die Macht des Proletariats kämpft und nicht an bürgerlichen Regierungen teilnimmt, die diese verrottete kapitalistische Gesellschaft verwalten.

Die Volksfront ist arbeiterfeindlich ...

In Italien hat die offizielle Arbeitslosenrate 12,1 Prozent erreicht. Mehr als sechs Millionen Menschen leben unter der Armutsgrenze, und die Ausbeutungsrate ist in den letzten drei Jahren um sechs Prozent gestiegen. Die Arbeitsbedingungen sind so schlimm geworden, daß pro Tag vier Todesfälle als Arbeits„unfälle“ gemeldet werden. Die Lebensbedingungen klaffen zunehmend auseinander: Die Armen werden immer ärmer, und die Reichen werden reicher. Der Abstand zwischen dem Norden und dem Süden Italiens, den Männern und den Frauen, den Einheimischen und den ethnischen Minderheiten wird immer größer.

Als der rechte Medien-Mogul Berlusconi 1994 zum Regierungschef gewählt wurde, ging er sofort daran, einen Frontalangriff auf das Rentensystem zu starten. Die Arbeiterbewegung reagierte mit den wahrscheinlich eindrucksvollsten Demonstrationen seit dem „heißen Herbst“ 1969. PDS und RC versuchten die Bewegung unter Kontrolle zu halten und benutzten die legitime Wut und die Kämpfe der Arbeiter als Instrument, um massiv Druck für eine Volksfrontregierung zu machen. Millionen Arbeiter auf der Straße zwangen Berlusconi („Mich werden auch 100 Generalstreiks nicht stoppen“) zum Rücktritt.

Daraufhin brachte die PDS eine Regierung zustande (bei jeder entscheidenden Abstimmung mit der Unterstützung von RC), deren Regierungschef der gleiche Lamberto Dini (ehemaliger Chef der Bank von Italien) war, der das Rentenkürzungsgesetz der Regierung Berlusconi verfaßt hatte. Wenige Monate nach seinem Amtsantritt im April 1995 gelang es ihm, die gleichen Rentenkürzungen durchzubringen, die Berlusconi nicht hatte durchsetzen können. Der ent-

Fortgesetzt auf Seite 30

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (6 Ausgaben): DM 5,-

Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

123

Bestellt bei:
Postfach 5 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

Italien...

Fortsetzung von Seite 29

scheidende Faktor war die Untersützung von PDS, RC und Gewerkschaftsbürokraten. Sie nutzten ihre verbliebene Autorität dazu aus, die Reaktion der Arbeiter möglichst klein zu halten. So demonstrierte die Volksfront zum x-ten Mal ihre wahre Natur, eine Koalition der Klassenzusammenarbeit, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unterordnet.

und immigrantenfeindlich ...

Die Dini-Regierung verabschiedete mit Unterstützung der PDS ein Gesetz zur Einwanderung, das viel rassistischer ist als die Gesetzgebung zuvor. In Italien kann jetzt jeder, der



Spartaco

Mailand, August 1993 – Trotzlisten fordern, daß die Anklagen gegen nordafrikanische Opfer von Polizeiterror fallengelassen werden

sich nicht ausweisen kann, ins Gefängnis geworfen werden; zudem droht ihm wie bisher die Abschiebung. Entgegen allen Prinzipien der Rechtsprechung gilt ein Einwanderer als schuldig, wenn er „einen Lebensstandard hat, der zu hoch ist“. Eingewanderte Arbeiter werden toleriert, wenn es dem Staat gefällt, und nur unter der Bedingung, daß sie von der lokalen Bourgeoisie weit über das normale Maß hinaus ausgebeutet werden. Sonst heißt es: Haut ab oder geht ins Gefängnis. Diese Situation wurde in den letzten Jahren durch die Kampagne gegen eingewanderte „Drogendealer“ vorbereitet, die von PDS und RC im September 1993 in Genua geführt wurde, sowie durch die rassistische Verfolgung von Immigranten, die als „Vergewaltiger“ hingestellt werden. Unter anderem mit dieser Begründung wurde die Verabschiedung des Gesetzes „gegen sexuelle Gewalt“ beschleunigt.

Im Gegensatz zu PDS und RC, die aktiv an der Kampagne gegen die Immigranten teilnahmen oder sie zumindest unterstützten, verlangen wir Trotzlisten, daß alle, die es schaffen, nach Italien zu kommen, das Recht haben zu bleiben. Wir sind für die gewerkschaftliche Organisierung der eingewanderten Arbeiter und für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten.

Die faschistische MSI tritt nun im neuen Gewand der Alleanza nazionale (AN) auf, aber der Kern ist immer noch faschistisch, und die Squadre (Terrorgruppen) sind nicht verschwunden. Sie greifen weiterhin Immigranten, Büros von RC, PDS und anderen Linken und die eher verwundbaren Teile der Arbeiterklasse an. Es ist die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung, die Faschisten zurückzuschlagen, auch durch integrierte Verteidigungsmilizen, indem die Arbeiter und andere potentielle Opfer der rassistischen Terroristen mobilisiert werden. Das erfordert einen

Kampf gegen die rassistische Politik der Klassenkollaboration der reformistischen Führung.

... und frauenfeindlich

Für die Bourgeoisie ist die Stärkung der Familie ein wesentlicher Bestandteil ihrer Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse. Die Familie soll die Last der Sozialleistungen tragen, für die der Staat nicht mehr zahlen will. Zusätzlich wird jede „Abweichung“ vom Familienmodell, das vom Vatikan abegesegnet ist, verfolgt. Die Ulivo-Volksfront hat schon erklärt, daß sie den Paragraphen 194 revidieren will, der Abtreibungen in Italien teilweise legalisiert hat. Im Süden ist es aber in der Realität wegen der darin enthaltenen (für Ärzte bestimmten) sogenannten „Ablehnungsklausel aus Gewissensgründen“ praktisch unmöglich geworden, eine Abtreibung vornehmen zu lassen – ein weiteres Zugeständnis der PCI an den Vatikan auf dem Altar der Klassenzusammenarbeit –, und im übrigen Italien ist es extrem schwierig.

Unter Aufsicht der Dini-Regierung organisierte die „Bewegung für das Leben“ im letzten Februar in Rom eine Konferenz über die „psychologischen Konsequenzen der Abtreibung“, während Bullen und paramilitärische Carabinieri draußen Gegendemonstranten zusammenschlugen. Der Vatikan steht in vorderster Linie bei dieser moralistischen Kampagne gegen die Abtreibung, und RC-Führer Fausto Bertinotti bläst ins gleiche Horn. *Corriere della Sera* (20. April) berichtet: „Der Kopf der neokommunistischen Partei beendete seinen Wahlkampf mit einem Appell an Papst Johannes Paul II.: ‚Wir haben uns nicht besonders um die Stimmen von Katholiken bemüht... Es genügt uns, Papst Wojtyla zuzuhören, wie er die Exzesse des Kapitalismus verdammt und vor den Marktgesetzen warnt.‘“

Nach jahrzehntelangen Verhandlungen wurde das Gesetz „gegen sexuelle Gewalt“ unter der Dini-Regierung und mit der Unterstützung der „Progressiven“ verabschiedet. Das neue Gesetz dient vor allem dazu, die Einmischung des Staates in das Privatleben und in Familienangelegenheiten zu verstärken. Wann immer der Vorwurf erhoben wird, daß jemand Minderjährige „sexuell mißbraucht“ habe, muß nach dem neuen Gesetz der Richter in Aktion treten. Besonders in der Schußlinie stehen Eltern, Verwandte und alle, die Kontakt zu Minderjährigen haben, wie z. B. die Lehrer. Die Beschuldigten haben jetzt auch die Pflicht, sich einem Test auf AIDS und andere sexuell übertragbare Krankheiten zu unterziehen. Dies verstößt gegen das Recht auf Privatsphäre, das es früher gegeben hat.

Wir sind entschiedene Gegner der Einmischung des Staates in das Sexualleben, wenn es auf gegenseitiger Freiwilligkeit beruht. Wir sind gegen die Versuche des Vatikans, Normen von „moralischer Korrektheit“ für die Familie zu etablieren, die der Staat dann mit Gewalt durchsetzt. Nieder mit den reaktionären Gesetzen, die ein Mindestalter für Geschlechtsverkehr festlegen! Staat und Kirche raus aus dem Schlafzimmer!

Die Familie ist die zentrale Institution zur Unterdrückung der Frau. Wir Trotzlisten kämpfen für die Zerstörung des Kapitalismus und für eine wirkliche Arbeiterregierung als notwendige Voraussetzung für die Befreiung der Frau. Wir kämpfen gegen die Volksfront, die die Rechte der Frauen opfert, um die Interessen der Bourgeoisie zu verteidigen. Und wir kämpfen gegen alle Formen von Diskriminierung gegen Frauen. Für kostenlose Abtreibung auf

Wunsch, auch für Minderjährige und eingewanderte Frauen! Für die vollständige Trennung von Kirche und Staat und für die Enteignung der Besitzer des Vatikans!

Rifondazione Comunista im Schlepptau der Volksfront

Rifondazione Comunista hatte mit der Ulivo-Koalition einen „Nichtangriffspakt“ für die Wahlen vom 21. April geschlossen. RC-Führer Bertinotti „erklärte“ diesen gemeinen Klassenverrat mit der Behauptung, daß ohne das Abkommen unter dem neuen Wahlsystem „RC riskieren würde, ihre parlamentarische Vertretung zu verlieren“. Deshalb hat RC eine massive Kampagne für Ulivo geführt und die Arbeiter aufgerufen, die Bosse zu wählen, die sie rauschmeißen. Laura Cossutta forderte Arbeiter der Superga-Fabrik auf, für den Besitzer dieser Fabrik, De Benedetti, zu stimmen, der 300 Entlassungen angedroht hatte.

Es sollte festgehalten werden, daß die sogenannte „Linke“ in der RC, geführt von den vorgeblichen Trotzlisten Franco Grisolia und Marco Ferrando, die die Zeitschrift *Proposta* herausgeben, in vorderster Front stand, als es um die Rettung der Regierung Dini ging. Sie stellt sich gegen die RC-Mehrheit, die beim Mißtrauensvotum gegen Dini, das vom „Freiheitspol“ eingebracht wurde, anfänglich vorhatte, das Kabinett zu Fall zu bringen. Bei den letzten Wahlen spielte die *Proposta*-Gruppe wie 1994 eine nützliche Rolle für die RC-Führung und tat alles mögliche – indem sie „linke“ Argumente brachte und Lenin entstellte –, um die zögerlichsten Elemente zu überzeugen, daß man die Volksfront unterstützen müsse. *Proposta* (Januar 1995) forderte sogar dazu auf, „in besonderen Situationen, in denen es notwendig ist, einen faschistischen oder reaktionären Kandidaten zu besiegen“, für die Volkspartei des Vatikans (PPI) zu stimmen.

Die Partei von Bertinotti und Cossutta sitzt im Augenblick gemeinsam mit den aggressiven Rassisten der Lega Nord in vielen Stadtverwaltungen. Bei einer Demonstration gegen das rassistische Gesetz in Turin am 19. November letzten Jahres verteilte RC eine Stellungnahme, die in ungeheuerlicher Weise ein Echo der rassistischen Rechten war: „Es ist deshalb notwendig, daß die zuständigen Behörden Kriminalität jeder Art effektiv unterdrücken und die italienischen Gesetze mit den modernsten Ermittlungstechniken, die verfügbar sind, gegen Drogenhändler und das Prostitutionsgewerbe einsetzen.“

Die Politik der Kapitulation vor der Volksfront, wie sie von RC und ihren „linken“ Anhängseln praktiziert wird, ist bei der Basis der Partei nicht ohne Bauchschmerzen durchgegangen. Es fällt auf, daß die RC-Zeitung *Il Manifesto* beinahe jeden Tag Artikel, Interviews und Briefe von RC-Mitgliedern veröffentlicht hat, die sich bei den Wahlen enthalten wollten. Wir sind nicht die einzigen Linken, die dazu aufgerufen haben, sich am 21. April der Stimme zu enthalten, aber wir sind die einzigen, die offen sagen, daß jede Volksfrontregierung arbeiterfeindlich, frauenfeindlich und immigrantenfeindlich sein wird und daß es dringend notwendig ist, gegen diese Politik zu kämpfen.

Der große Unmut von RC-Mitgliedern spiegelt eher die Tatsache wider, daß diese Volksfront extrem rechts und abscheulich ist. Gerade diese weitverbreitete Unzufriedenheit, die nicht mit der Klassenkollaboration bricht, versucht die Zeitung *Voce Operaia* (VO) aufzugreifen, die zuletzt gegen die Wahl von Ulivo und RC auftrat. Aber bei den Wahlen 1994 hat VO ganz offen RC und die Volksfront des „Pols der Progressisten“ unterstützt, und im Juni 1993 riefen sie sogar zur „antikapitalistischen“ Stimmabgabe für drei Kandidaten der Christdemokraten auf, die im neuen Gewand von La Rete („Bewegung für saubere Hände“) auftraten.

Im Frühjahr 1995 schrieb VO ein Flugblatt mit dem Titel

„Kein Waffenstillstand“, in dem es heißt: „*Werft die Berlusconi-Regierung raus und bringt die Linke an die Regierung!*“ Dies ist ein klarer Aufruf zu einer bürgerlichen parlamentarischen Regierung von PDS, RC und anderen. Als ein skeptischer Leser in einem Leserbrief gegen diese Volksfrontlosung Einwände erhob, verteidigte sich VO: „Die Losung ‚Die Linke in die Regierung‘ bedeutet ‚die Arbeiterbewegung in die Regierung‘ zur ‚Verteidigung der Arbeiterinteressen und der Forderungen der Bewegungen im Kampf.‘“ VO fuhr fort: „Wir sagten den Arbeitern: Zwingen wir sie dazu, die Macht zu ergreifen!“ VO hat die gleiche Linie wie die Ausverkaufsbürokraten von PDS und RC, nämlich daß Arbeitermobilisierungen als Druckmittel eingesetzt werden sollten für eine parlamentarische bürgerliche „linke“ Regierung.

Brecht mit der Volksfront! Für den Aufbau einer leninistisch-trozkistischen Partei!

Die Angriffe auf den „Sozial“staat und auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse und der Unterdrückten in ganz Europa haben ihren Ursprung in der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion. Die „neue Weltunordnung“ hat nationalistische Kriege, rassistische Pogrome gegen eingewanderte Arbeiter, Roma und Sinti und Juden sowie eine Verelendung des Proletariats nach sich gezogen. Zur gleichen Zeit hat die Arbeiterklasse ihren Willen gezeigt, Widerstand zu leisten – von den eindrucksvollen Kämpfen der italienischen Arbeiter im Herbst 1994 bis zu den massiven Streiks in Frankreich im letzten Dezember. Viele Linke sehen in der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse die Lösung für die Probleme der Arbeiter. Aber wie wir in *Spartaco* Nr. 45 (Februar 1995) geschrieben haben:

„Keine noch so große Kampfbereitschaft und keine Organisationsform per se kann den Sieg garantieren. Das entscheidende Element ist der politische Bruch mit der Volksfront und der Aufbau einer wirklich bolschewistischen Avantgardepartei, die die Kämpfe der Arbeiter über wirtschaftliche Militanz hinaus in die Richtung eines Kampfes um Arbeitermacht führt.“

Es wird unvermeidlich zu Kämpfen der Arbeiter und Unterdrückten gegen die andauernden Angriffe der Bourgeoisie kommen. Die Schlüsselfrage ist, wer diese Kämpfe führen wird.

Es ist notwendig, eine leninistische Partei aufzubauen, die unnachgiebig der Klassenkollaboration entgegentritt und im Kampf für die sozialistische Revolution die Basis der reformistischen Parteien von deren Führung abspaltet. Die Lega trotskista und die Internationale Kommunistische Liga kämpfen für den Aufbau dieser leninistischen Partei.■

Abonniert!

Zeitung der Lega trotskista d'Italia

4 Ausgaben
DM 6,-

Bestellt bei:
Postfach 5 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

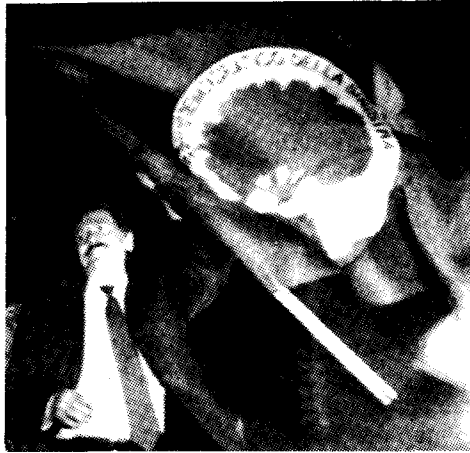


SPARTAKIST

Italien: Euro-Bankiers jubeln über Ulivo-Wahlsieg



Carofei/Sintesi



Merlin/Team



La Repubblica

Wir drucken im folgenden eine gekürzte Fassung eines Artikels ab, der von unseren Genossen der Lega trotskista d'Italia veröffentlicht wurde (Spartaco Nr. 48, Mai 1996).

MAILAND – Mit dem Sieg der Olivenbaum-Allianz bei den Wahlen vom 21. April gehören die Erben der italienischen Kommunistischen Partei zum erstenmal seit 1947 einer italienischen Regierung an. Einen Tag nach dem Sieg der Ulivo-Koalition zog der Lira-Kurs gegenüber allen anderen Währungen an und die Aktienkurse an der Börse legten beinahe fünf Prozent zu.

Die Kapitalmärkte auf der ganzen Welt jubilierten, weil sie zuversichtlich sind, daß die Partei der demokratischen Linken (PDS), mit ihren organischen Verbindungen zu den kämpferischen italienischen Gewerkschaften, bei den Arbeitern ihre radikalen Sparmaßnahmen erfolgreich durchsetzen kann. Die massive Streikwelle im letzten Jahr zeigte, daß die Rechts-Regierung des damaligen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi nicht in der Lage war, Kürzungen



La Repubblica

Von links: „Olivenbaum“-Führer Prof. Prodi, PDS-Führer Massimo D'Alema und Fausto Bertinotti von Rifondazione Comunista. Ihr Wahlsieg bedeutet rassistische Repression gegen Immigranten

verstecken. Das weckt Erinnerungen an die Geschehnisse am Ende der Resistenza (antifaschistische Widerstandsbewegung während des Zweiten Weltkriegs), als die Kommunistische Partei Italiens (PCI) ihre Basis, die in vielen Teilen des Landes die Macht in Händen hielt, dazu überredete, die Waffen abzuliefern. Dies führte zur Konsolidierung der bürgerlichen Herrschaft, zum Hinauswurf der PCI aus der Regierung und zur Unterdrückung der Arbeiterklasse während der 50er Jahre.

Fortgesetzt auf Seite 29

**Brecht mit der Volksfront!
Schmiedet eine trotzkistische Partei!**